

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Unser heutiger Gesprächskreis wird es gewiß nicht leicht haben, der Aufgabe, die er sich gestellt hat, gerecht zu werden. Denn so einfach und gradlinig sich die Formulierung unseres Diskussionsthemas auch anhört, um so komplizierter wird das Gesamtbild, wenn wir uns den einzelnen Sachfragen nähern.

Die ökologische Wende, von der hier die Rede ist, meint im Grunde zweierlei: einerseits einen Wandel im Denken und im öffentlichen Bewußtsein und andererseits einen Strukturwandel in der Politik, in der Wirtschaft und in der Naturwissenschaft und Technologie.

Außerdem ist es, was die Durchsetzung dieses Wandels und ihre Konsequenz für das entsprechende Tun oder Unterlassen betrifft, ein anderes, ob sie sich auf die kleine Dimension des traditionellen Nationalstaates beschränkt oder ob wir eine großräumige Marktgemeinschaft wie die EG ins Auge fassen oder gar, ob wir die Welt als ökologisches Ganzes meinen. In jedem Fall verändert sich mit den Adressaten unseres Appells die Kompetenz der Verantwortlichen ebenso wie die Komplexität der ökologischen Probleme.

Das gilt beispielsweise für die erste, einleitende Frage, die unser Thema aufwirft: Wie vollzieht sich die ökologische Wende - inwiefern wird sie unser Leben, wird sie die technische und ökonomische Entwicklung verändern?

Die Antwort, die wir zum Beispiel im Blick auf das drohende Absterben unserer Wälder geben, wird eine andere sein als diejenige, mit der wir dem Abholzen der Urwälder am Amazonas entgegentreten. Ein anderes Beispiel: Die Reinhaltung unserer Flüsse wirft technisch und ordnungspolitisch, aber auch rechtlich andere Probleme auf als die ökologische Kontrolle der Weltmeere.

Sind wir denn schon so weit, frage ich mich, daß wir die ökologische Wende, von der wir mit so viel Vehemenz reden, im Spiegel eines neuen Weltbildes reflektieren? Oder meinen wir mit der Formel von "ökologischer Wende" eher eine Herausforderung als den Beginn einer Umkehr? So kämpfen wir mit vielen Fragezeichen in unserem Thema zwischen Hoffnung und Skepsis.

Nun sind wir nicht zusammengekommen, um das Scheitern unserer Hoffnungen, sondern die Möglichkeiten ihrer Realisierung zu diskutieren - dies allerdings in einer Situation, die sich mit unheilvoller Beschleunigung verschärft. Ich bin versucht, für diese rasante Veränderung ein berühmtes Zitat von Friedrich Nietzsche in Anspruch zu nehmen, das einer ähnlichen, sich überstürzenden Entwicklung gilt. Ich zitiere Nietzsche aus "Der Wille zur Macht": "Wie auf eine Katastrophe los, unruhig, gewaltsam, überstürzt: einem Strom ähnlich, der ans Ende will, der sich nicht mehr besinnt, der Furcht davor hat, sich zu besinnen."

Mir liegt nun beileibe nichts an Katastrophenbeschwörungen. Unternehmer sind, wie Sie wissen von Berufs wegen optimistisch und dem Fortschritt verhaftet. Dazu bekenne ich mich auch. Aber seinen Optimismus verteidigen heißt nicht, seine Augen vor drohenden Gefahren verschließen.

Was meine Position betrifft, sehe ich die Chance einer ökologischen Wende nicht in unserer Bekehrung zu einem ängstlich besorgten Konservatismus. Unsere Welt, das ist das Schicksal dieser technisch-wissenschaftlichen Zivilisation, wird sich verändern; sie wird mehr und mehr einheitliche Züge annehmen. Darin sehe ich nicht nur Gefahren, sondern auch positive Möglichkeiten: daß wir mehr und mehr, Schritt für Schritt unsere Welt als ökologische Einheit erkennen. Daß in dieser Entwicklung Zerstörung und Neuschöpfung einander bedingen, ist nicht zu vermeiden.

Unsere Aufgabe besteht darin, das allgemeine, das öffentliche Bewußtsein dafür zu schärfen, die Mittel der Wirtschaft, Technik und Naturwissenschaft bereitzustellen, um die Natur unserer Welt, die wir als einen Teil ihrer Kultur begreifen, immer wieder zu rekonstruieren. Rekonstruktion kann nicht bedeuten, daß die gesäuberten Flüsse identisch sind mit denen von früher. Auch unsere Wälder werden vielleicht nur durch Umforstung, nicht durch Konservierung gesunden.

Rekonstruktion läßt sich vielleicht mit dem Ordnungsprinzip der sozialen Marktwirtschaft vergleichen, nämlich durch Politik und Rechtsetzung dafür zu sorgen, daß der freie Markt nicht "umkippt". Das wäre der Fall, wenn die dynamische Kraft des Wettbewerbs durch monopolistische Entwicklungen lahmgelegt wird. Es hieße diese Perspektive eher verkürzen, wollten wir Ökologie an die Ökonomie koppeln. Die ökologische Perspektive, so gewiß und notwendig ihr Blickfeld Wirtschaft, Technik und Wissenschaft einschließt, ist in einem weiteren Sinn eine Perspektive der Kulturpolitik des technischen Zeitalters.

Ich sage dies nicht deshalb mit einiger Ausführlichkeit, weil ich Sie mit meinen eigenen Thesen belasten möchte. Ich tue dies, weil wir die Absicht haben, diesem ökologischen Gespräch weitere auch internationale Veranstaltungen zum gleichen Thema folgen zu lassen, und in diesem Sinn ist es mir ein spezielles Anliegen, unsere Motivation unter einen weiten Horizont zu stellen.

Ökologie als Wandel unseres Weltbewußtseins, als Lehre von der Wiederherstellung der Welt, als eine neue und umfassende Kulturpolitik muß Gegenstand gesamteuropäischer Politik ebenso wie ein systemübergreifendes Thema zwischen Ost und West werden, weil es das Problem einer global gewordenen Zivilisation ist. Sprechen wir also ohne Übertreibung von der ökologischen Wende als einer elementaren Sache elementar im Sinne der klassischen vier Elemente: Es geht um Feuer, Wasser, Luft und Erde.

Wir hatten das Glück, zur Einführung in unser Thema sachkundige, das heißt theoretisch und praktisch erfahrene Referenten zu finden. Dr. von Lersner, Leiter des Umweltbundesamtes, und Staatssekretär Glück sind auch öffentlich verantwortlich für das, was sie uns hier zum Thema zu sagen haben. Und mit Professor Hans Maier haben wir einen der profiliertesten Kulturpolitiker der Bundesrepublik dafür gewinnen können, unser Gespräch zu moderieren.

Freiherr von Lersner

I.

Ich will versuchen, das Gespräch mit einer These und einer Frage anzustacheln, wobei mir die Bestätigung der These für die Beantwortung der Frage von mehr als nur akademischem Interesse zu sein scheint.

Die These lautet:

Die Erkenntnis von der drohenden Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen löst zur Zeit die dritte Reformation unserer staatlichen und wirtschaftlichen Ordnungen aus, vergleichbar mit den liberalen Reformen des 18. und 19. Jahrhunderts und den sozialen Reformen des 19. und 20. Jahrhunderts.

Die daran geknüpfte Frage lautet:

Sind demokratisch verfaßte Gesellschaften zum freiwilligen Verzicht auf Güter oder Tätigkeiten überhaupt fähig? Wenn ja, welche Voraussetzungen müssen vorliegen, damit ein derartiger Verzicht unter Wahrung der demokratischen Freiheiten vereinbart und gehalten werden kann? II

Zunächst einige Bemerkungen zur Begründung der These:

Ohne späteren Historikern vorgreifen zu wollen, wird man wohl die Jahre 1968 bis 1970 einmal als die der ökologischen Wende im Bewußtsein der Menschen zumindest in den westlichen und fernöstlichen Industriestaaten bezeichnen. Einige Daten mögen diese Vermutung stützen:

- Der Europarat verabschiedet am 8. 3.1968 eine erste Erklärung zur Luftverschmutzung.
- In der Bundesrepublik Deutschland wird im Herbst 1969 eine Abteilung Umweltschutz im Bundesministerium des Innern gegründet. Dadurch wurde übrigens das Wort "Umweltschutz" überhaupt erst in unsere Sprache aufgenommen. Sie finden dieses Wort in keinem Wörterbuch der deutschen Sprache vor dem Herbst 1969. Wahrscheinlich haben wir es als Übersetzung aus dem Amerikanischen übernommen von "environment protection".
- 1970 errichtet Bayern das erste Umweltministerium eines deutschen Landes.
- Am 1. Januar 1970 wird das US-amerikanische National Environmental Policy Act beschlossen, im August desselben Jahres erstattet Präsident Richard Nixon erstmals dem Kongreß einen Bericht zur Lage der Umwelt.
- 1970 werden Umweltministerien in Großbritannien und Frankreich eingerichtet.
- Im Juli 1969 betritt erstmals ein menschlicher Fuß außerirdischen Boden, und Millionen von Menschen sehen die Endlichkeit des "Raumschiffes Erde" im Fernsehgerät.

Das letztere Datum kennzeichnet einen merkwürdigen Zustand: Folgt man Heinrich Hattenhauer, so verloren die Menschen in Europa das Bewußtsein von der Endlichkeit der Erde und jeglicher Entwicklung auf ihr in der Zeit der Renaissance, wohl als Folge der Entdeckung Amerikas, in einer Zeit also, als die Wissenschaft mit der Kugelgestalt der Erde deren Begrenztheit nachgewiesen hatte. Wiedergefunden haben wir dann dieses Bewußtsein von den Grenzen des Wachstums in den Jahren, als erstmals ein Mensch die irdische Endlichkeit überwand und einen Schritt in die Unendlichkeit tat. Diese Koinzidenzen kennzeichnen eine auffällige Disharmonie von wissenschaftlicher Erkenntnis und öffentlichem Bewußtsein.

Gewiß, Hinweise auf die drohende Gefährdung des Planeten durch umweltzerstörende Handlungen der Menschen gab es schon viel früher. Zitate finden sich bei den Romantikern ebenso wie bei Karl Marx und Friedrich Nietzsche. Vorbereitet wurde die Wende im Bewußtsein der Bewohner der Industriestaaten durch die weit verbreiteten Schriften von Albert Schweitzer, vor allem aber durch den Schweitzer gewidmeten "Silent Spring" der Rachel Carson (1962). Gleichwohl scheint es mehr als ein Zufall zu sein, daß das Bewußtsein von der Gefährdung unseres Daseins und dem künftiger Generationen erst im Jahre der ersten Mondbesteigung in den Demokratien zu mehrheitsfähigen Kursänderungen führte.

Kennzeichnen läßt sich diese Wende im Bewußtsein der Bewohner der Industriestaaten durch den Sturz dreier bisher scheinbar unangefochtener gesellschaftlicher Prioritäten, deren Vorzüge nunmehr bezweifelt, deren Verkündiger als Götzendiener verschrieen werden:

- Fortschritt und Wachstum,
- Naturwissenschaft und Technik,
- große Einheiten - in Industrie und Administration.

Die Auffassung, daß Fortschritt an sich von positivem Wert sei, ist, folgt man Klaus Schulder, nicht älter als 350 Jahre. Auch der unkritische Glaube daran, daß wirtschaftliches Wachstum ein Wert an sich sei, stammt wohl aus jener Zeit. Noch 1967 konnte der Bundestag im ersten Paragraphen des Stabilitätsgesetzes das "stetige Wachstum" zum ökonomischen Oberziel erheben, dem manche Juristen gleichsam Verfassungsrang zusprechen. Seit 1969 hätte ein Paragraph dieses Inhalts keine Chance mehr, ein deutsches Parlament- in welcher Zusammensetzung auch immer zu passieren. Ich bin kein Wachstumsgegner. Solange das Bevölkerungswachstum auf der Erde anhält, müssen wir schon aus diesem Grunde bestimmte Bereiche der Ökonomie wachsen lassen. Nur das Wachstum als Oberziel, gewissermaßen um seiner selbst willen, würde heute sicher nicht mehr formuliert werden.

Luft und Wasser wurden noch vor wenigen Jahrzehnten in Lehrbüchern der Nationalökonomie als freie Güter bezeichnet, "weil der Mensch ihre Quantität nicht zu vermindern imstande sei". (Zitat aus einem weitverbreiteten Lehrbuch.)

Die ökologische Wende wurde ferner begünstigt durch ein Anwachsen der Zweifel an den Vorzügen technischen Fortschritts. Sieht man sich diese Vorbehalte und auch Ängste genauer an, so wird man feststellen, daß es nicht die Technik schlechthin ist, die abgelehnt wird, sondern jeweils bestimmte, als inhuman empfundene Erscheinungsformen. Auch der Kernenergiegegner fährt Auto, wenn auch mit Antiatomplakette. Ist er asketischer, fährt er Fahrrad, auch ein technisches Gerät und noch dazu ein geniales. Vorbehalte richten sich vielmehr gegen:

- Großtechnik und zentrale, technisch gestützte Systeme,
- medizinische Technik und
- rechnergestützte Sammlung persönlicher Daten.

Sie richten sich also gegen technische Errungenschaften, die die menschliche Freiheit bedrohen oder zu bedrohen scheinen.

Es wäre reizvoll, einmal eine Kulturgeschichte des Gegensatzes von Technik und Natur zu schreiben. Man würde dabei vielleicht feststellen, daß auf Zeiten der Naturverehrung und der Technikvorbehalte solche folgten, die der Technik im Zweifel höheren Wert als der ungebändigten Natur zumaßen. Der erste Autor einer Wissenschaft von der Technik, der im Paris des 12. Jahrhunderts lebende Mönch Hugo von St. Viktor, hielt die Natur für die Umweltzerstörerin, die Technik dagegen für das Hilfsmittel, das Gott dem Menschen gab, um sich und seine Umwelt vor der Natur zu schützen. Es folgten dann Phasen der Naturverehrung und der Technikverachtung, wie die der europäischen Romantik, deren Autoren nicht von ungefähr seit 1970 eine Renaissance erleben.

Kritik und Zweifel an der Heilsamkeit technischen Fortschritts gingen einher mit Zweifeln an Aussagen der zuvor oft unkritisch verehrten Naturwissenschaften. Die Menschen erfuhren, daß auch die sogenannten exakten Wissenschaften irren können und oft so exakt gar nicht sind. Sie stellten fest, daß Anhänger wie Gegner eines Projektes ihre sachverständigen Gutachter finden. Wissenschaftler, die schon wegen der Schwierigkeit der Nachvollziehbarkeit ihrer Deduktionen zuvor wie Priester verehrt worden waren, sahen sich nun dem Aufstand der Laien ausgesetzt, die ihre menschlichen Schwächen durchschaut hatten. So wie die Rechtswissenschaften schon im 16. Jahrhundert ihr nach der Rezeption des römischen Rechts hohes soziales Ansehen verloren und seitdem weithin als käuflich gelten, so erleben nun die Naturwissenschaften ihren Absturz auf der sozialen Wertskala.

Damit einher gingen die Vorbehalte gegen große Einheiten in Technik, Wirtschaft und Administration, die unter dem Motto des Schumacherschen Buches "Small is beautiful" die ökologische Wende bedingten. Die Akzeptanz der Kernenergie leidet gewiß auch unter der Bedrohlichkeit der gigantischen Kraftwerksanlagen. Gäbe es handliche Taschenreaktoren, hätte sie weit weniger Ängste ausgelöst. Wenn von Gefahren der Chemie die Rede ist, denken die meisten an die gewaltigen Anlagen von Leverkusen, Hoechst oder Ludwigshafen, obwohl das, was aus mittelständischen Betrieben herauskommen oder -sickern kann, die Umwelt nicht weniger gefährdet.

Glück

Im Konflikt zwischen Themenfülle und Zeitbegrenzung will ich meinen Beitrag in sieben Thesen komprimieren. Die einzelnen Teilbereiche können dabei natürlich nur angerissen werden.

1. These: Die Umweltdiskussion ist im Kern eine Auseinandersetzung um die Zukunft der Industriegesellschaft.

Die Umweltfragen sind zunächst eine wissenschaftliche und technische, wirtschaftliche und politische Herausforderung. Die Debatte über diese Sachfragen erweist sich aber als Auseinandersetzung um grundlegende Sinnfragen und den Weg unserer Gesellschaft in die Zukunft.

In der Umweltdiskussion bündelt sich wie in einem Brennglas die Debatte um die Zukunft der modernen Industriegesellschaft, die sich in einem tiefen Umbruch befindet. Dabei sind wohl drei Sachverhalte besonders prägend.

Einmal der Umbruch der technisch-industriellen Struktur. Wir sprechen ja schon ganz selbstverständlich von der dritten industriellen Revolution, die durch die Herausbildung der Informationsgesellschaft, die "Vergeistigung" der Produktionsverfahren und Produkte sowie durch Dimensionen der Biotechnik und etliches mehr gekennzeichnet ist.

Zum zweiten der Umbruch des Weltbildes. Der Zusammenbruch des alten Fortschrittsglaubens ist in der Umweltdebatte in besonderer Weise spürbar. Die Antwort auf die Frage: Was ist Fortschritt? treibt sehr viele in der Umweltdiskussion um. Die aufklärerische Utopie von der emanzipatorischen Kraft des technischen Fortschritts stößt an die Grenzen der Natur.

Zum dritten schließlich der Umbruch der Werte. In der Wertehierarchie treten Pflicht- und Akzeptanzwerte zurück, während Selbstentfaltung- und Selbstbestimmungswerte in den Vordergrund rücken. Auch dieses ist wiederum besonders spürbar in der Umweltdiskussion.

2. These: Die Kernfrage für die Umweltpolitik in unseren Ländern lautet: Sind in Zukunft und auf Dauer Wohlstand und gesunde Umwelt überhaupt miteinander vereinbar?

Die Entwicklung der Industriegesellschaft war bisher offenbar untrennbar mit der Belastung und Erschöpfung der Umwelt verbunden. In unserer Bevölkerung ist die Erfahrung tief verwurzelt, daß mit steigendem Wirtschaftswachstum immer auch eine steigende Umweltbelastung verbunden ist. In einer begrenzten und nur begrenzt belastbaren Natur ist eine derartige Form der Entwicklung auf Dauer nicht möglich. Somit wird die Zukunft der Industriegesellschaft entscheidend vom Erfolg der Umweltpolitik abhängen.

Die von der Technik verursachten Umweltprobleme - es gibt natürlich auch andere, auf die ich noch zu sprechen komme - sind in der Regel nur durch eine verbesserte, verfeinerte, umweltverträglichere Technik zu beheben. Neue Formen umweltverträglicher Technik ermöglichen es in vielen Bereichen, die Wohlstandsmehrung von der Umweltbelastung abzukoppeln.

Die Erfolge dieser Strategie zeigen sich bereits im Verhältnis von

- Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch,
- Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung, insbesondere in Teilbereichen wie etwa der Reinhaltung der Luft - Stichwort Schwefeldioxid - oder der Belastung der Oberflächengewässer,
- Wirtschaftswachstum und Rohstoffverbrauch, insbesondere durch steigende Recyclingquoten, aber auch durch höheren technischen Standard, der es erlaubt, rationeller und effizienter mit Rohstoffen umzugehen.

Für den Bereich der Produktion ist diese Entkoppelung in hohem Maße möglich. Weit schwieriger ist die Problemlösung für den Bereich des Konsums. Neben der Lösung technischer Probleme, wie zum Beispiel Materialeigenschaften, ist hier die Mitarbeit der Bürger von entscheidender Bedeutung. Die Umweltprobleme der Zukunft liegen vermutlich weniger im Bereich der Produktion, sondern vor allem im Bereich des Konsums. Das heißt, wir müssen sowohl die Methoden wie auch die Mentalitäten einer Wegwerfgesellschaft überwinden.

3. These: Der Umweltschutz muß endgültig von der Reparaturabteilung in die Planungsabteilung.

Die bisherigen Verringerungen der Umweltbelastung werden weitgehend noch durch vor- oder nachgeschaltete Filter- und Rückhaltetechniken erreicht. Längerfristig muß der Schritt zur vorbeugenden, Schäden vorweg vermeidenden Umwelttechnik getan werden. Das Ziel der Umweltverträglichkeit muß bei der Produkt- und Produktionsgestaltung bereits berücksichtigt werden. Schon bei der Produktentwicklung muß zum Beispiel der gesamte Lebenslauf, einschließlich der Entsorgung, als Aufgabe bedacht werden.

Die Kreislaufwirtschaft der Natur ist das anzustrebende, wenn auch nur graduell zu erreichende Ziel. Erste Schritte sind dabei Rohstoff- und Energieeinsparung in der Produktion, Langlebigkeit und Wiederverwertbarkeit der Produkte.

Wirksamer Umweltschutz ist im Kern das Problem der richtig zugeordneten Kosten. Diese Aufgabe ist in weiten Bereichen noch nicht erfaßt, geschweige denn gelöst. Es ist auch zu wenig im Bewußtsein, daß wir nach dem Aufbau der Versorgungsstruktur nun schleunigst auch die umweltverträglichen Entsorgungsstrukturen brauchen. Dies muß im Sinne einer ganzheitlichen Bewertung von Systemanalysen aufeinander abgestimmt und gelöst werden. Es ist also nicht damit getan, Entsorgungsstrukturen gewissermaßen nachzuschieben, sondern es kommt darauf an, sie in einer ganzheitlichen Betrachtung der Systeme aufeinander abzustimmen.

4. These: Die Bilanz des Naturschutzes ist erschreckend.

Trotz erheblicher Anstrengungen und der damit verbundenen Konflikte kann der Natur- und Artenschutz ähnliche Erfolge, wie sie im technischen Umweltschutz zu verzeichnen sind, nicht vorweisen. Dimension und Wesen dieser Probleme werden uns erst langsam bewußt.

Der heutige Artenschwund dürfte in seinen Dimensionen an die großen Faunenschnitte der Erdgeschichte heranreichen. In ihm dokumentiert sich der grundlegende Wandel der natürlichen Lebensbedingungen in der Industriegesellschaft. Bedeutung und Folgen des Artenschwundes sind oft beschrieben worden. Warum entfalten diese Warnungen so geringe Wirkung? Offenbar fehlen uns immer noch die richtigen Maßstäbe für den Umgang mit der Natur.

Wirksamer Naturschutz braucht wohl drei Elemente.

Erstens: eine wirksame Umweltethik.

Zweitens: entsprechende Kenntnisse der Ökologie und deren Berücksichtigung.

Drittens: die Kulturlandschaft als Kulturaufgabe begreifen.

Es reicht nicht aus, die Natur mit unserer gewohnten Kategorie des Denkens, Sprechens und Argumentierens zu erfassen. Man kann die Belastbarkeit des Naturhaushaltes nicht berechnen wie die Belastbarkeit eines technischen Bauwerks. Man kann in Fakten, Zahlen, Daten die Bedeutung der Arten nicht ausdrücken, wie man etwa durch Fakten, Zahlen, Daten Schadstoffe bewerten und messen kann, einschließlich der Kosten, sie zurückzuhalten und ähnliches mehr.

Im Naturschutz sind in den letzten Jahrzehnten viele ökologische Erkenntnisse wirksam geworden. Manche Grundlagen der Naturschutzpolitik sind jedoch immer noch verschwommen. Neben der Weiterentwicklung der fachlichen Grundlagen, also der Ökologie und, wenn ich so sagen darf, "ihrer Verwandten" - Landschaftspflege etc. ist vor allem eine Klärung der geistigen und kulturellen Grundlagen der Naturschutzpolitik notwendig.

Ich nenne dafür beispielhaft nur zwei Problemkreise.

Erstens: Die Rolle des Menschen in der Natur. Was bedeutet zum Beispiel christliches Menschenbild als Grundlage der Politik in diesem Zusammenhang? Wir erleben ja diese Debatte aktuell, wenn es etwa um die Ergänzung des Grundgesetzes oder demnächst um die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes geht. In dieser Frage gibt es auch eine Scheidelinie in der ganzen Naturschutzdiskussion, was besonders sichtbar geworden ist bei der Auseinandersetzung um die Fassung des Tierschutzgesetzes, vor allem, was die Erlaubnis von Tierversuchen im Zusammenhang mit medizinischen Versuchen angeht.

Maier

Herr von Lersner, Sie haben in einem großen geistesgeschichtlichen Bogen - gewissermaßen von Hugo von St. Viktor bis zur Gebietsreform - den Horizont unseres Themas aufgerissen. Im Mittelpunkt stand die wiedergefundene Endlichkeit, die wir auch in unserer Diskussion im Auge behalten sollten. Sie haben Ihr Referat zugespitzt auf die Frage: "Ist die Demokratie zur umweltpolitischen Askese fähig?" Man könnte die Frage anschließen, ob frühere Reformen, die erste politische mit den großen Revolutionen und die zweite mit dem Sozialstaat, nicht auch einen solchen Verzicht impliziert haben. Aber vielleicht war das ein überschaubarerer Verzicht und nicht eine Investition ins Unbekannte.

Herr Glück hat uns einen Blick in die Probleme der Umweltpolitik tun lassen, in ihre Zusammenhänge mit Naturschutzpolitik, Landwirtschaftspolitik, aber auch Öffentlichkeitsarbeit. Er hat uns die Schwierigkeiten der höchst unsicheren, oft widerstreitenden Prioritätensetzung und der noch

mangelnden Konsensgrundlagen vor Augen geführt, und er hat, sehr zu Recht, die Rolle der Leitbilder, die das Handeln bestimmen, hervorgehoben.

Dieser Kreis ist wie üblich so bunt wie kompetent zusammengesetzt. Es sind sicher große Gegensätze und Widersprüche an diesem Tisch vereinigt. Ich ermuntere aber jeden, dem eine bestimmte Meinung und Position zugeschrieben wird, notfalls auch aus seinen Schuhen einmal herauszutreten und die Runde mit neuen Einsichten zu überraschen.

Ich darf zunächst Herrn Minister Heydemann das Wort erteilen, der sich bereit erklärt hat, nach den Ausführungen von Herrn von Lersner und von Herrn Glück seinen eigenen Systemansatz für die Diskussion vorzutragen.

Heydemann

Ich möchte zunächst der Frage nachgehen, wie Umweltpolitik mit der Beurteilung von Chancen heute umgeht. Chancen im Sinne von Entwicklung und Wahrnehmung realer Utopien, die in sich schlüssig sind, ohne daß sie zunächst eine politische Umsetzungsmöglichkeit zu enthalten scheinen. Ich meine, daß solche Entwürfe von Chancen für die Natur durchaus sinnvoll sind und auch einem politischen Bedürfnis entsprechen. Wir haben nicht die Verpflichtung, uns nur möglichst nahe an der Realisierung des heute gerade Machbaren zu orientieren. Die Grenzen des Machbaren müssen durch die Politik verschoben werden; die Richtung für solche Verschiebung des Machbaren kennzeichnen die realen Utopieentwürfe. Das heute für machbar Gehaltene erweist sich selbst für die Erhaltung von Restchancen für die Natur in der Mehrheit der Fälle als ungenügend.

Mit wieviel Distanz muß Umweltpolitik betrachtet werden? Inwieweit kommt es darauf an, einen auch emotionalen Bezug zur Politik herzustellen, um die soziale Akzeptanz, die in einem gesteigerten Umweltbewußtsein ihren Ausdruck findet, zu erreichen? Wenn wir, mit anderen Worten, in der Breite der Bevölkerung umweltpolitisches Verständnis schaffen wollen, inwieweit bedarf es dafür weiterer emotionaler Anstöße seitens der Politik, um bestimmte Aktivitäten auszulösen? Reicht es aus, die Situation, in der wir uns befinden, nur rational zu beschreiben und entsprechende Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln, oder bedarf es der Formulierung von Katastrophenabläufen und ähnlichen Szenarien, um überhaupt etwas in größerem Rahmen bewegen zu können? 99 Prozent der Bevölkerung sind sicher nicht in der Lage, die Fachdiskussion für die richtigen Schritte einer neuen Umweltpolitik vollständig in ihren Zusammenhängen nachzuvollziehen. Mit Hilfe welcher Art von Formulierungen erreichen wir dann, die übrige Gesellschaft für das Erkennen von Chancen zu sensibilisieren? Inwieweit muß also Natur- und Umweltpolitik auch in diesem Bereich für die Gesellschaft nachvollziehbar sein?

Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang ist, wie wir den Status der gegenwärtigen Natursituation kennzeichnen, welche Begriffe wir also verwenden, um beispielsweise chemische und physikalische Abweichungen bezüglich eines "natürlichen" Zustandes der Natur und Umwelt zu charakterisieren. Dabei geht es dann um die Festlegung von Grenzwerten der Belastung und um eine Übereinkunft: darüber, was wir als "normal" bezeichnen wollen. Was ist in diesem Sinne "natürliches Klima", eine "natürliche" Struktur des Landschaftsaufbaus oder geologische "Normalität", etwa alpiner Regionen? Was ist eine "gesunde" und was ist eine "intakte" Natur? Kann man solche Kennzeichnung im fachlichen Sinne durchführen? Kennzeichnen wir auf diese Weise nicht auch eine Reihe von Fehlzielen, weil das sogenannte "Normale" im ökologisch-biologischen Bereich meist nicht exakt greifbar oder definierbar ist? Kann es ein Ziel oder eine Strategie sein, genau diese Ungenauigkeiten in der Formulierung von Bezugswerten als Grundlage der Politik zu verwenden?

Wenn wir beispielsweise bestimmte chemische Veränderungen in den Meeren beklagen, sprechen wir nur über "Belastungen" des Meeres, obwohl exakt bereits irreversible Störungen oder Zerstörungen an den biologischen Strukturen, nämlich an dem Artenbestand durch Ausfall von Arten, geschehen sein können. Das Aussterben von bestimmten "Bevölkerungsanteilen" einer Tier- oder Pflanzenart in bestimmten Gebieten kann aber für die betreffende Art bereits "vollendete Katastrophe" sein. Ein großer Teil der Natur- und Umweltpolitik ist mit Begriffen durchsetzt, die bei ihrer Bekanntmachung schon eine Bewertung im Sinne von weitgehender "Beschwichtigung" der bestehenden Tatbestände enthalten.

Man sollte die These vertreten, daß unter ethischen Gesichtspunkten - im Hinblick auf die Erhaltungsfähigkeit von Natur - generell das Leben Vorzug hat vor dem nicht Lebendigen, also dem Anorganischen. Die Erhaltung der chemischen und physikalischen Normalstruktur in der Natur kann nur eine Strategie auf dem Wege zum Ziel, nämlich der Erhaltung des Lebens in der Natur, sein. Demnach geht es also in der Natur- und Umweltpolitik primär um die Formulierung von "Zielen" zur Lebenserhaltung generell. Voraussetzung für die Lebenserhaltung möglichst vieler Organismen-Arten

ist in jedem Falle die "normale Natürlichkeit" chemischer und physikalischer Faktoren in einer bestimmten Umgebung. Die Natur verfügt nur über eine relativ geringe Anpassungsfähigkeit gegenüber chemisch-physikalischen Veränderungen, die durch den Menschen bewirkt werden. Hier entstehen durch die massiven Eingriffe des Menschen Probleme, weil sich die Natur nicht so schnell anpassen kann, wie sich dieselbe Natur unter der Hand des Menschen verändert.

Biologische Stabilität läßt sich an einer Reihe von Begriffen festmachen. Dazu gehört beispielsweise Vielfalt im genetischen Sinne, also etwa die Artenzahl pro Flächeneinheit. Wenn wir von 1,5 Millionen oder von 5 Millionen Arten sprechen, die heute auf der Erde existieren (exakt beschrieben sind etwa 1,5 Millionen, während die Existenz von 5 Millionen Arten vermutet wird, von denen der größte Teil möglicherweise ausgerottet ist, bevor die Wissenschaft sie jemals gesehen hat), oder von früher 50 oder sogar 150 Millionen Arten ausgehen, die insgesamt einmal auf der Erde in allen ihren verschiedenen Erdperioden gelebt haben - so muß man sich vor Augen führen, daß von der ursprünglichen Vielfalt im Laufe der Evolution nahezu 98 Prozent auf der Strecke geblieben sind, weil sie sich veränderten Bedingungen nicht angepaßt haben.

Selbst für den Fachmann bleibt immer eine unübersehbare Vielfalt von Arten in einem Ökosystem gewissermaßen "übrig", die wissenschaftlich nicht erfaßt ist.

Hier kommen wir in das echte Dilemma, die Chancen formulieren zu wollen, welche die Natur aus einer bestimmten Vielfalt heraus an sich wahrnehmen könnte, ohne die Chancen exakt bestimmen oder benennen zu können. In welchem Umfang ist Vielfalt für ein bestimmtes Ökosystem nötig? Das läßt sich naturwissenschaftlich nicht eindeutig begründen. Darin liegt dann auch die Schwierigkeit für den Gesetzgeber, weil es wissenschaftlich nicht begründbar ist, wofür was im Artenbereich von der Natur eigentlich gebraucht wird. Bei den chemischen Faktoren gilt es, im Rahmen des Natur- und Umweltschutzes eine Abweichung von der Norm erkennen und formulieren zu können. Die Erhaltung der Konstanz chemischer Faktoren in der Natur ist aber nur ein Mittel zur Artenerhaltung und der biologischen Erhaltung insgesamt, nicht aber ein Ziel um seiner selbst willen. In diesem Zusammenhang muß sich die Umweltpolitik auch fragen: Was ist also ein erträglicher Artenverlust, und was ist ein nicht erträglicher Artenverlust für einen bestimmten Landschaftsraum? Die Antwort muß mit Sicherheit so ausfallen, daß es überhaupt keinen Artenverlust geben kann, der für die Natur erträglich ist.

Aber nicht nur die Artenvielfalt, sondern auch die Häufigkeit, mit der bestimmte Arten auftreten, ist ein wichtiges Kriterium für "normale Natürlichkeit". Aus wieviel seltenen, wieviel hochspezialisierten und wieviel überall auf der Welt vorkommenden Arten setzt sich ein belastetes Ökosystem normalerweise zusammen? Um ein Beispiel aus der Wirtschaft anzuführen, müßte man fragen, welche verschiedenen Betriebstypen: kleine, mittlere, sehr spezialisierte bis hin zu den großen Monopolbetrieben mit umfassendem Warenangebot wir für die Erhaltung einer stabilen Wirtschaftsstruktur brauchen. Dem entspricht im Haushalt der Natur als dem Natur-Wirtschaftssystem die "Artenhäufigkeit".

Dann das Beispiel der Artenverteilung. Wie im menschlichen Wirtschaftssystem gibt es auch in der Natur global gesehen stoffliche Verteilungsschwerpunkte, zum Beispiel die abgestorbene Laubschicht. Wenn wir in diese natürlichen Verteilungsmuster von Stoffen in der Natur eingreifen, überfordern wir die Natur.

In ähnlicher Weise verhält es sich - obwohl die Zusammenhänge da viel komplizierter sind - mit der Typenvielfalt der Ökosysteme. In Mitteleuropa gibt es ungefähr 130 verschiedene Ökosystemtypen, also Wirtschaftssystem-Typen des Naturhaushalts, die in sich relativ geschlossen arbeiten. Dazu kommt dann die Häufigkeit, mit der bestimmte Ökosystemtypen in der Natur auftreten, beispielsweise der Flachland-Hochmoor-Typ in einer bestimmten Region. Ein solches Hochmoor ist in der Natur nahezu ebenso isoliert wie der Verteilungsraum einer bestimmten Indianerrasse, die früher einmal isoliert war oder die heute in Reservaten von anderen Bevölkerungsgruppen wenigstens teilweise abgetrennt ist. Wenn sich innerhalb eines solchen "Isolates" Veränderungen bemerkbar machen, hat ein Hochmoor genausowenig Überlebenschancen, wenn dieses nicht ergänzt wird durch andere Bestände von außerhalb, wie eine auf kleine Bestände geschrumpfte Bevölkerung einer bestimmten Indianerrasse. Ist ein Hochmoor jedoch eingebunden in einen größeren überlebensfähigen Bezugsrahmen eines Biotop-Verbundsystems, so ergibt sich eine größere Überlebenschance.

Nun hat der Mensch in das weltweite Verteilungsprinzip der Ökosysteme erheblich verändernd eingegriffen. In vielen Fällen ist eine Regenerierbarkeit, eine volle Wiederherstellung des alten Zustandes, nicht mehr möglich. Ein Hochmoor, das trockengelegt und abgebaut wurde, ist nicht mehr reproduzierbar. Gleiches gilt für weitere Ökosystemtypen.

Qualität oder Vitalität solcher Ökosysteme spielt in der Umweltpolitik sonst unter dem Begriff "Gesundheit" eine große Rolle, wenn es beispielsweise um die Vitalität bestimmter Tierbevölkerungsgruppen oder Tierpopulationen geht. Das ist ein wichtiger Begriff, ohne daß sich der jeweils zugrunde liegende Sachverhalt genau feststellen läßt. So können wir nicht sagen, um ein aktuelles Beispiel aufzugreifen, was eigentlich bei den Seehunden "Gesundheit" ist. Erst angesichts der katastrophalen Reduzierung der Seehundpopulationen durch ein massiertes Sterben erkennen wir die "Gefährdung" ihrer Gesundheit. Auch bei der menschlichen Gesundheit gibt es einen schwer erkennbaren Übergangsbereich zwischen Gesundheit und Krankheit: Kopfschmerzen, zu hoher Cholesteringehalt im Blut und ähnliches - der im Hinblick auf die Charakterisierung von Gesundheit als "Normalität" wenig Greifbares bietet. Gesundheit läßt sich also nicht eindeutig wissenschaftlich deklarieren - sie muß auch subjektiv begriffen werden dürfen.

Bei der Kennzeichnung von Chancen des Naturschutzes sollten wir die Grundlagen der möglichen Selbstorganisation oder Selbsthilfe der Natur im Auge behalten. Ich würde sie einmal als Naturgesetze der Regenerationsfähigkeit im biologischen Bereich bezeichnen. Man könnte sie auch als "Strategien der Natur zur Selbstorganisation" charakterisieren, denen wir in der Umweltpolitik weitgehend folgen müssen, wenn wir Chancen für die Natur mobilisieren wollen. Andernfalls müßten wir Naturgesetze ändern, was ja nicht möglich ist. Das heißt, es kann nicht darum gehen, uns im Hinblick auf die ökologische Wende qua selbsternannter Kompetenz zu überlegen, wie Natur denn eigentlich funktionieren sollte. Oft habe ich bei der Umweltpolitik heute den Eindruck solcher politisch-geistiger Fehlgriffe in bezug auf angewendete Strategien.

Im Gegensatz dazu kommt es bei einer neuen Umweltpolitik darauf an - und das sollte diese Politik von allen Politikbereichen unterscheiden;- , daß wir der inneren Konstellation und Organisation des "Schutzobjektes Natur" vorrangig Rechnung zu tragen haben. Die Natur organisiert sich in vieler Hinsicht - nicht überall - nach völlig anderen Prinzipien als das, was wir etwa in der Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Rechts- und Innenpolitik vom Menschen her und seinem Verhalten, seinen ethischen Vorstellungen unabhängig von der Natur ableiten und gestalten können. Die Natur ist darin eben nicht den von Menschen gemachten Systemen - Wirtschaft, Verkehr, Recht, Soziales und so weiter - vergleichbar. Deshalb können wir von diesen Prinzipien der Politik her auch nicht unser Verhalten gegenüber der Natur in der Umweltpolitik bestimmen, wie dies heute noch überwiegend geschieht. Gewissermaßen ist Natur- und Umweltpolitik nach wie vor zu einem nicht unerheblichen Teil ein "Restposten" der Wirtschaft-, Verkehrs-, Sozial-, Energie- und Machtpolitik des Menschen.

Wie definieren wir das Ziel der "Vielfalt" als Grundlage der Naturexistenz im Sinne der Natur in der Umweltpolitik? Ist das identisch mit der genetischen Informationsvielfalt der Natur? Im Bundesnaturschutzgesetz steht das Wort "Vielfalt" als Ziel des Naturschutzes. Der Begriff ist in seinen Inhalten nie genau gefaßt oder spezialisiert oder katalogisiert worden. Infolgedessen ist im umweltrechtlichen Bereich praktisch auch nichts davon umgesetzt worden.

Im Bundesnaturschutzgesetz ist auch der Begriff der "Leistungsfähigkeit" in der Natur, der aus dem technischen Bereich stammt, als Zielbegriff übernommen worden. Leistung in diesem technischen Sinne ist aber auf die Mehrheit der Naturfunktionen nicht übertragbar. Es gibt keine "Leistung" des Ökosystems; denn gerade die gefährdetsten Systeme, etwa nährstoffarme Seen, weisen den geringsten Leistungslevel von allen Ökosystemen auf. Diese Seentypen erhalten von uns aber sinnvollerweise den größten Schutzstatus zugebilligt, weil sie sehr gefährdet sind und sehr viele spezialisierte Arten enthalten. Wir müssen den Leistungsbegriff ersetzen durch den Begriff der "Funktionsfähigkeit" als Chancenziel.

Des weiteren sind bei den Ökosystemen die typischen Stoff- und Energieniveaus wichtig, auf denen sie arbeiten. Dabei geht es vor allem auch um die verschiedenen Recyclingtypen und Stoffkreisläufe, was bisher in keinem der Umweltgesetze berücksichtigt worden ist. Grenzwerte werden immer nur an einzelnen Faktoren chemisch gemessen, anstatt das Tempo von Kreisläufen und die Umsatzgeschwindigkeiten zu kennzeichnen. Denken Sie an die massenhafte Vermehrung der Algen in der Nordsee. Hier wurde in fünf Wochen eine Massenkreislaufbewegung in Gang gesetzt, wo sich die stoffliche Vermehrung in großem Tempo vollzog mit den Wirkungen einer Aperiodizität der Vorgänge, die für die Natur untypisch ist. Deshalb halte ich es für wichtig, daß wir die typische periodische Verteilung von Naturelementen, von im Umlauf befindlichen Stoffen, von Arten, die sich im Jahresablauf miteinander arrangieren, begreifen lernen. Der Mensch ist gewissermaßen ein ganzjährig zyklisch arbeitender Organismus, während in der Natur eine bestimmte Zeiteinteilung von Monat zu Monat hintereinander stattfindet. Diese Zeiteinteilung der Naturerscheinungen bringen wir momentan durcheinander. Es kommt darauf an, auch das zeitliche Organisationsprinzip der Natur genau zu kennen und ihm in den Maßnahmen zu entsprechen.

Ein wichtiges Naturprinzip der stofflichen Regulationen ist das Recycling. Es gibt kein Ökosystem und keine Art, die nicht in einen Recyclingvorgang eingeschaltet ist. Was wir unter dem Stichwort "dritte industrielle Revolution" als große neue Errungenschaften bezeichnen, etwa die Biotechnik, sind im Grunde simpelste Recyclingmethoden, deren sich die Natur seit 300 Millionen Jahren bedient und die wir uns jetzt nutzbar machen wollen. Diese ältesten Recyclingmethoden haben sich zu 99 Prozent in der Evolution durchgesetzt. Mit anderen Worten: In dieser Hinsicht sind wir hinter der Natur um 300 bis 500 Millionen Jahre zurück. Damals wurde die Öl- und Kohlerücklage durch einen einzigen Unglücksfall in der Natur geschaffen, als eine klimatische Katastrophe größten Ausmaßes mit Wasserüberschwemmungen unter Sauerstoffabschluß die Verbrennung dieser organischen Bestandteile verhinderte. Und von diesem "Fehler" der Natur leben wir heute noch.

Ich meine also mit Bestimmtheit, wir brauchen die Kennzeichnung der historischen Stabilität in den Ökosystemen. Gerade in der Natur ist der historische Systembezug einer der wichtigsten Grundsätze für die Herstellung von Stabilität, und das heißt hier auch, daß das Verbleiben von Ökosystemen und Bevölkerungsgruppen von Organismen am Ort wichtig ist. In der Natur ist den meisten Systemen die Entscheidung für Nichtmobilität ihrer Organismen im Sinne des lebenslangen Verbleibens am Ort gefallen. Das Zugvogel- und Zugfischprinzip ist eine der wenigen Ausnahmen und mit erheblichen Risikofaktoren für die Arten belastet. Und gerade in diesem Bereich sind wir dabei, diese Arten besonders stark zu dezimieren. Hier setzt das große Sterben ein, weil solche Mobilitäterscheinungen eine große Systemstabilität im übrigen voraussetzen. Das bedeutet, ähnliche Biotope an den 1000 km langen Wegen in ähnlichen Abständen mit immer gleichbleibendem Nahrungsangebot müssen vorhanden sein.

Lassen Sie mich dann noch etwas zum Thema Zyklizität sagen. Beim normalen Recycling ist neben dem räumlichen Vorgang auch der zeitliche Ablauf pro Tag organisiert, und zwar genauer als bei uns. Auch diese Prinzipien sind beim Naturschutz zu berücksichtigen.

Interessanterweise läßt sich die überwiegende Zahl ökonomischer Grundbegriffe durchaus auf den Ökologiebereich übertragen, und zwar in den meisten Fällen homolog, das heißt herkunftsbezogen vergleichbar, und nicht nur analog im Sinne von Funktionsähnlichkeit. Im Grunde haben wir in der Wirtschaft teilweise das funktionsmäßig nachgemacht, was uns die Natur vorgemacht hat. Die Ähnlichkeit von Organisationen und Organismen ist ja teilweise sehr hoch. Dabei mußte das gleiche herauskommen. Das begründet auch die Konkurrenz zwischen Natur und Mensch und führt oft zur Verdrängung der Natur durch die Wirtschaft. Nur zum geringen Teil beruht diese Verdrängung darauf, daß wir ganz anders verfahren als die Natur.

Beide Verdrängungsprinzipien erfordern aber unterschiedliche Lösungsansätze. Wo wir die Natur durch die Gleichheit unserer Prinzipien verdrängen, müssen wir anders als die Natur werden. Da, wo wir die Natur durch Andersartigkeit unserer Vorgehensweise verdrängen, müssen wir uns der Natur angleichen. Naturschutz meint also keineswegs nur das Nachahmen von Natur, sondern zum Teil kommt es gerade darauf an, anders als die Natur vorzugehen und sie dabei nicht zu schädigen.

Was die Regenerierbarkeit beziehungsweise die Selbstregenerationsfähigkeit von Natur angeht, so können wir diese auf zweierlei Weise stützen. Zum einen durch zeitlich begrenzte Investitionshilfen als umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen, wie zum Beispiel durch die Anlage eines Weihers. Zum anderen durch eine Art von Dauersubvention in Form von Pflege, wie sie sich begrifflich etwa in den Landschafts"pflege"gesetzen niederschlägt. Mir behagt dieser Begriff überhaupt nicht; denn Pflege heißt, daß wir die Natur bereits auf dem Krankenbett sehen, zum Teil sogar auf der Intensivstation. Dies bedeutet dauernden Schutz und dauernde Kontrolle, was der Selbstregenerierbarkeit der Systeme keine Chance mehr gibt.

Die Dauersubventionierung der Landwirtschaft, mit deren Hilfe bestimmte Strukturen erhalten werden sollen, zeigt - schon im Hinblick auf die Finanzierung - die Auswirkungen einer Fehlentwicklung. Insofern bin ich auch skeptisch, wenn Herr Körber von Rekonstruktion der Natur spricht, so als könne man mit Hilfe der Technik eine Art Ersatznatur herstellen. Dahinter steckt der Gedanke, alles sei letztlich machbar - ein Weg, den ich nicht für gangbar halte.

Dem entspricht im Naturschutz etwa die Vorstellung, man müsse sich die Bewahrung von Kleinbiotopen zum Ziel setzen und gewissermaßen das Prinzip des zoologischen Gartens hier zur Geltung bringen. Ich würde das für eine Fehlentwicklung halten.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Im Hinblick auf die Erhaltung von Chancen bei unserem Umgang mit der Natur halte ich die Verlangsamung des technischen Fortschritts für unerlässlich. Ich weiß um die starke emotionale Verankerung des technischen Fortschritts im Menschen - ähnliche Verhaltensweisen sind übrigens fast allen Organismen eigen. Der gewaltige Unterschied ist, daß wir

durch den technischen Fortschritt die Evolutionsgeschwindigkeit sehr beschleunigt - so etwa vertausendfacht - haben. Anders gesagt: Auf dem Weg von der langsamen natürlichen Evolution in die technische Evolution haben sich die ökologischen Chancen im Verhältnis von 1:1000 verschlechtert. Dem können wir nur durch Verlangsamung der technischen Evolution entgegenwirken. Das bedeutet vorwiegend eine Verringerung der technischen Quantität der Evolution, nicht aber ihres qualitativen Ausbaus. In diesem Sinne müssen wir auf quantitative Entwicklung mehr als bisher verzichten lernen. Durch diese Art von Verzicht, nämlich auf immer schnelleren Fortschritt, müssen wir unsere Gesellschaft erst für eine effiziente Umweltpolitik fähig machen.

Wir müssen dem Menschen klarmachen, daß technische und ökologische Entwicklungen stärker aufeinander abzustimmen sind. Natürlich läßt sich die Geschwindigkeit der technischen Entwicklung nicht auf Null bringen, aber wir können versuchen, beide Geschwindigkeiten - der technischen Entwicklung und des Umweltschutzes einander etwas anzugleichen. Darin liegt eine große Chance für uns, wenigstens im Hinblick auf eine Verlangsamung von Zerstörung, aber sicher nicht mehr die Chance einer vollen Enthaltung dessen, was noch ist.

Leinen

Bei der Ökokrise ist es wichtig, die Diagnose des Problems richtig zu stellen, das heißt, das Problem in seiner ganzen Dimension zu begreifen. Erst dann können wir beurteilen, ob wir die richtige Therapie zur Lösung anwenden.

Herr Körber sprach im Hinblick auf die Ökologie von der Rekonstruktion, der Wiederherstellung der Natur. Ich frage mich, ob das die richtige Diagnose ist; denn wiederherstellen läßt sich doch nur etwas, was nicht irreversibel zerstört worden ist. Nur dann ist eine Rekonstruktion noch möglich. Hat aber die Umwelt- und Naturzerstörung nicht in Teilbereichen bereits ein Ausmaß angenommen, daß der "point of no return" schon erreicht ist?

Ich denke etwa an die Bodenerosion in den Alpen infolge des übertriebenen Skitourismus oder an die fortschreitende Wüstenbildung in der dritten Welt. Ein solches Ökosystem läßt sich nur schwer wieder regenerieren. Ich denke auch an die ausgestorbenen Tier- und Pflanzenarten oder an die Klimaveränderungen und die Gefahren in der Stratosphäre, Stichwort: Ozonloch. In all diesen Bereichen wird man schwerlich wieder etwas mit Hilfe menschlicher Möglichkeiten, das heißt unter Einsatz von Technik, rekonstruieren können.

Insofern stimme ich der These von Herrn von Lersner zu: Es gilt, geistig-moralisch, politisch und ökonomisch, also in all unserem Tun die Endlichkeit gewisser Ressourcen auf dieser Welt zu begreifen und daraus die notwendigen Konsequenzen abzuleiten. Letztlich kommt der Mensch nicht darum herum, sich als Teil der Natur zu verstehen und nicht als eine Größe außerhalb der Natur. Mit anderen Worten: Unser menschliches Tun muß sich in den Kreislauf der Natur einbinden lassen. Wir sollten mit unserer Intelligenz in der Lage sein, Wohlstand und Bewahrung der Ökosphäre miteinander in Einklang zu bringen. Das ist die große Herausforderung. Regenerierbarkeit, Recycling, Nachhaltigkeit sind Stichworte, die deutlich machen, in welche Richtung wir gehen müssen.

Die Ökonomie muß die ökologischen Rahmenbedingungen beachten. Was wir heute in der Ökonomie erleben, ist eine gigantische Umverteilung durch ökologischen Raubbau: zu Lasten benachteiligter Gruppen, die unter der Umweltverschmutzung, sei es am Arbeitsplatz oder am Wohnort, zu leiden haben, sicher auch zu Lasten der ärmeren Regionen dieser Welt, vor allem aber zu Lasten künftiger Generationen. Dieser Prozeß droht sich noch zu verstärken.

Wenn wir über ökologische Stabilität reden, sollten wir auch über soziale Stabilität sprechen. Ich kann mir schwer vorstellen, wie in einer Demokratie die Einhaltung ökologischer Grenzen einklagbar sein soll, wenn eine kleine Gruppe Privilegierter nach wie vor alles darf, während der großen Masse der Bevölkerung Abstinenz gepredigt wird. Das fängt beim Auto und der Urlaubsreise an und geht hin bis zum Motorboot und zum Flugzeug. Solange eine Elite alle Konsummöglichkeiten für sich in Anspruch nimmt, kann man nicht erwarten, daß die große Mehrheit sich in Verzicht übt. Dieser Grundsatz gilt natürlich genauso zwischen den armen und den reichen Staaten.

Ich halte deshalb eine Revolution in der geistig-kulturellen Einstellung der Eliten für notwendig. Wenn dort ökologisches Bewußtsein vorhanden ist und ökologisches Verhalten praktiziert wird, läßt sich für die Gesellschaft und die Menschheit vielleicht noch einmal eine Richtungsänderung erreichen.

Kleinert

Ich stimme Herrn Leinen zu, daß zumindest in Teilbereichen eine Regenerierbarkeit wohl kaum mehr möglich ist. Nun ist hier, vor allem in den beiden Referaten, der Eindruck erweckt worden, als sei die

Lösung der Umweltproblematik im wesentlichen die Frage eines veränderten gesellschaftlichen Wertebewußtseins. Ich will nicht bestreiten, daß dies ein wichtiger Punkt ist und es bisher noch keine Umweltethik oder eine Ethik des Verzichts gibt. Ungeachtet der wachsenden Aufmerksamkeit, die das Umweltthema in der öffentlichen Diskussion erfährt, ist die Bereitschaft des einzelnen Konsumenten noch nicht sehr weit entwickelt, sich auch dementsprechend zu verhalten. Hier ist immer noch eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Bekundung, Umweltschutz sei ein ganz wichtiges Thema, und dem praktischen Verhalten im Alltag. Das fängt bei der Müllsortierung an. Das wachsende Ansehen des Umweltthemas findet sicher auch seinen Niederschlag im Wahlverhalten der Leute; aber alle Untersuchungen stimmen darin überein, daß die materiellen Interessen im Endeffekt doch den Ausschlag geben.

Dennoch sehe ich das zentrale Problem der Umweltthematik angesichts des kurzen Zeitraums, in dem sie überhaupt erst gesellschaftlich wahrgenommen wird - das sind ja noch nicht einmal 20 Jahre;- , an anderer Stelle, nämlich in einem politischen Durchsetzungsdefizit. Ich sehe jedenfalls eine wachsende Diskrepanz zwischen neuen Einsichten und verändertem Wertebewußtsein einerseits und den praktischen Schwierigkeiten, dies dann im politischen und auch ökonomischen System durchzusetzen. Ich halte das überdies für die interessantere Problematik. Denn die intellektuelle Debatte über Paradigmenwechsel, Verzichtsethik und so weiter läuft ja schon seit gut anderthalb Jahrzehnten, und da ist auch einiges vorangekommen, während die politische Umsetzung doch erheblich hinterherhinkt.

Ich sehe hier für die Zukunft sogar wachsende Schwierigkeiten. Lassen Sie mich das an einem Beispiel verdeutlichen, der Energiepolitik in der Bundesrepublik. Ich denke, eine Mehrheit der Bundesbürger hat mittlerweile eindeutig gegen die Atomenergie Stellung bezogen. Immer mehr politische Parteien haben dem Rechnung getragen und sind dabei, entsprechende Beschlußlagen herbeizuführen. Öffentliches Bewußtsein und politische Beschlußfassungen stehen nun allerdings in keinem Verhältnis zu dem, was die praktische Politik in den nächsten Jahren an Umsetzung vermutlich tun wird. Das, was auf der Ebene der Wertepreferenz in Gang gekommen ist, findet also keine Entsprechung in den politischen Umsetzungsmöglichkeiten. So sind beispielsweise die Möglichkeiten der Alternativenenergie überhaupt nicht genutzt worden.

Daraus allerdings den Schluß ziehen zu wollen, wenn nur die richtigen Parteien das Sagen hätten, würde sich alles ändern, wäre naiv. Ich verkenne nicht, daß alle Parteien mit diesem Problem zu tun haben. Das gilt selbst für die Grünen. Die Unbeweglichkeit des politischen Systems wird sicher noch verstärkt durch die Internationalisierung; es ist zu Recht auf den EG-Binnenmarkt hingewiesen worden. In hochkomplexen Gesellschaften wirft jeder Schritt zu konkreten Veränderungen enorme Probleme auf, auch was die Legitimationsnotwendigkeiten angeht.

Die Anforderungen an das politische System wachsen. Es wird verlangt, daß grundsätzliche Veränderungen gerade auf dem Gebiet der Umweltpolitik in möglichst kurzer Zeit durchgesetzt werden. Zugleich ist das veränderte Wertebewußtsein zunehmend mit Partizipationsbedürfnissen verbunden, woraus sich wiederum die Legitimationsproblematik für jede Art von staatlichem Handeln verstärkt. Vor diese Situation sehen sich im Grunde alle politischen Parteien gestellt. Die eigentlichen Defizite sehe ich jedenfalls auf der Ebene der politischen Durchsetzung.

Peine

Wenn ich Ihrer Analyse folge, Herr von Lersner, dann hat die ökologische Wende tatsächlich stattgefunden; in den letzten zwanzig Jahren ist eine Menge geschehen. Bei Wasser und Luft sind wesentliche Verbesserungen erfolgt. Die Wasserbelastung in der Bundesrepublik - ich nehme nur einmal den Rhein - dürfte auf ein Zehntel zurückgegangen sein, die der Luft auf vier Zehntel, und wenn alle Maßnahmen greifen - Katalysator beim Auto, Rauchgasentschwefelung und anderes mehr-, dürften wir bei der Luft auch ein Zehntel erreichen. Die Frage ist, ob alle diese Verbesserungen schnell genug durchgeführt werden. Das gilt vor allem für die Bodenbelastung, die wohl besonders problematisch ist.

Es bleibt also noch eine ganze Menge zu tun. Insofern ist eine Wende im öffentlichen Bewußtsein und in der Industrie, insbesondere aber in der Politik, sicher notwendig. Herr Glück hat zu Recht gesagt, wir müßten lernen, im Umweltbereich vom Reparaturbetrieb zum vorsorglichen Planen überzugehen. Das gilt auch für die Industrie, obwohl positive Ansätze dazu längst vorhanden sind. Da wird durchaus schon vorsorglich geplant und teilweise viel Geld ausgegeben, obwohl die aktuelle Situation dies noch gar nicht erfordert. Aber wenn man sein Geschäft langfristig betreiben will, muß man Vorsorge treffen, um spätere Kalamitäten zu vermeiden. Das ist im Hinblick auf den Boden besonders wichtig, weil sich dort Schäden nur sehr schwer reparieren lassen.

Im übrigen ist es keineswegs primär eine Frage der Großunternehmen, wenn Pannen passieren. Im Gegenteil, diese Unternehmen verfügen über Forschungseinrichtungen, die sie in die Lage versetzen, auf dem Umweltgebiet auch für mittlere und kleine Industrien mitzudenken.

Was die Entsorgung angeht, halte ich es für völlig unakzeptabel, daß wir mit unserer entwickelten Technik beispielsweise den Hausmüll erst zu 40 Prozent verbrennen, während andere Länder da schon sehr viel weiter sind. In Teilbereichen ist beim Müll sicher auch eine Regelung möglich, wofür Ansätze bereits bestehen. Daß wir aber unseren Sondermüll überwiegend ins Ausland schaffen, ist im Grunde ein Skandal, wo wir doch wissen, daß dort verwendete Techniken sich - gemessen an unseren eigenen Möglichkeiten - auf einem Entwicklungsstand von vor 20, 25 Jahren befinden. Ich habe mir vor kurzem einen ganzen Tag lang die Mülldeponie in Schönberg angesehen. Das Geschäft dort betreiben durchaus verantwortungsbewußte Leute, aber eben mit einer Technik von vor 25 Jahren. Das ist nicht mehr zulässig.

Wir wären von unserer Technik her ohne weiteres in der Lage, in der Bundesrepublik flächendeckend eine Müllverbrennung zu organisieren. Ich nenne nur Rauchgasentschwefelung, Schwermetallentfernung, Einbindung der Asche in die Schlacken, anständige Deponien mit Auffangsickerwasser, reparierbare Folien und anderes mehr. Alle diese Techniken sind doch vorhanden. Was ich aber nicht verstehen kann: Wenn wir derartige Anlagen, auch im industriellen Bereich, zur Genehmigung einreichen, dann setzt häufig eine Diskussion darüber ein, ob 99,99 Prozent Schadstoffentfernung ausreichen. Darin kann ich dann nur eine Verhinderung praktischer Umsetzungsmaßnahmen sehen. Auch da müßte ein Wandel in den nächsten Jahren erfolgen.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch sagen: Wir sollten unsere Anstrengungen dort konzentrieren, wo wir einigermaßen Bescheid wissen, und unser Hauptinteresse nicht Dingen zuwenden - das Ozonloch gehört dazu;- , wo wir die Ursachen noch kaum kennen. Mitunter habe ich den Eindruck, daß wir uns ein bißchen verplempern. Des weiteren ist es unerläßlich, die Diskussion über diese Fragen sachlich zu führen. Das gilt besonders für die Politik. Das Robbensterben beispielsweise hat überhaupt nichts mit der Verklappung der Dünnsäure zu tun - die Verklappung hat unser Unternehmen übrigens schon vor 15 Jahren eingestellt, weil wir hier ein Recycling für besser halten. Aber mit dem Robbensterben hat das nicht das geringste zu tun, und deshalb sollte man auch nicht die Bevölkerung mit derart unsachlichen Behauptungen verunsichern. Solange sich Politiker davon nicht freimachen, müssen wir wirklich noch auf eine Wende warten.

Maier

Ich will an dieser Stelle in einigen Punkten vorsichtigen Widerspruch anmelden. Das betrifft zuerst die These von Herrn von Lersner, die Naturwissenschaft insgesamt habe einen Bedeutungsverlust erlitten. Ich meine demgegenüber, innerhalb der Naturwissenschaften habe eine Verlagerung stattgefunden. Physik und Chemie, man sieht es an den Fächerpräferenzen der Schüler und Studenten, sind zweifellos zurückgegangen. Biologie dagegen hat stark angezogen, und alles, was mit Systemen, Vernetzungen, Lebenssphären zu tun hat, erfreut sich großer Beliebtheit. Das reicht bis in die Wissenschaftsgeschichte hinein. Plötzlich ist ein lange vergessener Mann wie Albertus Magnus wieder interessant für die moderne Naturwissenschaft, weil er bereits, modern gesprochen, in ökologischen Zusammenhängen gedacht hat.

Zweiter Widerspruch: Herr Heydemann hat - vielleicht etwas zugespitzt - gemeint, nur die Ökopolitik müsse sich der Natur der Sache, nämlich dem Ökosystem selber, annähern, während andere Bereiche der Politik zu dieser Verifikation nicht gezwungen seien. Aber war nicht der Begriff der "Natur der Sache" schon früher, spätestens seit Montesquieu, ein Leitbild für Gesetzgebung und Rechtspolitik?

Dritter Widerspruch: Ich weiß nicht, Herr Heydemann, ob sich die Annäherung von Ökonomie und Ökologie - Sie haben vom ökologischen Betrieb gesprochen - in dieser Form realisieren läßt. Hier tauchen organische, organismische Vorstellungen der Ökonomie und der Betriebswirtschaft auf. Ich habe mich bei Ihren Ausführungen in mancher Hinsicht an die Volkswirtschaftslehre der Romantik erinnert, die ja in solchen Zusammenhängen gedacht hat.

Das führt mich, viertens, auf die Diskussion mit Herrn Leinen und Herrn Kleiner! zurück. Ich frage mich: Wer bestimmt am Ende? Wer setzt eine solche Ethik durch? Oder: Wo sind überhaupt die Leitbilder, die dann mit verpflichtender Kraft auftreten dürfen, so wie es Alois Glück gefordert hat? Beide Wörter, Ökonomie wie Ökologie, verweisen ja auf den Oikos. Die Griechen haben sich sowohl das Wirtschaften wie auch die Verteilung der Güter im Bild des Hauses vorgestellt. Interessanterweise tauchen in manchen Diskussionsbeiträgen wieder Begriffe des Hauses auf, wie Geschlossenheit,

Stabilität, Wohnen, Heimkommen. Das ist übrigens für die ökologische Debatte überhaupt symptomatisch.

Darin liegt Chance und Problematik in einem. Selbstverständlich kann uns hier das Denken der Vergangenheit in eine Richtung führen, die auch zur Lösung heutiger, von uns geschaffener Probleme beiträgt. Aber man sollte die Traditionen und ihre richtunggebenden Initiativen auch nicht überschätzen. Im übrigen war in der europäischen Tradition die Ethik immer eine Sache des einzelnen Menschen. Daran schließt sich die Ökonomik an als die Lehre vom Haus und von der Verteilung der Güter, und über allem steht die Politik. So ist das im Grunde von Aristoteles bis ins 18. Jahrhundert hinein gewesen. Die Politik entscheidet letzten Endes über die Leitbilder und über deren Stellenwert. Anders ist Orientierung gar nicht möglich.

Für unser Gespräch bedeutet das: Wir kommen um politische Optionen nicht herum. Wir können nicht erwarten, daß eine Ethik sich gewissermaßen von selbst in der Öffentlichkeit durchsetzt. Die Auseinandersetzung beginnt natürlich dort, wo die Politik nach einem Konsens streben muß. Politik ist nicht ohne Konsens möglich, auch nicht ohne öffentliches Bewußtsein. Doch Bewußtseinsentfaltung braucht Zeit. Es muß in einer Demokratie erst allen wehtun, bevor man eine Politik des Steuerns oder Gegensteuerns in Aktion setzen kann. Bloße Voraussicht genügt nicht. Man kann sehr vieles erkennen und berechnen in der Demokratie; aber wirksame Politik daraus machen, das kann man erst, wenn es allen wehtut; und das Problem der Demokratie liegt darin, daß es dann oft - nicht immer - zu spät ist.

Gassen

Die wissenschaftlich-technische Entwicklung vollzieht sich heute mit einer Geschwindigkeit, die dem Menschen kaum eine Chance läßt, mit den Konsequenzen der Technik sozial mitzuwachsen. Dabei wird sich diese Geschwindigkeit zweifellos nochmals potenzieren, insbesondere durch den breiten Einsatz der Informationswissenschaften. Was früher im Ablauf von Generationen geregelt wurde, ereignet sich heute oft innerhalb einer einzigen Generation. Jeder Mensch nutzt die Fortschritte der Technik in vielfältiger Weise; aber die Mehrzahl unserer Mitbürger steht den Grundlagen der Naturwissenschaften wie den technischen Konsequenzen entfremdet gegenüber. Der einzelne Bürger kann bei seinem Computer zwar auf die Tasten drücken, und er sieht, was auf dem Display erscheint; aber was da in dem schwarzen Kasten vor sich geht, begreift er nicht mehr. Als Konsequenz ist mit Carl-Friedrich von Weizsäcker zu fragen, ob die pluralistische Demokratie noch die angemessene Staatsform ist, um dieser technischen Entwicklung zu begegnen. Aber den Weg zur Oligarchie, der wenigen, die als Fachleute gelten, die Herrschaft überläßt, wollen wir auf keinen Fall beschreiten.

Ein möglicher Ausweg aus diesem Dilemma könnte in einer intensiven Erziehung zu Technikverständnis und bewußtem Umweltschutz bestehen, die schon im Kindergarten und in der Grundschule beginnen müßte. Dem stehen jedoch die Sparmaßnahmen des Staates im Ausbildungsbereich entgegen. Zudem fehlt es auch an geeigneten Lehrern, die Technikverständnis und Umweltbewußtsein sachgemäß und unpolemisch vermitteln können.

In bezug auf Fachkenntnis und Methoden sind wir sicher in der Lage, viele technische Probleme im Sinne der Schadstoffreduktion zu lösen. Aber wir haben zur Zeit Schwierigkeiten mit der Ordnungsfunktion des Staates. Jede Gruppe fordert den ordnenden Staat, wenn es darum geht, die Rechte der anderen zu beschränken, bis hin zum Verbot und zur Strafandrohung. Wenn es aber die eigenen individuellen Rechte betrifft - Herr Leinen erwähnte ja den Motorbootfahrer oder den Privatflieger-, dann wird nahezu jede Ordnungsfunktion des Staates abgelehnt; dann besteht man auf der absoluten Freiheit. Diese Inkonsequenz zwischen dem anderen und dem Selbst macht es so schwer, Dinge, die man als richtig erkannt hat, in die Praxis umzusetzen.

Eine andere Überlegung, die hier ebenfalls bereits angesprochen wurde, wäre, die technische Entwicklung bewußt zu verlangsamen und demgegenüber die soziale Entwicklung zu beschleunigen, um auf diese Weise die Lücke zwischen beiden wenigstens nicht größer werden zu lassen. Eine Verlangsamung des technischen Fortschritts verbietet sich aber aus Wettbewerbsgründen. Wir leben schließlich auch in der Bundesrepublik nicht auf der Insel der Glückseligen, sondern in einer Welt, in der sich der Wettbewerb um materielle Güter immer mehr verschärft.

Mit anderen Worten, wir geraten bei jedem Lösungsvorschlag sofort in ein Dilemma, so daß zumindest kurzfristige, praktikable Lösungen überhaupt nicht in Sicht sind. Wenn es wirklich diese einfachen Lösungen gäbe, hätte man sie längst gefunden. Trotz dieser etwas pessimistischen Grundeinstellung sollten wir aber handeln. So sollte das technisch Machbare von Anfang an daraufhin überprüft werden, welche Konsequenzen sich aus seinem Umsetzen für die belebte Natur, also nicht nur für den

Menschen, ergeben. Diese Forderung gilt besonders auch auf einem Gebiet, auf dem ich selbst Mittäter bin, nämlich der Gentechnologie.

Die Frage nach der Konsequenz für das Ganze müssen wir uns im Bereich der Wissenschaften und der Technik zweifellos gefallen lassen. Es geht nicht an zu argumentieren, die Technik an sich sei wertfrei, sie werde nur durch die Art ihrer Handhabung schlecht. Es war im Prinzip falsch, Kernkraftwerke zu bauen, bevor die Entsorgungsfrage rechtsverbindlich gelöst war. Unsere Erfahrung lehrt uns, daß sich dies eben nicht von selbst regelt. Gerade auf dem Gebiet der Gentechnologie werden wir der Frage nicht ausweichen können, ob die möglichen Konsequenzen der Gentechnik bedacht wurden und verbindliche Antworten schon jetzt gegeben werden können. Solange dies nicht der Fall ist, plädiere ich für eine Verlangsamung, zum Beispiel bei der Anwendung gentechnischer Methoden auf den Humanembryo.

Levi

Sie haben gesagt, Herr von Lersner, ein großer Teil der Umweltprobleme könne nicht durch technische Innovationen, sondern müsse durch Verzicht gelöst werden, und haben daran die Frage geknüpft, ob eine demokratische Gesellschaft überhaupt zum Verzicht fähig sei, wobei Sie die Hoffnung äußerten, Askese könne aus Vernunft erwachsen. Ich frage mich: Ist es denn in diesem Zusammenhang überhaupt vernünftig, Askese zu üben oder jedenfalls der Askese Priorität einzuräumen? Ich meine, wir sollten uns davor hüten, in der Askese einen Ersatz für tatsächliche Ansätze zur Problemlösung zu sehen. Askese kann nicht problemlösende Technik, technische Innovation ersetzen.

Zweifellos können Verzichte helfen, unsere nationalen Umweltprobleme zu lösen. Wir dürfen aber den Blick nicht auf die Bundesrepublik oder auch auf die industrialisierte westliche Welt verengen. Die Umweltprobleme, die wir haben, sind doch im globalen Maßstab fast Randprobleme. Milliarden von Menschen auf der Welt verlangen mit Recht nach mehr Energie, mehr Rohstoffen und mehr Nahrung. Unser Verzicht ist da nicht viel mehr als eine Demonstration des guten Willens; jedenfalls kann er nicht wirklich helfen, diese enormen materiellen Bedürfnisse zu befriedigen. Nur durch technische Innovationen können Voraussetzungen dafür geschaffen werden, diesem enormen Nachholbedarf in einer Weise gerecht zu werden, die nicht zur weltweiten Umweltkatastrophe führt.

In diesem Zusammenhang eine Anmerkung zum Stich- und Reizwort "Kernenergie". Die Bundesrepublik wäre mit einiger Mühe sicher in der Lage, auch ohne Kernenergie auszukommen, indem sie ein Stück weit Verzicht übt und im übrigen Alternativen mobilisiert. Aber soll dann nur die dritte Welt, die nichts hat, worauf sie verzichten könnte, die Kernenergie verwenden und mit dieser risikoreichen Technik leben, während wir uns in eine Nische zurückziehen, in der wir verhältnismäßig luxuriös wohnen können? Vielleicht wird langfristig die Sonnenenergie alle Energieprobleme lösen; aber auch da geht es um technische Innovation und nicht um Verzicht.

Wir diskutieren hier im Grunde auf zwei verschiedenen Ebenen. Zum einen sprechen wir über die aktuellen Umweltprobleme in unserem Land und in anderen industrialisierten Ländern der westlichen Welt. Zum anderen sprechen wir über zukünftige Umweltprobleme, die durch jenes enorme wirtschaftliche Wachstum verursacht werden, das in der dritten Welt stattfinden muß. Wenn wir von jenen Ländern verlangen, daß sie die Probleme durch Verzicht lösen, dann werden wir anstelle einer Umweltkatastrophe eine politisch-soziale Katastrophe erleben.

Engelhardt

Herr Körber stellte zu Beginn die These auf, die zukünftige Entwicklung werde, global gesehen, mehr oder weniger zu gleichen Verhältnissen auf der ganzen Erde führen. Sollte es dahin kommen, dann muß ich aus meiner Sicht sagen: Das wäre das Ende der biologischen Evolution. Denn die biologische Evolution lebt von der genetischen Vielfalt und die wiederum von vielfältigen ökologischen Bedingungen. Nichts ist schlechter für die biologische Evolution als überall einheitliche, gleichförmige Verhältnisse. Damit würde auch die Möglichkeit entfallen, daß sich das Leben an veränderte Umweltverhältnisse anpaßt.

Herrn von Lersner möchte ich sagen: Ich stelle sehr in Zweifel, daß die derzeitige Situation überhaupt eine echte Revolution, wie Sie es formuliert haben, ausgelöst hat. Dabei würde ich immer lieber von Evolution als von Revolution sprechen. Schon die Formulierung unseres Themas suggeriert ja, daß bereits eine ökologische Wende eingetreten sei. Auch das bezweifle ich sehr.

Herr von Lersner hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die primäre Ursache für unsere sämtlichen Umweltkatastrophen in der nach wie vor ungebremsten Vermehrung der menschlichen Bevölkerung

liegt. Solange es nicht gelingt, zwischen dem Bevölkerungswachstum in den verschiedenen Regionen und den dortigen ökologischen Bedingungen ein Gleichgewicht herzustellen, kann von einer ökologischen Wende keine Rede sein. Wie Sie wissen, vermehrt sich die Bevölkerung in vielen Entwicklungsländern nach wie vor um zwei bis hin zu drei, vier Prozent, was Verdoppelungen in 18 bis 20 Jahren entspricht.

Wenn Herr von Lersner als Beginn der ökologischen Wende die Jahre 1968-1970 angibt, dann mag das für die Bundesrepublik zutreffen; global gesehen, stimmt das aber auf gar keinen Fall. In der Tat sind die Fortschritte des Umweltschutzes in der Bundesrepublik im Verhältnis zu vielen anderen Ländern relativ gut - bei allem, was es auch bei uns zu bemängeln gibt. Schon wenn Sie an die Europäische Gemeinschaft denken: Was glauben Sie, kommt auf dem Umweltgebiet mit dem Gemeinsamen Europäischen Binnenmarkt ab 1992 auf uns zu? Davon machen sich die meisten bei uns, auch die Insider, überhaupt noch keine rechte Vorstellung.

Und wieviel schlimmer stellen sich die Bedingungen ökologisch, ökonomisch und soziologisch in den Entwicklungsländern dar! Unsere jahrzehntelange Entwicklungshilfepolitik steht hier doch praktisch vor einem Scherbenhaufen, ohne daß ich Teilerfolge auf einigen Gebieten leugnen will. Weder Straßburg 1970, noch Stockholm 1972, noch alle weiteren Folgekonferenzen haben eine ökologische Wende gebracht. Das gilt auch für die vielen Berichte, angefangen vom ersten Bericht an den Club of Rome bis hin zu "Our Common Future". Letztlich steht in allem das gleiche drin, mit gewissen Ergänzungen und Variationen.

Fazit: Wir stehen erst am Anfang ökologischer Einsichten; die Wende muß noch herbeigeführt werden.

Müller

Befinden wir uns, wie Herr Leinen sagte, bereits am point of no return, oder haben wir ihn schon überschritten? Wie lautet die Antwort aus der Sicht des Geowissenschaftlers, der ja auch historisch arbeitet? Leider verfügen wir nicht über eine Umweltdatenbank, die uns genaue Daten über die vergangenen Jahrhunderte vermitteln könnte. Aber es gibt Methoden, mit denen wir frühere Umweltbelastungen recht exakt feststellen können. So hat man in Arktis und Antarktis die verschiedenen Eisschichten untersucht, die einen Gletscher aufbauen und daraus Erkenntnisse über frühere Umweltbelastungen aus der Retrospektive gewonnen. Auch die Untersuchung von bestimmten Schadstoffen in den Jahresringen von Bäumen vermag Aufschluß über frühere Immissionen geben, kann jedoch keine quantitativen Aussagen liefern.

Anders ist dies bei den Feststoffablagerungen in unseren Gewässern, den Sedimenten, insbesondere dort, wo sie sich in Form von Schlamm über längere Zeit hinweg akkumuliert haben. Sedimentologen und Geochemiker gehen in der Weise vor, daß sie aus diesen Sedimentablagerungen einen "Kern" mit speziellen Geräten ausstechen, zum Beispiel im Bodensee oder auch in der Ostsee - die Nordsee eignet sich weniger, weil dort die Sedimente ständig umgelagert werden. Aus diesem Sedimentkern wird dann Schicht um Schicht zur Messung der Schadstoffgehalte und der Bestimmung des absoluten Alters abgetragen.

In den Sedimenten akkumulieren schwer oder überhaupt nicht abbaubare Schadstoffgruppen, die besonders umweltrelevant sind. Dazu gehört die große Gruppe der Schwermetalle, auch die künstlichen Radionuklide; dann die Gruppe der chlorierten Kohlenwasserstoffe mit zahlreichen Pestiziden (wie DDT) und die polychlorierten Biphenyle (PCB) oder auch die große Gruppe der polyzyklischen Aromaten, mit Benzpyren, einem der bekanntesten Krebserreger. Des weiteren reichern sich Erdölprodukte, wie Dieselöl, Heizöl, Benzin, die über die Gewässer in die Sedimente gelangen, in ihnen an. Aber auch Phosphor- und Stickstoffverbindungen, selbst keine Schadstoffe, aber Indikatoren für die Eutrophierung (Überdüngung) eines Gewässers, lassen sich auf diese Weise in den Sedimenten chronologisch verfolgen.

Wir haben gerade eine Untersuchung abgeschlossen, die zeigt, daß der Phosphatgehalt der Sedimente im Rhein, die in die Nordsee eingetragen werden, von 1922 bis 1985 um das Achtfache zugenommen hat. Allerdings ist ab circa 1980 eine Trendwende feststellbar; die Phosphatwerte gehen seitdem in den Sedimenten und auch im Wasser langsam zurück. Das hängt sicher mit der Phosphathöchstmengenverordnung der Bundesregierung zusammen, mit welcher der Phosphatgehalt in Waschmitteln seitdem in zwei Stufen gesenkt wurde. Weit wirksamer ist aber in jüngster Zeit der freiwillige Verzicht des Verbrauchers, der heute überwiegend phosphatfreie Waschmittel verlangt. Hier hat die Aufklärung bereits zu einem veränderten Umweltbewußtsein geführt.

Wie sieht es bei den eigentlichen Schadstoffgruppen aus? Die Schwermetalle stellen heute wohl die stärkste Bedrohung für unsere Gewässer dar. Zahlreiche Untersuchungen haben weltweit gezeigt, daß der erste Anstieg der Schwermetallkonzentrationen in den Sedimenten um 1870/1880 beginnt und dann ständig ansteigt (teilweise bis zum Faktor 100 in industrienahen Gewässern), bis Ende der 60er Jahre dieses Jahrhunderts - das gilt insbesondere für die Bundesrepublik und für Nordamerika wieder ein starker Rückgang eintritt.

Der gleiche Verlauf zeigt sich bei den krebserregenden polyzyklischen Aromaten. Es hat sich inzwischen auch bestätigt, daß beide Stoffgruppen eine gemeinsame Herkunft haben: die unvollständige Verbrennung (Pyrolyse) von schwermetallhaltigen organischen Stoffen, zu denen vor allem die heimische Steinkohle zählt. Auch beim Verglimmen einer Zigarette entsteht Benzpyren, das mit dem im Tabak enthaltenen Cadmium in den Rauch übergeht. Beide Schadstoffe sind also auch hier genetisch miteinander verbunden.

Eine Wende zu weniger Umweltverschmutzung ist seit Ende der 60er Jahre zunächst allein dadurch eingetreten, daß anstelle von Kohle zunehmend Erdöl und Erdgas für Heizzwecke verwandt wurde. Infolge der beiden Ölkrisen war jedoch zu befürchten, daß die Umweltbelastung wieder zunehmen würde, was aber erfreulicherweise nicht eingetreten ist. Dazu hat in erster Linie die vermehrte zentrale Verbrennung von Kohle in modernen Großfeuerungsanlagen beigetragen, die im Vergleich zu früher heute sehr viel weniger Schadstoffe ausstoßen.

Unsere jüngsten Untersuchungen im Bodensee, der als Trinkwasserspeicher für ganz Süddeutschland eine große Rolle spielt, haben ergeben, daß die Schadstoffkonzentrationen bei Schwermetallen und polyzyklischen Aromaten auf den Stand von etwa vor 40 Jahren zurückgegangen sind.

Wenn wir an die Belastung unserer Flüsse mit Quecksilber und Cadmium, die hier überwiegend aus punktförmigen industriellen Einleitungen stammen, denken, dann hat sich die Situation seit unserer ersten Untersuchung 1972 grundlegend verbessert: Durch Einführung umweltschonender Verfahren bei der Chloralkali-Elektrolyse gelangt heute praktisch kein Quecksilber aus dieser Quelle in die Gewässer; durch Schließung der Duisburger Kupferhütte versiegte eine wesentliche Cadmium-Quelle.

Diese positive Entwicklung gilt allerdings nicht für die Elbe, die mit Quecksilber und Cadmium auch heute noch übermäßig stark belastet ist. Die Ursachen liegen zum Teil außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik, sind aber zum großen Teil auch hausgemacht und im Raum Hamburg zu suchen.

Noch zu anderen Schadstoffgruppen: In den Sedimenten sind natürlich auch Pestizide nachweisbar, die vor allem während und nach dem Zweiten Weltkrieg zugenommen haben, aber inzwischen ebenfalls rückläufige Konzentrationen aufweisen. In der Bundesrepublik und in den nordischen Ländern ist, wie Sie wissen, zwar die Anwendung von DDT und PCB verboten, nicht aber die Herstellung. Trotz fehlenden Verbotes werden in der Bundesrepublik Deutschland kein DDT oder PCB mehr produziert, wohl aber in westlichen Nachbarländern! Im Ostblock wird DDT in großen Mengen hergestellt und auch verwendet. Das heißt, es gelangen immer mehr erhebliche Mengen DDT in die Gewässer, zum Beispiel in die Ostsee.

Den krassesten Fall in dieser Hinsicht stellt China dar. Da man sich dort "Ersatzpestizide" mit besserer Umweltverträglichkeit aus Kostengründen nicht leisten kann, hat man im Einzugsgebiet des Jangtsekiang eine riesige DDT-Fabrik gebaut. Um das für das DDT benötigte Chlor herzustellen, wendet man bei der Chloralkali-Elektrolyse veraltete Verfahren an, bei denen noch große Mengen von Quecksilber anfallen. In den dortigen Gewässern werden also mit Quecksilber und DDT gleich zwei Hauptumweltproblemverursacher konzentriert!

Wie Herr Levi eben schon ausführte: Bei uns hat sich eine ganze Menge zum Positiven verändert, so daß man hier durchaus von einer Wende, auch bewußtseinsmäßig, sprechen kann. Dies gilt aber mit Sicherheit nicht für die dritte Welt.

Herr Peine sagte zu Recht, unser Hauptsorgenkind dürfte der Boden sein. Denn selbst bei rückläufigen Emissionen der Schadstoffe findet eine weitere, lediglich verlangsamte Akkumulation von Schadstoffen im Boden statt.

Wir haben jetzt die erste flächendeckende statistische Untersuchung in der Bundesrepublik im Rhein-Neckar-Raum durchgeführt. Dabei sind Böden über eine Fläche von 1400km⁽²⁾ auf Schwermetalle analysiert worden; es wurden 651 Proben genommen, jede Probe bestehend aus 20 Mischproben. Das Ergebnis war, daß 9,7 Prozent aller Böden Grenzüberschreitungen für mindestens ein Schwermetall aufwiesen. In Ballungsgebieten, wie etwa im Raum Mannheim, liegen die Überschreitungen der Grenzwerte bei circa 20 Prozent aller Böden vor. Und wir wissen, daß diese Schadstoffkonzentrationen im Boden nicht weniger werden können, sondern noch zunehmen müssen.

Hier droht zum einen die Gefahr, daß ein Transfer vom Boden in die Pflanzen stattfindet und damit den Menschen direkt betrifft, zum anderen können Schwermetalle in das Grundwasser eintreten und unter Umständen die Trinkwasserversorgung eines Gebietes gefährden. Wir haben beispielsweise im südlichen Odenwald nachgewiesen, daß durch die starke Versauerung der Böden Schwermetalle in beträchtlichem Maße aus dem Boden gelöst werden - dort vermindert sich die Konzentration im Boden um den Preis, daß jetzt ein Eintritt ins Grundwasser erfolgt.

Schneider

Ich will einmal eine etwas andere Sichtweise in die Diskussion einbringen. Ich bin der Auffassung: Wenn das, was wir bereits alles wissen, Maßstab des politischen Handelns wäre, dann hätten wir die ökologische Wende. Ich meine zwar nicht, daß wir schon alles wissen, aber wir haben genügend Kenntnisse, um mit der Lösung der entscheidenden Probleme beginnen zu können. Doch davon sind wir noch sehr weit entfernt. Statt an einer ökologischen Wende befinden wir uns allenfalls bei einem ökologischen Krisenmanagement. Der entscheidende Punkt ist, wie wir uns gegenüber der tagtäglich genehmigten Umweltverschmutzung verhalten. Erst wenn wir dieses Thema ernsthaft in Angriff nehmen, ist vielleicht eine ökologische Wende möglich.

Die Umweltgesetzgebung ist auf diesem Wege zweifellos ein ganz wichtiger Faktor, der aber bisher unzulänglich gehandhabt wird. Das heißt, es gibt noch viel zuviele genehmigte Umweltverschmutzungen, und die Unternehmen sind nicht bereit, auf diesem Gebiet bei der Reduzierung der Umweltbelastung in der erforderlichen und möglichen Weise kreativ und initiativ zu werden.

Denken Sie an die Reinhaltung der Luft. Da möchte ich geradezu von einem Schweigekartell der Ingenieure sprechen, wenn es darum geht, das, was wir technisch können, entsprechend weiterzuentwickeln. Als die Grenzwertdiskussion um den Schwefeldioxidgehalt in der Abluft von Kraftwerken ging, ob er 800, 600 oder 400 mg betragen dürfe, war die stereotype Antwort der Industrie: Das können wir nicht, das ist zu teuer, das kostet Arbeitsplätze, und außerdem fehlt uns die erforderliche Technologie dafür. An der Stelle hätte ich mir wirklich mehr unternehmerische Innovation vorgestellt. Es fehlt offenbar an der richtigen Motivation, den Stand der Technik aus eigenem Antrieb weiterzuentwickeln, weil damit natürlich auch hohe Investitionskosten verbunden sind.

Deshalb sollte man die Umweltgesetzgebung durch wirksame Instrumente flankieren, die marktwirtschaftlich und umweltpolitisch verträglich sind und die die Unternehmen zu ökologischen Innovationen anhalten. Ich denke zum Beispiel an ein marktwirtschaftliches Instrument wie die Abgabenslösung. Je mehr die Unternehmen dann die Schadstoffe reduzieren, um so geringer werden die Abgaben, die sie zu zahlen haben. Beim Abwasserabgabengesetz hat dies jedenfalls in der richtigen Richtung gewirkt.

Warum sollen Unternehmen beispielsweise nicht für Umweltschäden, die sie verursachen, haften? Durch eine Umwelthaftpflichtversicherung, die an den Risiken orientiert ist, könnte man die Unternehmen veranlassen, die Risiken zu mindern und damit die Umwelthaftpflichtprämien zu senken. Das wäre ein klassisches marktwirtschaftliches Instrument, weil es den Unternehmen einen ökonomischen Anreiz bietet und sie sicher auch dazu anregen würde, über das gesetzliche Maß hinaus aktiv zu werden.

Um der Normalität des Zerstörungsprozesses entgegenzuwirken, kommt es in der Tat darauf an, unabhängig von den gesetzlichen Vorschriften das Eigeninteresse durch ökonomische Anreize anzuregen, also mehr zu tun, als das Gesetz es vorschreibt, weil man auf diese Weise die Kosten senken kann.

Nun wird allerdings auch, zum Teil fahrlässig, zum Teil bewußt, gegen bestimmte gesetzliche Rahmenbedingungen verstoßen. Stichwort: Umweltkriminalität, über die wir sehr viel ernster reden müßten, als das gemeinhin geschieht. Dadurch wird nämlich ein erheblicher volkswirtschaftlicher Schaden verursacht. Ich vermag überhaupt nicht einzusehen, warum man derartigen Delikten nicht sehr viel konsequenter nachgeht und solche Verursacher haftbar macht.

Das Verursacherprinzip und das Vorsorgeprinzip stehen zwar auf dem Papier - das ist ja auch Konsens in unserer Gesellschaft;- , aber wenn es darum geht, dies in die Praxis umzusetzen, fehlt es an der notwendigen Bereitschaft. Im Kern geht es um die Frage, beispielsweise Produktionsverfahren so umzustrukturieren, daß sie für die Umwelt verträglich werden. Das sind für die Unternehmen sicherlich schwierige Umstellungsprozesse. Aber auch wir als Arbeitnehmerorganisation sind da gefordert. Auch wir sind nicht daran interessiert, daß Umweltpolitik im Feuerwehrstil praktiziert wird. Uns kommt es darauf an, wie es bei uns programmatisch formuliert ist, langfristig umweltgerechte und

damit auch zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn hier unternehmerische Innovation und politisch flankierende Maßnahmen zusammenwirken, könnte das ein Weg sein, um Ökonomie und Ökologie besser miteinander in Einklang zu bringen. Ich meine, Ökologie ist im Grunde nichts anderes als eine vernünftige Langzeitökonomie. In dieser Hinsicht bedarf es in Politik und Gesellschaft eines weitgehenden Konsenses, weil anders eine Wende mit den notwendigen Anpassungsprozessen in vernünftigen Schritten kaum möglich sein dürfte.

Ich halte es in diesem Zusammenhang allerdings für wenig effizient, Herr Glück, wenn man nun plötzlich den Verbraucher als den zentralen Faktor der Umweltpolitik entdeckt. Wenn ich zum Beispiel bei Aldi nur die Wahl habe, mich beim Bier oder anderen Getränken zwischen verschiedenen Büchsen zu entscheiden, aber nicht alternativ dazu Mehrwegflaschen angeboten werden ...

Freiherr von Lersner

Dann gehen Sie halt nicht zu Aldi.

Schneider

Viele Menschen in unserer Gesellschaft sind nun einmal darauf angewiesen, billiger einzukaufen, und auch die sollten die Chance haben, sich umweltgerecht zu verhalten. Deshalb müssen wir hier bereits bei den Produktionsverfahren ansetzen und die Produkte umweltverträglich gestalten. Und wenn solche Entwicklungen nicht freiwillig vorankommen, müssen eben auch Verbote ausgesprochen werden.

Ich habe durchaus Verständnis, Herr Peine, wenn Ihre Branche bei der Sondermüllentsorgung Schwierigkeiten im Hinblick auf die Deponiekapazitäten sieht. Gleichzeitig stelle ich aber fest, daß die chemische Industrie in der Einweg-Plastik-Wegwerfflasche neue Marktchancen sieht, mit denen man sich dann die eigenen Deponiekapazitäten zuschmeißt. Das ist sicher keine vernünftige Entwicklung. Man kann nicht einerseits die fehlenden Deponiekapazitäten beklagen und gleichzeitig neue Wege der Wegwerfgesellschaft beschreiten.

Peine

Die Plastikflasche soll "recycled" werden; sie soll nicht auf die Deponie.

Schneider

Wie wollen Sie das wohl garantieren. Denn bisher gibt es keine praktisch funktionierenden Rücknahme- und Recyclesysteme. Wenn das praktisch möglich wäre, würde ja auch die Verordnung mit einer Pfandregelung nicht kommen. Hier geht es generell um mehr Ehrlichkeit, wie man mit den Dingen umgeht. Und dabei sollten nicht kurzfristige Interessen im Vordergrund stehen. Da wäre auch innerhalb der Industrie selbst eine sachliche Diskussion vonnöten.

Es hilft auch wenig, hier immer wieder auf die zukünftigen Entwicklungen in der dritten Welt hinzuweisen. Wie wollen wir denn diesen Ländern gegenüber glaubhaft argumentieren, wenn nicht einmal ein technologisch hochentwickeltes Land wie die Bundesrepublik in der Lage ist, die eigenen Probleme zu lösen und statt dessen seinen Dreck exportiert und damit im Grunde nichts anderes als Umweltkolonialismus betreibt! Anstelle von Entsorgungskosten in Höhe von 400,- DM pro Tonne zahlen wir in Afrika dann eben nur 10 Dollar pro Tonne für hochgiftigen Sondermüll. Was wir auf diese Weise machen, ist doch lediglich eine Problemverschiebung, aber kein Weg, um die Probleme in geeigneter Weise zu lösen. Erst wenn wir uns da zu einer anderen Haltung bequemen, können wir vielleicht eines Tages von einer ökologischen Wende sprechen, die ich für dringend notwendig halte, um der Erhaltung unserer Wirtschaftsgrundlagen wegen, ja unseres Überlebens überhaupt.

Stroetmann

Ja, Herr Schneider, das ist der Mensch in seinem Widerspruch. Diesen Widerspruch muß man natürlich ebenso auf die Gewerkschaften beziehen, die sehr lange gebraucht haben, um zu erkennen, daß eine ökologische Politik auch Chancen für den Arbeitsmarkt bietet. Dieser Bewußtseinswandel ist noch nicht lange her.

Ich halte nun den Begriff der Wende, den wir hier vornehmlich im Hinblick auf die Bundesrepublik diskutieren - Herr Engelhardt hat zu Recht gesagt, im EG-Bereich und gar erst in der dritten Welt sähe es ganz anders aus-, ohnehin für problematisch. Wende signalisiert so ein wenig, daß es möglich wäre, auf dem schwierigen Feld der Ökologiepolitik gewissermaßen das Ruder um 180 Grad herumzuwerfen. Dabei wissen wir ganz genau, daß eben dies nicht möglich ist, selbst wenn wir es

wollten. Deshalb geht es nicht so sehr um eine Wende als vielmehr um die Frage, wie wir es schaffen, in unserer Politik in Zukunft die Ökologie besser zu berücksichtigen. Deshalb geht es nicht so sehr um eine Wende, als vielmehr um die Frage, wie wir es schaffen, in unserer Politik in Zukunft die Ökologie besser zu berücksichtigen.

Da bin ich dann mit Herrn von Lersner und Herrn Glück der Meinung, im Gegensatz zu Herrn Kleinert, daß man nicht das Wertebewußtsein gegen die politische Umsetzung ausspielen sollte. Beides läßt sich im Grunde nicht trennen. Denn die Umsetzung in der Politik, die ja von den Bürgern dieser Gesellschaft mitgetragen werden muß, setzt ein entsprechendes Wertebewußtsein notwendig voraus. Zur Umsetzung gehört die Akzeptanz, die wiederum vom Bewußtsein abhängt.

Und wenn hier von Oligarchie die Rede war: Das Experiment ist schon vor 2500 Jahren schiefgegangen. Wir müssen in einer demokratischen Gesellschaft nun einmal akzeptieren, daß eine Mehrheit entscheidet, und das tut sie ihrem gewachsenen oder nicht vorhandenen Bewußtsein entsprechend. Natürlich weiß ich auch, daß eine falsche Entscheidung nicht deshalb richtig wird, weil eine Mehrheit sie getroffen hat. Aber ich sehe keine Alternative. Im Zweifel muß ich bereit sein, auch eine falsche Entscheidung hinzunehmen, zumindest für den Zeitraum, wo ich selber keine Möglichkeit habe, an einer Umänderung mitzuwirken.

Wertebewußtsein, Akzeptanz und Umsetzung sind also im Zusammenhang zu betrachten. Auch das Wertebewußtsein ist ja nicht statisch zu sehen, sondern es wandelt sich fortlaufend in einem dynamischen Prozeß. Dabei geht es dann auch um die Ausprägung von Leitbildern. Askese ist sicher eine Möglichkeit, aber nicht die einzige, um zu einem Leitbild zu kommen. Askese bedeutet nicht, so habe ich auch Herrn von Lersner nicht verstanden, daß wir nun alle uns auf einmal der Enthaltbarkeit verschreiben sollten. Askese als ethisches Prinzip kann jedoch kreative Kräfte freisetzen, die es uns vielleicht ermöglichen, Lösungen für unsere Probleme zu finden. Wenn wir nämlich nicht mehr zur Askese in der Lage sind, beziehungsweise, um es schlichter zu sagen, nicht mehr über das nötige Maß an Bescheidenheit verfügen, bemühen wir uns auch nicht mehr ernsthaft darum, geeignete Lösungen zu finden. Wir werden dann einfach träge. Deshalb wäre Askese sicher eine wichtige Voraussetzung dafür, eine politische Haltung zu unterstützen, die den ökologischen Bedingungen in stärkerem Maße Rechnung trägt.

Herr Schneider hat die marktwirtschaftlichen Instrumente angesprochen. Das Umwelthaftungsrecht bewegt sich in diese Richtung. Auch das ist als ein dynamischer Prozeß zu sehen. Auf einigen Gebieten liegen eben Bewußtsein und Umsetzung noch weit auseinander. Herr Glück hat das am Beispiel Landwirtschaft und Umwelt deutlich gemacht. Das gleiche gilt für den Naturschutz.

Schließlich müssen wir bei allen diesen Überlegungen den Zeitfaktor berücksichtigen. Das gilt für den Gewässerschutz, die Luftreinhaltung oder den Boden gleichermaßen. Maßnahmen, die wir heute in Gang setzen, werden in vielen Fällen erst in 10,12,15 Jahren ökologisch wirksam. Das macht es auch für die politische Darstellung so schwer, weil wir die Ergebnisse unseres Handelns in einer Gesellschaft, die schon morgen den Erfolg erwartet, nicht so schnell vorweisen können. Deshalb sollten wir den Zeitfaktor immer wieder ansprechen, damit in der Gesellschaft nicht Erwartungen geweckt werden, die man beim besten Willen nicht erfüllen kann.

Dürr

Wir haben uns hier ja so richtig in eine Katastrophenstimmung hineingeredet. Askese, heißt es, ist gefragt. Ich bin gespannt, wie das nachher beim Mittagessen aussieht.

Lassen Sie es mich ganz deutlich sagen: Die ökologische Wende hat stattgefunden! Da hat sich in unserer Gesellschaft geradezu ein geistiger Quantensprung vollzogen - im Sinne einer nicht-linearen Entwicklung. Ich kann Ihnen in diesem Zusammenhang nur die Schriften Walther Rathenaus, meines Vorgängers bei der AEG, empfehlen, der die ökologischen Fragestellungen bereits am Anfang dieses Jahrhunderts formuliert hat.

In dieser Zeit hat sich also eine Wende vollzogen, die dadurch zu charakterisieren ist, daß wir, wie Herr Glück sagte, erkannt haben: Mit unseren überkommenen konventionellen Kriterien, die seit der Zeit der Aufklärung gültig waren, können wir die Natur nicht mehr erklären. Dieses disparate Nebeneinander der verschiedenen Politikbereiche - Wirtschaftspolitik, Bildungspolitik und so weiter und dann auch irgendwann Umweltpolitik-, das haben wir mehr und mehr erkannt, muß jetzt einer ganzheitlichen Betrachtung weichen. Ich meine, es war 1980, als Erhard Eppler auf einem Kongreß der IG Metall die Frage stellte, ob wir denn unbedingt 200 Bonbonsorten brauchten. Ökologie war damals noch nicht gefragt.

Davor haben wir offenbar geglaubt, wir könnten die Natur einfach durch den Einsatz von Material und Energie beherrschen. Der Grundsatz lautete: möglichst viel Energie, möglichst viel Material. Je größer die Bauten, je größer die Maschinen, um so höher die gesellschaftliche Anerkennung. Da ist doch eine völlige Wende eingetreten. Das alles zählt heute nicht mehr. Im Gegenteil, heute muß alles möglichst klein sein. Nehmen wir als Zeichen hierfür die Mikroelektronik.

Wir sind, um es verkürzt zu sagen, gewissermaßen von der Hardware zur Software übergegangen. Wir versuchen nicht mehr, die Natur durch Einsatz von Material und Energie zu bezwingen, sondern durch den Einsatz von menschlichem Geist. Immer geht es in der Ökologie ganz wesentlich um eine Verbesserung des Wirkungsgrades. Nun, da gibt es unter den Ökologen Illusionäre, die fordern einen Wirkungsgrad von 100, wobei sie den zweiten Hauptsatz der Thermodynamik vergessen. Aber im Prinzip ist die Verbesserung des Wirkungsgrades der entscheidende Punkt, und in dieser Richtung arbeiten wir in der Industrie schon längst. Deshalb muß ich denen an diesem Tisch entschieden widersprechen, die da meinen, die ökologische Bewegung habe überhaupt noch keine Zeichen gesetzt.

Nur ein Beispiel: Die AEG verkauft seit anderthalb Jahren sogenannte Öko-Lavamate als Waschmaschinen, mit denen man 20 Prozent an Waschmittel sparen kann, auf diese Weise auch die Abwässer entlastet und weniger Wasser verbraucht. Die Leute sind bereit, für diese Maschine 100 bis 150 DM mehr zu zahlen als für eine herkömmliche Waschmaschine. Diese Menschen begründen das vielleicht nicht so hochtrabend wie wir hier, sondern stellen einfach fest: Weniger Verbrauch an Waschmittel und Wasser, das ist gut für meinen Geldbeutel, aber auch für die Umwelt, also bin ich bereit, mehr dafür zu bezahlen. Und auf diesem Wege wird die Industrie weitermachen.

Was die Bedingungen in der dritten Welt angeht, da geben wir ohnehin vor, was geschieht. Auch da wird sich diese Entwicklung durchsetzen, vielleicht etwas langsamer, als wir es gerne hätten. Wenn die Multis dort investieren, bringen sie ihre Umweltvorstellungen mit ein, weil die Ingenieure dieser Firmen gar nicht mehr anders denken können. Die bauen die Autolackieranlagen eben unter Berücksichtigung des Umweltschutzes, ob das nun in Brasilien, in Wolfsburg oder in der Türkei der Fall ist.

Ich stimme Ihnen zu, Herr Schneider, daß die geistige Wende, vor allem aber die entsprechenden politischen Maßnahmen eines Konsenses bedürfen zwischen Staat, Unternehmen - und hier sind vor allem die Großunternehmen gefragt - und Gewerkschaften. Dabei fällt dem Staat sicher eine gewisse Führungsrolle zu. Aber die Politiker müssen sich auch um ein Verständnis der technischen Zusammenhänge bemühen, um die Gegebenheiten realistisch einschätzen zu können. Die Verbände tun sich da sicher etwas schwerer, weil sie eher die Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners verwirklichen sollen, aus der Sicht ihrer Mitglieder.

Ich würde aber nicht von ökologischem Krisenmanagement und vom Schweigekartell der Ingenieure sprechen, Herr Schneider. Diese Ingenieure sind teilweise auch Ihre Mitglieder. Die handeln doch nicht bewußt wider besseres Wissen. Aber ein mittelständischer Unternehmer muß sich eben genau überlegen, wie er bestimmte Umweltmaßnahmen finanzieren soll, die ihm keinen Pfennig an zusätzlichem Ertrag einbringen. Da kann er dann die Belegschaft schon vor die Alternative stellen: Soll ich die Umweltschutzanlage bauen, oder wollt Ihr Weihnachtsgeld? Das ist vielleicht etwas vereinfacht dargestellt, aber so läuft das doch in der Praxis ab.

Ich wiederhole noch einmal: Die ökologische Wende hat stattgefunden. Wir haben alle Chancen, die wir nur zu nutzen brauchen. Dabei spielt der Zeitfaktor sicher eine entscheidende Rolle. Die Politiker haben in dieser Hinsicht die größten Probleme, weil sie alle vier Jahre wiedergewählt werden wollen und deshalb mehr an kurzfristigen Erfolgen interessiert sind. Ich halte es aber für den Gipfel der Heuchelei, wenn man beispielsweise den Ausstieg aus der Kernenergie fordert, weil das gerade "in" ist, und genau weiß, daß das auf absehbare Zeit gar nicht machbar ist - zumal ja die Leute ihren Fernseher weiter betreiben sollen, weil die Politiker nur auf diese Weise den Leuten noch zu Gesicht kommen.

Böhr

Ich bin nicht der Meinung, Herr Dürr, daß sich die ökologische Wende schon vollzogen hat. Natürlich reden wir alle inzwischen furchtbar viel über Umwelt und Ökologie, und es wächst auch die Einsicht, daß die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen zerstört werden, wenn wir so weitermachen wie bisher. Aber ich befürchte, daß diese Einsicht nur begrenzte Zugkraft hat und sich nur schwer in politische Aktionen umsetzen läßt. Denn das, was da auf uns zukommt, liegt sozusagen noch in ferner Zukunft. Deshalb bewirkt es auch keinen unmittelbaren kontinuierlichen Handlungsdruck, der politisch umzusetzen ist.

Von einer ökologischen Wende könnten wir meiner Ansicht nach erst sprechen, wenn sich das Verhältnis von Mensch und Natur grundlegend geändert hat. Das ist aber noch keineswegs der Fall. Die Mehrzahl der Bürger in unserer Gesellschaft hat doch nach wie vor ein recht unreflektiertes Verhältnis zur Umwelt; sie beharrt auf einer Trennung von Mensch und Natur und tut sich schwer mit einer synthetischen Sichtweise.

Dürr

Weil wir es ihnen ständig sagen. Diese Diskussion ist doch ein Beispiel dafür.

Böhr

Das mag sein, Herr Dürr. Die Alternative jedenfalls, wie sie beispielsweise im Schöpfungsgedanken zum Ausdruck kommt, der ein integrales Verständnis von Mensch und Natur beinhaltet, stößt in unserer Gesellschaft nicht auf große Resonanz. Wir stellen in der aktuellen Diskussion in unserer Partei jedenfalls fest, wie schwer es ist, diesem Gedanken, dem Schöpfungsbegriff, wieder mehr Geltung zu verschaffen.

Maier

Der Streit um das Beratungsgesetz zum Paragraphen 218 ist ein trüber Beleg für Ihre These. In unserer Gesellschaft herrscht völlige Schizophrenie: Lebensschutz (fast) null, Naturschutz alles; Robben ja, Kinder nein.

Böhr

Auch hinsichtlich des Naturbegriffes selbst gibt es in unserer Gesellschaft keineswegs eine auch nur einigermaßen einheitliche Vorstellung. In den Naturwissenschaften und in den Geisteswissenschaften kommen häufig sehr unterschiedliche, mitunter sogar entgegengesetzte Naturbegriffe zum Tragen. Und auch beim einzelnen löst der Naturbegriff sehr unterschiedliche Vorstellungen aus.

Vom ökologischen Denken ist vor allem zu lernen, daß man in Zusammenhängen denken muß. Auch in dieser Hinsicht sehe ich noch nicht, daß eine Wende eingetreten ist. Wo wird in unserer Gesellschaft wirklich in Zusammenhängen gedacht? Ökologisches Denken meint doch vor allem, daß wir uns über die Folgen unseres Handelns klarwerden müssen. Und wenn ich mir dann ansehe, welche Rolle im politischen Betrieb etwa ein Instrumentarium wie die Technologiefolgenabschätzung spielt, nämlich so gut wie gar keine, dann bezweifle ich, ob wir inzwischen gelernt haben, in Zusammenhängen zu denken und uns die Nebenfolgen unseres Handelns ausreichend und konkret vor Augen zu führen.

Im übrigen wird an diesem Punkt deutlich, daß die Komplexitätsprobleme in unserer Gesellschaft noch völlig unbewältigt sind. Jedenfalls haben wir bis heute nicht gelernt, mit der Komplexität in angemessener Weise umzugehen.

Ich habe auch nicht den Eindruck, daß in unserer Gesellschaft ein ethischer Konsens über bestimmte Grundfragen zunimmt. Im Gegenteil, er ist eher in Gefahr, immer fragmentarischer zu werden oder sogar zu zerbrechen. Wenn ich mir etwa ansehe, was heute unter Recht und Würde des Menschen verstanden wird - ein doch ganz elementarer Bereich-, so zeigen sich da in konkreten politischen Zusammenhängen völlig unterschiedliche Einschätzungen.

Schließlich noch eine Bemerkung zur Askese. Ich habe mit diesem Begriff große Schwierigkeiten, wenn es darum geht, daraus gewissermaßen eine mentalitätsprägende Kraft für unsere Gesellschaft zu entwickeln. Askese kann eine respektable individuelle Haltung und Einstellung sein; daraus ein Leitbild für die Gesellschaft zu machen, kann ich mir schwer vorstellen. Wenn ich mir weite Teile der computerbegeisterten jungen Generation vor Augen führe, dann frage ich mich, wie wir denen wohl den Gedanken der Askese nahebringen wollen.

Peine

Wie ist es denn mit mehr Bescheidenheit?

Böhr

Das würde mir besser gefallen. Wieder mehr Bescheidenheit im Umgang miteinander und mit den natürlichen Lebensgrundlagen zu lernen, könnte durchaus ein sinnvolles Bildungsziel sein. Aber ob

das dann auch die entsprechenden Konsequenzen im Verhalten nach sich zieht, da bin ich doch sehr, skeptisch.

Herr Glück hat davon gesprochen, wir brauchten so etwas wie neue Fortschrittsziele. Das würde ich in der Tat für wichtig halten; denn ich habe den Eindruck, daß der Zusammenbruch der traditionellen Fortschrittsidee eines unserer Grundprobleme ist, mit dem wir bis heute in unserer Gesellschaft nicht richtig fertig geworden sind. Das hat auch fundamental mit den Problemen der Konsensfindung zu tun. Mit dem Zusammenbruch der alten Fortschrittsidee sind auch viele Ziele und Entwicklungsvorstellungen obsolet geworden. Ich sehe ein Defizit der Politik heute auch darin, daß diese nicht mehr in der Lage ist, eine Leitidee beziehungsweise bestimmte übergreifende Zielperspektiven zu artikulieren. Solche Versuche werden im Kampf der verschiedenen lobbyistischen Interessen zerrieben. Die Politik vermag kaum mehr die sachgemäße Integration unterschiedlicher Vorstellungen zu leisten.

Deshalb würde ich es begrüßen, wenn wir einmal sehr eingehend darüber nachdächten, wie denn neue Fortschrittsziele für eine internationale Risikogemeinschaft aussehen müßten, die im Bewußtsein der Menschen eine tragende Rolle spielen könnten. Was uns bisher beispielsweise fehlt, ist ein wirksamer Ordnungsrahmen für den praktischen Vollzug wichtiger Umweltschutzbestimmungen. Umweltschutz wird immer noch mehr als eine Art altruistischer Einstellung und viel zu wenig als eine ökonomische Aufgabe verstanden. Vielleicht kann uns das ökologische Denken hier ermöglichen, die vielfältigen sehr unterschiedlichen Probleme und Lösungsansätze in stärkerem Maße zu integrieren.

Klages

Herr Körber hat in seiner Einleitung den Begriff der Rekonstruktion verwendet und von Umkehr und Herausforderung gesprochen. Wie soll diese Rekonstruktion aussehen? Mit dem Begriff der Askese, den Herr von Lersner betonte, habe auch ich meine Schwierigkeiten, selbst wenn er darunter weniger Enthaltsamkeit als Bescheidenheit versteht.

Eine solche Umkehr halte ich weder für möglich noch für wünschenswert. Würde sich in unserer Gesellschaft eine Mentalität der Askese durchsetzen, so müßte das einen Devolutionsprozeß zur Folge haben, gewissermaßen eine Umkehr der Evolution, die letztlich wahrscheinlich zu einer Verelendung führen würde. Wir wären möglicherweise am Ende unfähig, unsere Bevölkerung noch zu ernähren. Ich meine, wir sind aufgrund der dynamischen Eigenschaften unseres gesellschaftlichen Lebenssystems zur Evolution, zur Weiterentwicklung verdammt.

Diese Weiterentwicklung bedarf eines hohen Anteils an Innovation, aber die Potentiale hierfür sind im wesentlichen vorhanden. Die Entwicklung selbst schafft - thesenhaft formuliert - die Möglichkeiten für die Lösung jener Probleme, welche in den vorhergehenden Stadien der Evolution entstanden sind. Ich meine dies nicht im Sinne eines simplen technischen Determinismus, wenngleich die Technik in diesem Prozeß eine ungeheuer wichtige Rolle spielt. Denken Sie nur daran, welche Energiespareffekte allein durch den Einsatz der neuen Supraleiter möglich sind. Bei ihrer Nutzung wird sich das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch wahrscheinlich einschneidend verändern. Die Realisierung verfügbarer Potentiale stellt sich allerdings nicht "von selbst" ein. Sie ist vielmehr eine Aufgabe, die uns vor politische, gesellschaftliche und auch organisatorische Herausforderungen stellt. Ihnen müssen wir gerecht werden, das ist der springende Punkt.

Noch ein Wort zu dem Wandel der Wertorientierungen, der hier verschiedentlich angesprochen wurde. Unsere Untersuchungen in den letzten Jahren zeigen, daß es sich dabei um einen dynamischen Prozeß mit ständigen Veränderungen handelt. Die Grundformel lautet in der Tat: An die Stelle von Pflicht- und Akzeptanzwerten treten verstärkt Selbstentfaltungswerte, so wie Herr Glück dies gesagt hat.

Mit dieser Entwicklung verbindet sich nun allerdings keineswegs, Herr von Lersner, eine Hinwendung zur Askese, sondern umgekehrt eine deutliche Hinwendung gerade jüngerer Menschen zu den hedonistischen Möglichkeiten, die uns die heutige Welt bietet. Es ist wahrscheinlich eine historisch unvermeidliche Entwicklung, daß Chancen, die früher nur Minderheiten vorbehalten waren, nunmehr von der gesamten Gesellschaft in Anspruch genommen werden.

Dennoch beobachten wir gleichzeitig eine starke Ausprägung des Umweltbewußtseins. Beides steht recht unvermittelt nebeneinander. Es gibt keine automatische Umsetzung von Umweltbewußtsein in ein entsprechendes umweltbewußtes Verhalten. Das unterschiedliche Verhalten läßt sich an konkreten Beispielen nachweisen. Phosphatfreie Waschmittel sind in der Tat angenommen worden.

Da hat die Umweltorientierung zu einem entsprechenden Verhalten geführt. Desgleichen bei der Katalysatortechnik. Auch da ist die Umsetzung im wesentlichen gelungen.

Freiherr von Lersner

Viel langsamer, als es möglich gewesen wäre.

Klages

Auch Glascontainer sind angenommen worden. Die Geschwindigkeitsbeschränkungen auf unseren Straßen jedoch nicht. Im Gegenteil, die Bereitschaft dazu hat sich inzwischen wieder zurückentwickelt. Auch bei den Spraydosen ist keine Umkehr festzustellen. Die Frage ist, worauf diese Verhaltensunterschiede zurückzuführen sind.

Ich meine, es müssen im wesentlichen drei Dinge zusammenkommen, wenn eine nachhaltige Wirkung erzeugt werden soll: Zum einen ist Aufklärung nötig. Zweitens bedarf es entsprechender Normsetzungen, also gesetzlicher Maßnahmen auf den betreffenden Gebieten. Und drittens halte ich für ganz wichtig eine Art Innovationsführerschaft. Aufklärung, Normsetzung und Innovationsführerschaft müssen in der jeweiligen Situation im richtigen Verhältnis zur Geltung kommen.

Biedenkopf

Ich greife noch einmal den Begriff Wende auf. Herr Stroetmann, Wende ist nicht Umkehr. Der Segler weiß, daß Wende eine Änderung der Richtung bedeutet, aber nicht des Zieles. Weil mit dem bisherigen Kurs das Ziel nicht mehr erreicht werden kann, bedarf es einer Wende, aber nicht einer Umkehr. Man macht auf dem eingeschlagenen Weg einen neuen Schlag, wie der Segler das nennt, oder wählt einen neuen Kurs, weil der bisherige Weg in die Sackgasse führt.

Das Ziel des Prozesses ist, objektiv gesprochen, die Voraussetzungen zu identifizieren, unter denen der Schutz der Umwelt mit Aussicht auf Erfolg in unserem gesellschaftlichen Gesamtverhalten integriert werden kann. Dabei müssen auch diejenigen Gegebenheiten menschlichen Verhaltens mitbedacht werden, die für Politik so eine Art Gesetzmäßigkeit darstellen. Es gibt nicht nur in der Natur bestimmte Strategien.

Es gibt, aus anthropologischen Gründen, Ähnliches auch für die Menschen. So können wir Politik nur dann erfolgreich weiterentwickeln, wenn ein Nutzen mit dem Neuen verbunden ist, der größer ist als der Nachteil, der Verzicht. Sonst kommt nichts zustande, jedenfalls dann nicht, wenn wir dafür Mehrheiten brauchen.

Die entscheidende Frage ist also: Wie können wir den Nutzen, den wir anstreben, so definieren, daß er größer ist als der Nachteil. Wenn der Nachteil ein direkter materieller Nachteil ist, und das wird er hier sein, denn Umweltpolitik ist Umverteilungspolitik - das heißt, die Menschen müssen auf bestimmte materielle Dinge verzichten, deren sie sich bisher erfreut haben-, dann muß entweder ein mittelbarer materieller Nutzen oder ein immaterieller Nutzen oder beides zusammen in Aussicht stehen. Er muß so eindrucksvoll sein, daß der einzelne sagt: Dafür gebe ich mehr Geld aus, wie Herr Dürr am Beispiel der Waschmaschine deutlich gemacht hat. Darauf kommt es meines Erachtens entscheidend an.

Zwei Punkte möchte ich noch erwähnen. Beiden Referenten ist zuzustimmen, daß wir für die Umweltpolitik eine Menge aus der Lösung der sozialen Frage lernen können. Die ökologische Frage und ihre Bewältigung läßt sich in der Tat mit der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts vergleichen. Damals war der Mensch direkt durch die Industrialisierung bedroht; in der ökologischen Frage des 20. Jahrhunderts ist er indirekt bedroht, nämlich durch seine Teilhabe an der bedrohten Natur.

Man muß allerdings diesen unterschiedlichen Bedrohungscharakter beachten, wenn man Analogien zieht. Ich erwähne nur drei in Stichworten. Erstens haben wir aus der Lösung der sozialen Frage gelernt, daß die angestrebten Veränderungen von den vorhandenen Besitzständen zunächst immer als lebensgefährlich empfunden werden. Deshalb sind sie auch der Meinung, daß Änderungen gar nicht möglich sind. In Wirklichkeit ist aber nicht das Leben bedroht, sondern die Existenz von bestimmten Denk- und Institutionsstrukturen. Wenn die sich als stärker erweisen als die existentiellen Bedürfnisse, ist die Gesellschaft nicht mehr lebensfähig. Deshalb sind solche Evolutionsschritte immer auch ein Test auf die Lebensfähigkeit eines Systems.

Zweitens. Verbote allein lösen das Problem nie, weil dadurch immer Verbotsumgehungsinnovationen ausgelöst werden, und die sind nicht produktiv. Deshalb muß man drittens Regelkreise organisieren, welche die Innovation in die richtige Richtung lenken. Ein klassischer Regelkreis zur Lösung der

sozialen Frage ist die Berufsgenossenschaft. Mit ihrer Hilfe werden die Kosten für Betriebsunfälle, die zu Krankheit oder Verletzung führen und die vorher externe Kosten waren, internalisiert. Die Unternehmen wurden also "bestraft" dafür, daß sie solche Kosten erzeugen. Der Umweltschutz hat zu einem wesentlichen Teil die Aufgabe, die Kosten, die wir mit unserer industriellen Lebensweise der Natur zufügen, in diese industrielle Lebensweise zu integrieren. Wie wir das so machen können, daß dieses optimal funktioniert und Innovation auslöst, ist das eigentliche Problem der politischen Gestaltung.

Wenn man sich auf diese Frage konzentriert, dann wird auch viel eher die Lösung dieses Problems gelingen. Dann wird das Umweltbewußtsein institutionell stabilisiert. Wenn uns die institutionelle Stabilisierung nicht gelingt, wird sich das Umweltbewußtsein irgendwann wieder verflüchtigen.

Duphorn

Konfuzius hat einmal gesagt: "Brüder, bevor ihr euch streitet, klärt die Begriffe." Die Diskussion zeigt, wie recht er hat. Mir persönlich gefällt das Wort "ökologische Wende" weder sprachlich noch inhaltlich. Sprachlich nicht, weil es zu abgegriffen ist. Alle Welt spricht von Wende, von politischer Wende beispielsweise. Capra nennt sein Buch "Wendezeit", und auch in die Sprache der Werbung hat dieser Begriff Eingang gefunden. Ich las kürzlich eine Reklame für Knoblauchdragees, Überschrift: Wendepunkt der Geschichte. Inhaltlich gefällt mir der Begriff nicht, weil wir ja all die Schritte, die getan werden müßten, um einen Zustand herzustellen, der wenigstens annäherungsweise alte Biotopverhältnisse erreicht, erst noch vor uns haben.

Herr Peine, Sie haben vorhin Zahlen angeführt, die belegen, daß sich die Qualität unserer Flußwässer in den letzten 10 Jahren erheblich gebessert hat. Das gilt allerdings nicht für die Elbe, wo sich der Verschmutzungsgrad weiter verschlechtert hat, was allerdings hauptsächlich auf die Einleitungen am Mittel- und Oberlauf, also außerhalb unserer politischen Grenzen, zurückzuführen ist.

Ich komme aus Jena an der Saale, einem Nebenfluß der Elbe. Meine Mutter hat in ihrer Jugendzeit noch Lachse in der Saale springen sehen. Und in Gorleben kenne ich jemanden, der noch als Junge auf den Geestrücken am anderen Elbufer steigen mußte, um die Ankunft der Störe zu melden. Damals haben sie bis zu 3 Zentner schwere Störe aus der Elbe gezogen. Das ist erst zwei Generationen her. Damals hatte Gorleben noch einen anderen Klang; da sprach man von Gorleben-Kaviar.

Herr Biedenkopf hat vor kurzem in einer Talk-Show gesagt: Ein Umweltprogramm, das glaubwürdig sein und weite Bevölkerungsteile motivieren soll, muß mit eindrucksvollen Beispielen operieren. Beispielsweise sollte man versuchen, bei einem bestimmten Fluß durch entsprechende Maßnahmen einen Zustand wiederherzustellen, wie er vor zwei Generationen geherrscht hat, daß man darin wieder baden, Fische fangen kann und so weiter. Das würden die Menschen begreifen.

Herr Glück hat die These propagiert, der Umweltschutz müsse von der Reparatur- in die Planungsabteilung. Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen. Es ist bisher viel zu viel taktiert worden. Was fehlt, sind langfristig angelegte Umbaustrategien, die wissenschaftlich fundiert, politisch durchsetzbar und finanzierbar sind.

Lassen Sie mich als Eiszeit- und Antarktisgeologe noch einiges zum Klimaproblem sagen, zweifellos eine Kernfrage für das Überleben auf dieser Erde. Das CO₂-Problem und die Gefährdung durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe wurden bereits erwähnt. Vor zwei Jahren haben sowjetische Wissenschaftler gemeinsam mit französischen Forschern eine 2.200 Meter tiefe Bohrung im Antarktiseis niedergebracht und dann Schicht für Schicht analysiert. Ein ganz wichtiges Ergebnis: In der letzten Eiszeit, die ihren Höhepunkt vor etwa 20.000 Jahren hatte, betrug der Kohlendioxidgehalt der Luft dort nur etwa 180 parts per million (ppm); heute ist er etwa doppelt so hoch. Das läßt Rückschlüsse auf erhebliche natürliche Klimaschwankungen zu.

Baumgartner

Es gibt aber auch Untersuchungen, die von 600 ppm in der vorindustriellen Zeit sprechen.

Duphorn

Das ist mir neu. Auf die Antarktis trifft es jedenfalls nicht zu.

Herr von Lersner erwähnte dann die Ausdehnung der Wüsten, eine Entwicklung, die er im wesentlichen auf energiewirtschaftliche Ursachen zurückführte, die ich auch keineswegs negieren will. Ich kenne die Verhältnisse in Afrika und weiß, welche Mühe es den Menschen dort bereitet, Holz zu

bekommen; sie müssen immer weitere Wege gehen. Aber wir Geologen können eindeutig belegen, daß die Wüste aufgrund von mehrfachem Klimawechsel zwischen Eiszeit und Bronzezeit drastisch ihre Form verändert hat. Vor 6000 Jahren gab es keine Wüste Sahara; damals zogen Nomaden kreuz und quer durch dieses Gebiet. Das ist vielfach belegt. Vor zwanzigtausend Jahren dagegen - während der letzten Eiszeit - hatte diese Wüste eine um 1000 Kilometer größere Ausdehnung und reichte fast bis an den Äquator, desgleichen von Süden her die Namib-Wüste. Der heutige riesige Regenwald im Kongogebiet war auf wenige Gebiete beschränkt. Alle Veränderungen erfolgten ohne jegliches Zutun des Menschen. Auch in vielen internationalen Diskussionen wird allzu schnell immer wieder behauptet, das, was in jüngster Zeit passiert ist, habe alles der Mensch verursacht. Das ist aber keineswegs der Fall.

Noch ein Wort zur Zyklizität der Klimaveränderungen. Wir haben noch bis vor etwa fünfzehn Jahren allgemein angenommen, daß die klimatischen Umstellungen von einer Eiszeit zu einer Warmzeit und umgekehrt jeweils mehrere zehntausend Jahre dauern würden. Heute wissen wir, daß dies in wenigen hundert bis tausend Jahren erfolgen kann. Diese Erkenntnis wirft eine Fülle von Fragen auf, die ich hier nicht erörtern kann.

Plochmann

Zur Situation des Waldes sind hier, global gesehen, zwei ganz verschiedene Phänomene angesprochen worden. Zum einen der tropische Regenwald, von dem gegenwärtig, so wird geschätzt, jährlich zwischen zehn und zwanzig Millionen Hektar verlorengehen, wobei am gravierendsten die Regentropen, weniger die Feuchttropen betroffen sind. Die wichtigste Ursache für diese Abholzung, wohl zu über 80 Prozent, ist die Bevölkerungsvermehrung; denn die Menschen müssen ernährt werden, und dazu braucht man Flächen für den Nahrungsmittelanbau, auch wenn das nur kurze Zeit vorhält.

Das andere Phänomen betrifft den Wald in den Industriestaaten der nördlichen Hemisphäre. Das Waldsterben, wie wir es nennen, ist bei uns eine Folge der Industrialisierung und Zivilisation. Der Begriff ist natürlich falsch; denn es stirbt ja nicht der Wald schlechthin, allenfalls die derzeitige Baumgeneration, anderer Wald wird wieder nachwachsen. Aber der Begriff war sicher insofern hilfreich, als er eine breite Öffentlichkeit mit den Gefahren, die unseren Wäldern derzeit drohen, konfrontiert und auf diese brisante Umweltproblematik aufmerksam gemacht hat.

Herr Glück sprach von der Entwicklung neuer Leitbilder. Die Forstwirtschaft hat im 19. Jahrhundert ein solches neues Leitbild entwickelt, das sich bei uns in den 50er Jahren effektiv durchgesetzt hat. Im Gegensatz zur Landwirtschaft hat die Forstwirtschaft nämlich nicht auf eine Steigerung der Volumenerträge abgestellt, sondern auf eine Qualitätserhöhung ihrer Produkte. Das heißt, unsere Zielsetzung ist es, ein möglichst starkes, gerades, astfreies Holz zu erzielen und damit hohe Erträge zu erwirtschaften. Und dies vollzieht sich, wiederum im Gegensatz zur Landwirtschaft, in einem völlig liberalisierten Markt. Denn wir müssen uns der Konkurrenz auf den internationalen Rohstoffmärkten in voller Breite stellen.

Diese Zielsetzung hat eine Reihe von Auswirkungen, die gerade auch für die Umwelt eine Leistung darstellen. Um solche wertvollen Hölzer erzielen zu können, brauchen wir erheblich längere Umtriebszeiten, nämlich zwischen 120 und 250 Jahren. Um das Risiko zu minimieren, müssen wir möglichst vielfältige Baumarten verwenden; das heißt, wir müssen Mischbestände einsetzen und können nicht mit Monokulturen arbeiten. Damit entsprechen wir auch der Forderung nach Vielfalt, die Herr Heydemann aufgestellt hat; denn wir müssen uns damit nahe an die standortlich möglichen Klimax-Baumarten anlehnen.

Zugleich ist es uns möglich, den Energieeinsatz zu minimieren. Nach der Statistik des Biologischen Bundesamtes werden in der Forstwirtschaft derzeit etwa 6 Gramm Pflanzenwirkstoffe pro Jahr und Hektar eingesetzt - das macht auf die ganze Bundesrepublik umgerechnet 43 Tonnen aus. Das sind 0,01 Prozent des Herbizideinsatzes in unserem Land. Insofern kommt der Forstwirtschaft schon ein gewisser Modellcharakter zu.

Was speziell das Waldsterben angeht, so haben wir inzwischen erkannt, daß es sich hier nicht um eine Erkrankung handelt, sondern daß wir es mit einer Vielzahl von Symptomen zu tun haben, also mit unterschiedlichen Ursachen und Wirkungsketten.

Grob vereinfacht müssen wir uns mit zwei Erscheinungen auseinandersetzen: Einmal sind dies Erkrankungen, die direkt durch Schadstoffe in der Luft ausgelöst werden und die auf die Assimilationsorgane einwirken. Dabei geht es zum einen um die SO₂-Problematik. Ich war in der letzten Woche im Erzgebirge in der DDR. Da kann man eingehend studieren, wie der Wald

großflächig abstirbt. Dann gibt es die NO_x-Emission und deren Folgeverbindungen, Photooxydanzen, Ozon, die bei uns in den Gebirgräumen eine besondere Rolle spielen und neuartige Walderkrankungen auslösen. Hinzu kommen Erkrankungen, die durch den Eintrag von Stoffen in den Boden verursacht werden. Entsprechend der Vielfalt und der Verschiedenartigkeit unserer Böden stellen wir hier auch ganz unterschiedliche Auswirkungen fest. Es gibt sowohl Überdüngungs- als auch Versauerungseffekte, die beide Erkrankungen nach sich ziehen können. Beide Effekte haben über das Waldsterben weit hinausreichende Folgen, etwa für das Grundwasser, sei es durch Nitrat- oder durch Schwermetallauswaschungen.

Die Belastung der Ökosysteme durch Schadstoffe in der Luft dürfte im Grunde technisch lösbar sein. Ob wir hier bereits eine Wende erreicht haben, sei dahingestellt. Aber ich sehe hier zumindest eine Chance, wobei allerdings der Zeitfaktor eine Rolle spielt. Wir müssen uns dabei auch darüber im klaren sein, daß durch das, was bis heute bereits passiert ist, Prozesse ausgelöst wurden, die nicht mehr aufzuhalten, also von uns auch nicht mehr beeinflussbar sind. Aber es gibt auch Dinge, bei denen wir die Folgen abschätzen und noch Vorsorge treffen können.

Auf jeden Fall müssen wir die Schadstoffe reduzieren, und zwar schneller, als das bisher geschehen ist. Diese Forderung richtet sich nicht nur an den industriellen Bereich, sondern vor allem auch an die Landwirtschaft, wie Herr Glück betont hat. Neben einem neuen Leitbild für die Agrarpolitik brauchen wir dann aber auch ein neues Leitbild für die Erholungsgebiete; denn das ist ein Bereich, in dem es ebenfalls nicht ohne Verzicht abgehen kann.

Weiss

Eine ökologische Wende ist noch keineswegs in Sicht. Wir haben zwar das Problem erkannt; aber eine Wende kann erst eintreten, wenn wir adäquate Denk- und Handlungsweisen entwickelt haben, und davon sind wir noch hoffnungslos weit entfernt. Herr Glück hat zu Recht gesagt, wir sind noch ein reiner Reparaturbetrieb.

Das Fehlen einer neuen Denkweise zeigt sich beispielsweise bei der Müllverbrennung. Herr Peine meint, da wäre ein großes Problem gelöst. Nur, so wie dies jetzt betrieben wird, schaffen wir eine neue Notsituation in zwanzig Jahren; das heißt, wir produzieren auf diese Weise heute die Altlasten von morgen. Ich meine, da denken wir einfach zu eng.

Unsere Gleichgewichtsvorstellungen im Hinblick auf lebende Systeme sind immer noch von der einfachen klassischen Denkweise geprägt. Dabei haben wir es bei allen wichtigen Systemen, in denen Informationen verarbeitet und gespeichert werden, mit kooperativen Gleichgewichten zu tun. Das heißt, das gleiche System verhält sich unter gleichen Bedingungen ganz unterschiedlich, je nachdem, in welchem Zustand sich die Nachbarsysteme gerade befinden, mit denen sie gekoppelt sind. Da geht es nicht nur um Zyklen, die Herr Heydemann erwähnt hat, sondern eben um Verkoppelungen in kooperativen Gleichgewichten. Wenn wir dies berücksichtigen, erkennen wir sofort, daß eine einfache Konservierung der Umwelt unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich ist. Auch die Rekonstruktion stellt ein großes Problem dar; denn damit sehen wir das System wieder viel zu eng und kommen zu keiner brauchbaren langfristigen Lösung. Hier müssen wir auf jeden Fall umdenken.

Bei der Müllverbrennung beispielsweise entstehen Stäube und Schlacken, die wir aufgrund falscher Untersuchungsmethoden, wie man inzwischen weiß, statt auf Sonderdeponien auf normale Deponien verbringen, wo sie in absehbarer Zeit für Grundwasser und Böden neue Probleme schaffen werden. Diese Erkenntnisse sind heute auf wissenschaftlicher Grundlage erarbeitet, aber sie werden ignoriert und nicht in die Praxis umgesetzt, weil wir nicht gelernt haben, in kooperativen Systemen zu denken.

Dann noch ein Wort zur Askese oder besser Bescheidenheit. Diese wird sicher nur in kleinen elitären Gruppen wirksam werden, die natürlich als Promotoren wichtig sind, weil sie immer wieder eindringlich auf die Probleme hinweisen. Genauso wichtig für die Askese wäre jedoch, daß nicht ständig neue Begierden geweckt werden, ohne dabei zu berücksichtigen, wie sich ein entsprechendes Verhalten auf das Gesamtsystem auswirkt. Hier ist vor allem die Industrie zur Zurückhaltung aufgefordert.

Biedenkopf

Die Industrie soll doch wachsen.

Weiss

Schon. Aber es fehlt eben die ethische Einbindung. Das heißt, ich halte die Forderung für berechtigt, jeweils die Auswirkungen auf das gesamte ökologische System mit zu berücksichtigen. Selbst eine

nur geringfügig verlängerte Nutzungsdauer vieler Verbrauchsgüter würde eine markante ökologische Entlastung bringen.

Engelhardt

Ich stimme Herrn Bohr zu, daß die ganze Umweltdiskussion sehr rational geführt wird, ohne die seelisch emotionale Komponente zu berücksichtigen. Sie brauchen sich nur einmal die Kinderbücher anzusehen, die sich mit Problemen des Umweltschutzes befassen und die als Zielgruppen vier- bis sechsjährige Kinder ansprechen sollen. Darin wird vornehmlich an den Verstand appelliert, aber kaum auf das Gemüt der Kinder eingegangen. Nehmen Sie als ein anderes Beispiel die Haltung unserer Kirchen, besonders der katholischen, die uns bei der Umweltthematik allzulange im Stich gelassen haben. Der eine Bischofsbrief (Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz 1980: "Zukunft der Schöpfung - Zukunft der Menschheit") macht noch keinen Sommer, zumal er nicht von allen Kanzeln verlesen wurde. Und wenn schon die Männer der Kirche, die von der Schöpfung von Berufs wegen zu reden haben, keine Stellung nehmen, wie kann man da von "Wende" sprechen?

Bei der Akkumulation von Schadstoffen, zumindest derjenigen, die nicht oder nur über biologisch lange Zeiträume abbaubar sind, stellt sich das Problem der Grenzwerte in besonderer Weise. Zunächst: Was ist überhaupt ein Schadstoff? Nun, die Emissionsgrenzwerte sind vornehmlich bezogen auf den Menschen formuliert worden, und der Mensch ist, wie Ihnen jeder Zoologe sagen würde, ein Lebewesen, das außerordentlich viel aushält. Andere Lebewesen halten nicht so viel aus. Dabei ist heute kein Wissenschaftler in der Lage zu sagen, was geschieht, wenn die eine oder die andere Art aus einem Ökosystem endgültig verschwindet, und sei es nur ein Bakterium oder ein Virus. Das kann ungeheure Konsequenzen haben.

Hinzu kommt, daß die Restemissionen, bei denen alle Grenzwerte eingehalten werden, sich zu einem erheblichen Teil in den Ökosystemen anreichern. Das aktuelle Beispiel ist die Massenalgenvermehrung in der Nord- und Ostsee. Es geht primär überhaupt nicht um die Robben; die massenhafte Vermehrung der Algen ist das weit schwierigere Problem. Hier zeigt sich aber, daß das ganze Prinzip der Grenzwerte ad absurdum geführt wird, und zwar durch die Bioakkumulation. Eine ökologische Wende setzt also voraus, daß diese Grenzwertbetrachtungen, von denen wir alle so viel gehalten haben, in Frage gestellt werden. Die entsprechenden Kenntnisse sind natürlich längst vorhanden. Wenn es nicht gelingt, bei derartigen Produktionen die Entwicklung solcher nicht abbaubarer Schadstoffe durch innovative Verfahren zu verhindern, bleibt als Konsequenz nur die totale Einstellung dieser Produktionen.

Mit Nachdruck möchte ich darauf hinweisen, daß wir auf dem ökologischen Sektor den Zeitfaktor nicht außer acht lassen dürfen. Niemand wird bezweifeln, Herr Dürr, wie wertvoll die Erhöhung des Wirkungsgrades der Waschmaschine ist.

Dürr

Nicht nur der Waschmaschine.

Engelhardt

Das sind Erfolge des technischen Umweltschutzes auf diesem Gebiet. Ganz anders ist es auf dem ökologischen Sektor. Aber wenn Sie meinen, das werde sich eines Tages dann auch in der dritten Welt positiv auswirken, verweise ich wiederum auf den Zeitfaktor. In jeder Minute, die wir hier miteinander sprechen, gehen zwanzig Hektar tropischer Regenwald auf Nimmerwiedersehen verloren. Wenn keiner mehr da ist, hilft es auch nichts, wenn die Bewohner Brasiliens dann Waschmaschinen mit größerem Wirkungsgrad haben werden, um es einmal überspitzt auszudrücken.

Maier

Die Frage stellt sich natürlich, Herr Engelhardt, was da zu tun ist. Den ökologischen Erfordernissen entspricht nun einmal kein System politischer Verantwortlichkeiten. Die Politik operiert nach wie vor im Rahmen des Nationalstaates, und wir sollten uns auch hüten, hier als politische Welträtsellöser aufzutreten. Ohnehin sind wir im EG-Bereich verschrien, die Welt am deutschen Wesen genesen lassen zu wollen.

Fleckenstein

Als Fazit aus der bisherigen Diskussion halte ich fest, daß wir uns im nationalen Rahmen eigentlich auf dem richtigen Weg befinden, auch wenn alles noch nicht so ist, wie es vielleicht sein sollte. Aber

die ökologische Wende ist eingeleitet. Dem würde ich zustimmen. Von daher meine ich auch, daß wir keine Verzichtstrategien benötigen. Auch die Alternative, die Herr von Lersner aufgezeigt hat: Verzicht versus Innovation, sehe ich so nicht; denn Innovation ist in vielen Fällen die Voraussetzung für Verzicht. Innovation ist aber in jedem Falle eine politische Gestaltungsaufgabe. Dabei liegen alle diskussionsfähigen Instrumente, die uns in der Bundesrepublik zur Verfügung stehen, im Grunde auf dem Tisch, wie Herr Schneider deutlich gemacht hat. Man mag darüber streiten, ob das eine vernünftiger ist oder das andere, aber im Ergebnis kommen wir doch zu einer national vertretbaren besseren Umweltpolitik.

Vielleicht sind die vom Sachverständigenrat in die Debatte gebrachten "Umweltqualitätsziele" ein Feld, auf dem man sich noch stärker engagieren könnte. Gefordert sind hier vor allem die Naturwissenschaftler.

Bevor wir uns nun aber weiter Gedanken darüber machen, wie wir im nationalen Rahmen möglicherweise die Null-Emission erreichen, sollten wir doch eher über die globalen Zusammenhänge nachdenken und uns dafür Konzepte überlegen. Denn wir leben schließlich nicht auf einer heilen Insel, sondern bekommen das Umweltverhalten unserer Nachbarländer nachhaltig zu spüren. Immerhin stammen bereits über 50 Prozent der Luftverschmutzung von Emissionen im Ausland. Welche Strategie ist hier denkbar, beispielsweise innerhalb der Europäischen Gemeinschaft? Sollen wir unsere Nachbarn am deutschen Wesen genesen lassen, indem wir unsere hohen technischen Entwicklungen zum Maßstab für eine Harmonisierung machen? Müßten wir da nicht pragmatischer vorgehen und auf bilaterale Vereinbarungen abzielen? Sind dann im Sinne einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung vielleicht auch finanzielle Vorleistungen gefordert?

Der andere Ansatz betrifft die Entwicklungsländer. Wer den Regenwald abholzt, um überleben zu können - und diesen ökonomischen Aspekt darf man zweifellos nicht vernachlässigen;- , der hat natürlich nur eine geringe Affinität zu Umweltproblemen. Hier sollte man sich etwas einfallen lassen und etwa Konzepte im Rahmen der bevorstehenden Berliner Konferenz von Weltbank und Internationalem Währungsfonds entwickeln. Das betrifft etwa die Schuldenpolitik, wo schon seit einiger Zeit Vorschläge diskutiert werden, wie der Erlaß von Schulden mit verstärkten Anstrengungen für die Umwelt verknüpft werden kann. Die Entwicklungspolitik müßte jedenfalls durch die Berücksichtigung umweltpolitischer Belange ganz neue Akzente bekommen.

Kleinert

Ich möchte Ihnen entschieden widersprechen, Herr Fleckenstein. Ich halte das für eine ganz falsche Diagnose zu sagen, bei uns im Lande werde in der Umweltpolitik im Grunde alles getan, was getan werden kann. Deshalb sollten wir unsere Aufmerksamkeit schleunigst auf die internationalen Aspekte richten. Ich meine, bei uns wird keineswegs alles getan, was getan werden kann, insbesondere wenn man Umweltpolitik als präventive Politik ansieht und auch unter wirtschafts- und finanzpolitischen Gesichtspunkten betrachtet.

Noch einmal zum Thema Wertebewußtsein, Akzeptanz von Politik einerseits und Defizite beim politischen Handeln andererseits. Da hat Herr Stroetmann dann doch die Zusammenhänge ein bißchen arg simplifiziert dargestellt. Ich halte es jedenfalls nicht für sinnvoll, diese beiden Ebenen des Problems gegeneinander auszuspielen.

Selbstverständlich ist ein verändertes Wertebewußtsein auch Voraussetzung für erfolgreiches politisches Handeln. Ich habe ja vorhin bereits auf die Diskrepanz hingewiesen zwischen Problembewußtsein und Bereitschaft, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen - zumindest solange es nichts kostet;- , einerseits und der Unfähigkeit des politischen Systems, dem durch entsprechende Maßnahmen nachzukommen, andererseits.

Natürlich ist die Forderung nach Askese im Zeitalter des Individualismus, des ungehemmten hedonistischen Auslebens problematisch, zumal ja gerade die Jugendlichen von morgens bis abends mit Videoclips berieselt werden, in denen man ihnen Weltbilder vermittelt, die alles andere als auf Verzicht gegründet sind. Und die Industrie hat doch großes Interesse daran, solche Weltbilder des hemmungslosen Auslebens zu erzeugen. Da werden wir mit Verzichtserklärungen kaum sehr weit kommen.

Auf der Werteebene müssen wir heute von einer Gemengelage ausgehen. Herr Klages hat das, was Herr Glück sagte, ja noch einmal bestätigt: Pflicht- und Akzeptanzwerte treten zugunsten von Selbstverwirklichungswerten zurück. Dieser Prozeß wird von der Politik her nur in sehr begrenztem Maße beeinflussbar sein, unabhängig von den Parteien, die in Bonn gerade an der Regierung sind.

Selbst die CDU scheint sich ja heute zu fragen, ob man sich diesem Trend wacker entgegenstellen soll oder sich dem Zeitgeist anpassen muß.

Von daher ist aus meiner Sicht für die Zukunft die Frage zu stellen: Wie können dieser neue Individualismus, der ja auch dem einzelnen begrüßenswerte Freiheitsspielräume öffnet - und solche Anspruchshaltungen lassen sich auch nicht einfach wieder zurückdrängen;- , einerseits und gesellschaftliche Verantwortung andererseits miteinander in Einklang gebracht werden?

Diese Grundsatzfrage geht über das Ökologiethema weit hinaus und betrifft die Demokratie in so verfaßten Gesellschaften wie der unseren ganz generell. Hier brauchen wir neue Antworten; die alten Antworten reichen dazu nicht mehr aus. Wie lassen sich beispielsweise neue Formen von Konsensbildung organisieren? Es führt ja nicht sehr weit, nur zu beklagen, die Konsensbildung werde immer schwieriger. Diese Erfahrung machen alle Parteien, konservative wie linke. Auch die Grünen haben in Hessen erlebt, wenn man in der Regierungsverantwortung sitzt und auch nur ein Projekt durchsetzen will, welchen Schwierigkeiten man sich gegenüber sieht. Da kann man fast verzweifeln. Aber wie kann eine neue Form von Konsensbildung aussehen?

Wie kann Umweltbewußtsein seine Entsprechung im praktisch politischen Handeln finden? Ich kann nur wiederholen, daß wir in der aktuellen Politik auch im nationalen Maßstab einen erheblichen Nachholbedarf haben.

Ich habe das bereits am Beispiel der Energiepolitik dargelegt, wo politische Beschlußlagen und konkrete Maßnahmen weit auseinandergehen. Wenn früher oder später selbst die CDU beschließen sollte, eine andere Energiepolitik einleiten zu wollen, würden wir doch im Grunde einen breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens für eine andere Energiepolitik in der Bundesrepublik haben. Dem entsprechen aber die praktischen Handlungen keineswegs, da es dafür an den notwendigen Voraussetzungen fehlt.

Wenn ich mir etwa überlege, was in den letzten 15 Jahren an Forschungsmitteln in den Bereich alternativer Energien geflossen sind, dann ist das geradezu lächerlich im Verhältnis zu dem, was in die Atomenergie investiert worden ist. Da können Sie also getrost wohlfeile Dinge beschließen in dem Bewußtsein, daß dem praktischen Handeln enge Grenzen gesetzt sind. Ein Gebiet, das sich bestens für Sonntagsreden eignet.

Ein zweites Beispiel, bei dem die Versäumnisse offensichtlich sind, ist die Müllproblematik. Was wir gegenwärtig von der Bundesrepublik aus in großem Stil betreiben, ist Müllexport.

Peine

Es müssen eben mehr Müllverbrennungsanlagen gebaut werden.

Kleinert

Jedenfalls werden zur Zeit keine Lösungen in der Bundesrepublik selbst gesucht, sondern man versucht, das Problem dadurch zu lösen, daß man den Müll nach außerhalb der Landesgrenzen schafft, statt sich beispielsweise präventiv zu überlegen, wie man eine aktive Müllvermeidungspolitik betreiben kann.

Herrn Biedenkopf würde ich im Grundsatz durchaus zustimmen. Der entscheidende Punkt ist in der Tat: Wie kann man Ressourcenvergeudung und Naturnutzung in die Produktionskosten einrechnen? Natürlich bilde auch ich mir nicht ein, daß man das Problem über gesetzliche Verbote oder Vorschriften, so wichtig diese im Einzelfall auch sein mögen, lösen kann. Darüber muß aber politisch gestritten werden, wie das am effektivsten zustande gebracht werden kann. Da hat sich bislang, außer einigen allgemeinen Überlegungen, recht wenig getan.

Was die internationale Entwicklung angeht, so sehe auch ich mit mehr Befürchtung als Hoffnung auf den EG-Binnenmarkt. Es machen sich alle Parteien noch viel zu wenig klar, auch meine eigene nicht, daß wir um eine Internationalisierung der Umweltpolitik auf die Dauer nicht herumkommen. Was mir aber noch mehr Sorgen bereitet, ist, daß bundesdeutsche Politiker immer häufiger mit Verweis auf Brüssel oder irgendwelche internationalen Zusammenhänge sich aus der Verantwortung für das, was bei uns passiert, herausreden. Damit werden den nationalen Parlamenten die Einwirkungsmöglichkeiten weitgehend entzogen.

Wenn Umweltpolitik international vorankommen soll, dann kann es natürlich nicht angehen, daß man Länder, die auf diesem Gebiet noch nicht soweit sind, ständig gegen die Bundesrepublik ausspielt. Ich meine, die Bundesrepublik würde ihre Verantwortung am besten in der Weise wahrnehmen, daß sie mit ihrer Umweltpolitik den Vorreiter spielt und beispielgebend für andere Länder wirkt.

Maier

Wenn Sie von einer anderen Energiepolitik sprechen, Herr Kleinert, dann sollten Sie konkret sagen, welche. Die Rückkehr zur fossilen Energiepolitik meinen Sie sicher nicht; denn die wäre ja in einem Maße umweltbelastend, daß sie von keiner Partei, von keiner gesellschaftlichen Kraft mehr akzeptiert werden würde. Und die sogenannten alternativen Energien stehen in der benötigten Größenordnung nicht zur Verfügung. Das ist auch keine Frage fehlender Forschungsmittel, sondern hat schlicht und einfach sachliche Grenzen. Vielleicht könnte man, wie Herr Bölkow sich das vorstellt, Afrika zu einer Art Flugzeugträger für Solarenergie machen; aber das würden die Länder dort sicher als Neokolonialismus empfinden. Wenn man also nicht zurück kann, und wenn nach vorne die Möglichkeiten auch begrenzt sind, dann sehe ich nicht, wie man den Ausstieg proklamieren kann. Das ist doch im Grunde eine Selbsttäuschung.

Dann zur Müllproblematik. Mir ist auch klar, daß diese Herumfahreei in ganz Europa Probleme mit sich bringt. Aber ist das nicht eine verzweifelte Ausflucht, die daraus resultiert, daß ein Konsens, der schon einmal bestand, nämlich ein nationales Entsorgungskonzept, heute nicht mehr von allen politischen Kräften getragen wird? Dieser Konsens hat sich eher zurückentwickelt und keineswegs im Sinne einer Bewußtseinsveränderung nach vorn. Darüber müßten wir auch sprechen, wenn hier von nationaler und internationaler Verantwortung die Rede ist.

Ich gehöre im übrigen zu denen, die den Begriff "Askese" nicht gern preisgeben, schon seiner moralischen Schubkraft wegen. Aber ich würde einen viel bescheideneren Begriff von Askese vorschlagen. Ursprünglich bedeutet Askese nämlich nicht einen dramatischen Verzicht auf vertraute Lebensgewohnheiten, sondern Askese heißt im Griechischen soviel wie "Übung" und bezieht sich zum Beispiel auf die Sportler bei den Olympischen Spielen. Askese übt einer, der mit Nachdruck eine Haltung einübt, bis sie habituell wird. Ein Asket ist ein Geübter. Den gleichen Sinn hat das lateinische exercitio. Die Exerzitien der katholischen Kirche bis hin zu Ignatius von Loyola sind im Grunde Einübungen in Haltungen. Das hat zunächst nichts mit Verzicht zu tun, wohl aber mit Beständigkeit - mit der Hingabe an einen Gedanken, eine Idee. Da könnte man dann auch eine Brücke bauen zwischen den Akzeptanzwerten und den Selbstverwirklichungswerten, von denen Herr Klages gesprochen hat.

Leinen

Ihr Hinweis, Herr Maier, würde reizen, etwas mehr zur Rolle der Kirchen zu sagen. Religio heißt ja zurück zum Ursprung. In der ökologischen Frage müßten die Kirchen durchaus nach dem Ursprung fragen, und was wir daraus gemacht haben. Das geschieht aber viel zu wenig.

Herr Biedenkopf denkt bei "ökologischer Wende" an ein Segelboot, während ich mir immer einen Tanker vorgestellt habe. Beim Segelboot wird das Segel gewendet, und man behält dieselbe Richtung, während der Tanker "Industriegesellschaft" eine Kursänderung durchführen muß, um mit einer neuen Fahrtrichtung das Problem des Natur- und Ressourcenverbrauchs in den Griff zu bekommen. Wir brauchen eine ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft. Dabei stimme ich durchaus zu, daß die Umweltschutzkosten in die Produktion mit hineingerechnet, also heute bezahlt werden müssen und nicht zukünftigen Generationen aufgebürdet werden dürfen.

Herr Klages sprach von einer Innovationsführerschaft, ein Begriff, der mir gut gefällt. Wenn ich mir die Weltgesellschaft als einen Konvoi von größeren und kleineren Schiffen vorstelle, dann müssen bei einer Kursänderung die größeren Tanker den Kurs angeben und in die neue Richtung fahren. Die Erfahrung zeigt, daß nicht die armen Länder vorangehen können, sondern daß dies die fortgeschrittensten reichen Industrienationen tun müssen. Ich würde es deshalb begrüßen, wenn die USA, Japan und Europa in den verschiedensten Formen der Zusammenarbeit, die es gibt trilaterale Kommissionen, Club der 7, Weltwirtschaftsgipfel, konzertiertes Vorgehen in der UNO;- , ihre Möglichkeiten nutzten, um die ökologische Dimension weltweit zur Geltung zu bringen.

Beim Gemeinsamen Markt in Europa habe ich weniger Bauchschmerzen, vielmehr eine eher positive Erwartungshaltung. Denn wir besitzen auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft ein Instrumentarium zur Politikgestaltung, auch wenn das ein sehr mühsamer Prozeß ist. Hier sind gemeinsame Fortschritte beim Umweltschutz durchaus denkbar.

Herr Fleckenstein hat gefragt: Was zu tun sei? Ich meine, wir brauchen erstens eine ökologische Preispolitik und eine ökologische Steuerreform. Unsere Steuertatbestände sind ganz überwiegend ökonomisch ausgerichtet. Es gibt höchstens eine Handvoll ökologischer Anreize. Es müßte doch möglich sein, auf ökologische Fehlentwicklungen auch steuerpolitisch zu reagieren. Was der Umwelt

nützt, muß billig werden, was umweltschädlich ist, muß teuer werden. Damit könnte man einen ökologisch/ ökonomischen Verdrängungsprozeß in Industrie und Gesellschaft in Gang setzen.

Zweitens brauchen wir eine ökologische Konjunktur- und Wirtschaftspolitik. Wir schlagen seit mehreren Jahren ein Zukunftsinvestitionsprogramm Umweltschutz vor, auch "Sonderprogramm Arbeit und Umwelt" genannt. Wir werden die Reparatur eingetretener Schäden nicht durchführen können, wenn nicht dafür die benötigten finanziellen Instrumente in Milliardenhöhe zur Verfügung stehen, um diese Reparaturen auch durchzuführen, zum Beispiel bei der Altlastensanierung, Abwasserreinigung und Landschaftsgestaltung. Ich bedauere es, daß ein solches Ökologieprogramm mit unterschiedlicher Argumentation in der reichen Bundesrepublik Deutschland bisher verweigert wird.

Ich vertrete die These: Wenn der Bundesverteidigungsminister weiterhin 51 Milliarden D-Mark in seinem Haushalt hat, der Bundesumweltminister dagegen nur 490 Millionen D-Mark, wir also hundertmal mehr für Bedrohungspotentiale ausgeben als für Überlebenspotentiale, dann wird sich der Zustand nicht verbessern lassen, daß der Tanker Industriegesellschaft mehr Bedrohungen aufbaut, als daß er Problemlösungen anbietet.

Stroetmann

Dieser Vergleich ist zwar sehr hübsch, Herr Leinen, und kommt mir bei meiner Interessenlage natürlich sehr entgegen, weil mit der Größenordnung unseres Haushaltes niemand unzufriedener ist als der Bundesumweltminister. Gleichwohl gebietet die Fairneß, darauf hinzuweisen, daß der Vergleich schief ist. Denn bei der verfassungsmäßigen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern muß das, was für den Umweltschutz in Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt ausgegeben wird, schon zusammengerechnet werden, während die Verteidigungsaufgaben dieses Landes eine ausschließliche Angelegenheit des Bundes sind. Auch dann würde der Vergleich immer noch in Ihrem Sinne wirken, Herr Leinen. Ich wäre aber ohne Frage dankbar für jede Mark, die wir in unserem Haushalt mehr für die Umwelt ausgeben könnten.

Leinen

Halten wir fest, daß der Ökologiesektor vom Kuchen Bundesetat nur ein paar Krümel bekommt.

Ein Wort nur noch zu Herrn Dürr. Ich übersehe nicht, daß die Industrie Zeit braucht, um sich umzustellen. Sie sollten aber auch nicht verkennen, daß die Ökologie keine Zeit mehr hat, um in wesentlichen Bereichen noch warten zu können.

Frühau

Ihre Forderung nach einer ökologischen Steuerreform ist sicher anspruchsvoll, Herr Leinen. Nun wissen Sie alle, daß die Steuerpolitik schon mit diversen Zielsetzungen belastet ist - Fiskal-, Verteilungs-, Wachstums-, Energiepolitik und anderes mehr. Da sehe ich wenig Chancen, die Steuerpolitik nun auch noch nach ökologischen Gesichtspunkten auszurichten. Aber gewisse steuerreformmerische Elemente, wie sie in den ersten Umweltschutzprogrammen Anfang der 70er Jahre zaghaft versucht wurden, könnte man schon berücksichtigen. Das ist bei der jetzigen Steuerreform schlicht verschlafen worden. Auch die Schaffung eines eigenen Umweltressorts in Bonn und eines entsprechenden Parlamentsausschusses ist noch keine Garantie für ein ressortübergreifendes Denken, das in konzeptionellen Vorschlägen seinen Ausdruck findet.

Das nächste Beispiel wird der Naturschutz sein, der in der bisherigen Diskussion in Bonn ebenfalls nur eine sehr untergeordnete Rolle spielt.

Udgaard

Was die internationale Seite der Umweltfrage angeht, so weise ich darauf hin, daß wohl die wichtigste Bewußtseinsänderung zur Zeit in der Sowjetunion stattfindet. Umwelt ist ein Schlüsselbegriff der Perestroika im Programm von Gorbatschow. Dafür gibt es zwei Begründungen. Zum einen hat die ideologische Agitation aufgehört und von daher einen Wandel in der Einstellung zur Umweltfrage ermöglicht. Die ideologische Behauptung, daß der Sozialismus mit den ökologischen Problemen besser fertig wird als der Kapitalismus, wird kaum mehr vertreten.

Zum anderen haben die konkreten Probleme in der Sowjetunion ein solches Ausmaß angenommen, daß gehandelt werden muß. Heute ist die Wolga wahrscheinlich der dreckigste Fluß Europas, wenn nicht sogar der Welt - meinen die Russen. Sowjetische Zeitungen berichten von Umweltzerstörungen großen Ausmaßes und weisen auf schwere gesundheitliche Folgen hin. Es scheint heute

offensichtlich, daß die gravierendsten Umweltprobleme in den sozialistischen Ländern vorhanden sind - in der DDR zum Beispiel mehr als in der Bundesrepublik.

Ich halte es für wahrscheinlich, daß die wichtigste ökologische Wende des nächsten Jahrzehnts im internationalen Bereich stattfinden wird. Die Änderungen in der sowjetischen Außenpolitik, die den INF-Vertrag und die umfassenden Kontrollbestimmungen ermöglicht haben, machen auch eine breite internationale Zusammenarbeit in den Umweltfragen möglich. Das sind Chancen, die wir auf westlicher Seite ergreifen sollten.

Es ist heute sehr viel von Akzeptanz gesprochen worden und von der Notwendigkeit, daß in einer Demokratie die Mehrheiten hinter den politischen Umweltmaßnahmen stehen müssen. Als einziger Ausländer an diesem Tisch möchte ich mir die Bemerkung erlauben, daß man da ein etwas pragmatischeres Demokratieverständnis zugrunde legen könnte und sollte. Demokratisch vorzugehen heißt ja nicht, daß man sich für jede Einzelmaßnahme einer Unterstützung der Mehrheit sicher sein muß, sondern daß man sich bei den Wahlen eine allgemeine Vertrauenserklärung einholt oder nicht.

Hier könnte man noch einmal auf den INF-Vertrag hinweisen, der dadurch ermöglicht wurde, daß westliche Regierungen eine Rüstungskontrollpolitik durchgehalten haben, gegen die auch erheblich demonstriert wurde - Herr Leinen wird etwas davon wissen - und die wohl zeitweise eine Mehrheit in den Meinungsumfragen gegen sich hatte. Hier war das allgemeine Vertrauen in die Regierungen ausschlaggebend. Diese westliche Politik - diese Art der politischen Führung - hat unter anderem zu der Bewußtseinsänderung in der Sowjetunion beigetragen, die wir jetzt feststellen.

Auch in der Umweltpolitik wird man nicht entscheidend vorankommen, wenn man Akzeptanz und Konsens für jede Einzelmaßnahme sucht - statt das allgemeine Vertrauen in eine demokratisch legitimierte Regierung voll auszuschöpfen.

Freiherr von Lersner

Wir produzieren meines Wissens kein DDT mehr in der Bundesrepublik. Aber seinerzeit wurde nicht die Produktion verboten, sondern nur der Verbrauch. Der damalige Vorstandsvorsitzende von Hoechst, Herr Winnacker, hat mir übrigens berichtet, die brasilianische Regierung habe seiner Firma mit der Verstaatlichung einer Produktionsstätte in Brasilien gedroht, wo DDT produziert wurde, das die Brasilianer brauchten, um die Malaria im Amazonasgebiet zu bekämpfen. Wenn Hoechst die Produktion von DDT eingestellt hätte, hätte sie mit der Verstaatlichung des Betriebes rechnen müssen. Ich rede jetzt nicht von richtig oder falsch, sondern will nur deutlich machen, daß die Menschen in diesen Ländern und deren Repräsentanten selbst darüber bestimmen wollen, ob beispielsweise die Kernenergie für sie gut oder schlecht ist. Die Entscheidung darüber wollen sie nicht uns überlassen.

Auf der anderen Seite teile ich auch nicht die pauschale Argumentation von Herrn Levi, wenn er sagt: Was nützt es, wenn die Reichen Askese üben und die Armen dazu nicht in der Lage sind. Gerade das spricht doch für die Askese, daß man durch bestimmte Verzichtshaltungen Signale setzt. Ich habe als Beispiel auf die großen Disparitäten beim Energieverbrauch hingewiesen. Jeder Liter Öl und jedes Kilo Kohle, die wir heute verbrauchen, fehlen einer späteren Generation. Wir verbrauchen hier größtenteils unersetzbare Stoffe, so daß der Verzicht der Reichen vielleicht doch nicht so abwegig ist.

Hedonismus und Askese. Empirische Aussagen sind natürlich immer leicht doppeldeutig, Herr Klages. Es gibt wahrscheinlich durchaus unterschiedliche Entwicklungslinien. Die Akzeptanzunterschiede sind erheblich und rational zum Teil gar nicht erklärbar. Bei Chemikalien ist es besonders drastisch. Hätte es auch nur einen Toten gegeben, dessen Tod durch Formaldehyd verursacht wurde, hätten wir den Stoff in der Bundesrepublik Deutschland sofort verboten. Aber was das Tempolimit auf den bundesdeutschen Autobahnen angeht, streiten wir uns darüber, ob durch die Nichteinführung nun 250 oder 500 Tote verursacht werden. Da wird mit sehr verschiedenem Maß gemessen.

Den Hinweis von Herrn Biedenkopf auf die Berufsgenossenschaften finde ich interessant. Herr Töpfer hat gerade einen Beraterkreis eingerichtet, wo er die Frage prüfen läßt, inwieweit wir aus den berufsgenossenschaftlichen Modellen für die Umweltpolitik lernen können. Das ist partiell sicher übertragbar.

Hier wurde immer wieder auf die Notwendigkeit von Aufklärung hingewiesen. Dem ist zuzustimmen. Nehmen wir das Beispiel der Müllverbrennung. Es gibt immer noch eine im Bundestag vertretene politische Partei, die in ihrem Parteiprogramm ein Nein zur Müllverbrennung verabschiedet hat. Da ist weiß Gott ökologische Aufklärung nötig. Denn viele organische Stoffe können im Augenblick nur durch Verbrennung einigermaßen unschädlich gemacht werden. Und dagegen mit Verzichtargumenten zu

kommen: Solange das Kind in die Hose macht, brauchen wir Windeln und können uns nicht mit späterer Entwöhnung verträsten.

Kleinert

Sie wissen vielleicht, daß das Thema Müllverbrennung bei uns mittlerweile recht umstritten ist.

Freiherr von Lersner

Das ist mir bekannt. Seit Monaten suche ich den Grünen, der sich noch zu dieser Aussage des Parteiprogramms bekennt. Jeder, den ich treffe, sagt mir, er sei damals überstimmt worden.

Herr Fleckenstein hat das schwierige Thema der Qualitätsziele in die Diskussion gebracht. Es wäre für Handelnde und Wirtschaftende natürlich nützlich, wenn wir solche Qualitätsziele - früher hießen sie ökologische Eckwerte - vorgeben. Die Industrie wüßte dann einigermaßen verlässlich, in welchem Rahmen sie sich bewegen kann. Aber gerade in dieser Hinsicht muß man immer noch das vor 100 Jahren höchst umstrittene Motto eines Vertrags des Berliner Physiologen Emil Du Bois zitieren: ignoramus et ignorabimus. Das ignorabimus ist natürlich unlogisch, weil wir nicht wissen, was wir wissen werden. Aber wir wissen eben nicht bei der Verteilung von zigtausenden chemischer Stoffe, was ihre Wirkung ist und wann welche Wirkung erkannt wird.

Neue Formen der Konsensbildung, Herr Kleinert. Es dürfte in der Tat eine der schwierigsten politischen Aufgaben der Zukunft sein, Konventionen für die Wirksamkeit bestimmter Stoffe zu finden. Das hängt auch mit den Qualitätszielen zusammen. Da wir die Wirksamkeit von soundsovielen Dioxinen nie werden ermitteln können, müssen wir eine Konvention finden - das ist nicht nur eine Aufgabe der Wissenschaft, sondern vor allem der Politik;- derzufolge wir dann davon ausgehen, daß in der Gruppe der Dioxine zwei, drei oder vier als repräsentativ herausgenommen werden und deren Wirksamkeit dann das Qualitätsziel bestimmt. Solche Konventionen gibt es bisher noch zu wenig.

Glück

Wo stehen wir mit der Umweltpolitik in der Bundesrepublik? Ich meine, wenn man sich die Entwicklung in den letzten 15 Jahren vor Augen hält, kann man durchaus optimistisch sein. Insbesondere im Bereich des technischen Umweltschutzes sind erhebliche Fortschritte gemacht worden. Zugleich ist aber die Situation in der Umweltpolitik und vor allem in der Umweltdiskussion durch viele Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet. Es gibt auch erhebliche Polarisierungen, was häufig zu Verkrampfungen führt. Ganz eklatant wird dies in der Energiepolitik. Dort wird fast nur in Polarisierungen diskutiert, so daß es sehr schwer ist, überhaupt etwas zu bewegen weil jeder darauf bedacht ist, sich nur ja keine Blöße zu geben.

Einige Anmerkungen zur Widersprüchlichkeit der Situation. Wir stellen einerseits ein ausgeprägtes Umweltbewußtsein fest, darauf ist hingewiesen worden. Im Gegensatz dazu zeigt das Umweltverhalten des einzelnen eine deutliche Diskrepanz bis hin zum Wahlverhalten, wo die Umweltfragen nicht die Rolle spielen wie in der allgemeinen öffentlichen Diskussion. Offensichtlich ist die Tragweite des Umweltschutzes für unsere Zukunft den Menschen letztlich doch nicht so klar. Dies scheint vielmehr ein Thema zu sein, wo sich ein Unbehagen, vielleicht auch vagabundierende Ängste an bestimmten Techniken festmachen. Daß aber die Zukunft unserer Zivilisation entscheidend vom Erfolg des Umweltschutzes abhängt, ist nur wenigen bewußt.

Das gilt auch für die Bewußtseinslage im Bereich der Industrie. Hier wurde zwar in der Tat in den letzten Jahren viel getan, und besonders in den letzten ein bis zwei Jahren bricht auch viel an Einsicht auf; aber wenn es dann konkret wird, ist in vielen Fällen trotzdem das alte Abwehrverhalten wieder da. Wir werden das erneut bei der Diskussion um die Umweltverträglichkeitsprüfung erleben. Man hat den Eindruck: Immer wenn es konkret wird, wird Umweltschutz nur als Bedrohung empfunden. Dabei müßte Umweltschutz eine Zukunftsstrategie sein, wobei man dann natürlich über den Zeitfaktor reden muß.

Ich halte es jedenfalls für außerordentlich nützlich, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen würde, daß sich die deutsche Wirtschaft von der Einsicht leiten läßt, daß eine moderne Volkswirtschaft nur dann eine Zukunft hat, wenn der Umweltschutz erfolgreich ist. Dazu müßten die Unternehmen voll stehen, so wie ein verantwortungsbewußtes Unternehmertum heute die soziale Frage integriert hat und nicht mehr nur als lästige Begleiterscheinung begreift. Wenn der Umweltschutz diesen Stellenwert im Selbstverständnis der Unternehmer bekäme, würde die Wirtschaft auch eine andere Akzeptanz von der Bevölkerung erfahren.

Vielleicht gelänge es uns dann auch, jenen unheilvollen Dualismus in unserem Denken aufzulösen, daß erfolgreiches Wirtschaften und wirksamer Umweltschutz im Grunde nicht miteinander vereinbar sind. Diese Meinung ist derart tief verwurzelt, daß keine Partei und keine Institution in beiden Bereichen als gleichermaßen kompetent gelten, wie Umfrageergebnisse zeigen. Wer das Image der Kompetenz im Bereich der Ökonomie hat, der kann offenbar im Bereich der Ökologie noch soviel tun; es wird gar nicht wahrgenommen, weil es nicht in das Vorstellungsbild der Menschen paßt, daß jemand in beiden Bereichen sich ernsthaft bemüht und vielleicht sogar gleich gut ist. Das ist nicht nur das Problem bestimmter Parteien oder Industrien, die sich beklagen, daß ihre Anstrengungen im Umweltschutz gar nicht wahrgenommen werden.

Solange das so bleibt, wird unsere Bevölkerung immer eine labile Einstellung zur Industriegesellschaft behalten. Wer einen sicheren Arbeitsplatz hat, setzt dann vielleicht mehr auf die Ökologie, und wer einen nicht so sicheren Arbeitsplatz hat, setzt mehr auf die Ökonomie. Aber mit dieser labilen Bewußtseinslage gelingt es uns auch nicht, eine Vorwärtsstrategie zu entwickeln.

Ich wiederhole: Trotz aller Anstrengungen und trotz des gestiegenen Umweltbewußtseins ist die Tragweite der Umweltfrage letztlich nicht bekannt. Möglicherweise liegt das auch an der überwiegend negativen Diskussion. Es wird zu wenig deutlich, daß durchaus auch ein Durchbruch nach vorn möglich ist, daß es also nicht nur um Verzicht und Askese geht, sondern daß es auch kreative, innovative Lösungsmöglichkeiten gibt.

Zweitens meine ich, daß die ganze Ökologiebewegung unter einem starken inneren Widerspruch leidet. Auf der einen Seite ist die Forderung nach mehr Umweltschutz mit sehr vielen moralischen Postulaten verbunden. Auf der anderen Seite versteht sich die Ökologiebewegung emanzipatorisch, das heißt, das Eigeninteresse wird im konkreten Fall fast immer zum absoluten Maßstab gesetzt. Dieser Dualismus kommt ja auch in den empirischen Werteuntersuchungen zum Ausdruck. Die Folge ist, daß dieselben Leute, die viel von Umweltschutz reden, in ihrer Freizeit um keinen Preis eingeschränkt sein wollen. Deshalb wird Naturschutz und Freizeit wohl zu einem der großen Gegensätze der Zukunft werden. Und wenn es da nicht zu mehr Einsicht kommt als bislang, werden wir noch ungleich schwierigere Situationen erleben als heute mit der Landwirtschaft oder mit der Industrie.

Lassen Sie mich einen dritten Widerspruch erwähnen. Ich habe häufig den Eindruck, daß der alte Machbarkeitsglaube in neuen Gewändern wieder auftaucht. Wenn ich nur die Energiediskussion nehme: Der Glaube, daß mit Solarenergie alle Energieprobleme lösbar wären, wenn man nur genügend Geld dafür zur Verfügung stellte. Ein anderes Beispiel ist die Konditionierungsanlage für die direkte Endlagerung. Da wird einer Technik, die noch nirgendwo auf der Welt erprobt wurde, ein fast unbegrenzter Vertrauensvorschuß gegeben, und zwar von den gleichen Leuten, die einer anderen Technik prinzipiell nicht vertrauen. Ich sehe es deshalb als eine Grundforderung an, daß an jede Technik aus der Sache heraus der gleiche strenge Maßstab angelegt wird und man nicht der einen Technik grundsätzlich mißtraut, während man die andere uneingeschränkt befürwortet - beides mehr gefühlsmäßig.

Wir neigen vielleicht alle dazu, demjenigen Lösungsweg, den wir persönlich favorisieren, einen zu großen Vertrauensvorschuß zu geben, während wir den anderen, der uns irgendwie nicht sympathisch ist, unterbewerten. Aber die Umweltdiskussion leidet sehr darunter, daß unterschiedliche Maßstäbe angelegt werden, wenn es darum geht zu beurteilen, was eine Technik in Zukunft leisten können. Das führt zu erheblichen Verkampfungen der Diskussion.

Noch eine Anmerkung zum Thema Askese. Ich meine, dabei geht es entscheidend darum, den bewußten Umgang mit den Gütern wieder zu lernen, und zwar in jeder Beziehung. Das gilt nicht nur im Hinblick auf die Umwelt, sondern generell für das Leben in einer Wohlstandsgesellschaft. Es ist letztlich das Problem, daß man innerlich abhängig wird von den Dingen. Natürlich wollen wir alle die Annehmlichkeiten einer modernen Gesellschaft nutzen, und in diesem Sinne sollte man auch eine durchaus positive Einstellung zu den Möglichkeiten der modernen Zivilisation haben. Was wir zum Teil in der Umweltszene erleben, ist eine Art Büß- oder Verweigerungsbewegung, und damit werden wir die Mehrheit der Bevölkerung sicher nicht gewinnen können. Dadurch wird auch keine Kreativität freigesetzt, die wir für die Lösung der Probleme benötigen. Eine solche Lebenshaltung respektiere ich durchaus beim einzelnen, wenn er sie glaubwürdig lebt. Das kann jedoch nicht eine Philosophie sein, die uns generell weiterführt. Aber ein verantwortungsbewußter Umgang mit unserer Umwelt und den Möglichkeiten der Wohlstandsgesellschaft könnte etwas Positives bewirken.

Ein ganz schwieriges Problem schließlich ist die Bewältigung der Führungsaufgabe in immer komplexeren Systemen. Diese Frage stellt sich unabhängig von den gesellschaftspolitischen Positionen, die wir vertreten. Da gibt es erst Lösungsansätze, etwa im Sinne kybernetischer

Führungssysteme. Aber die praktischen Probleme sind enorm. Lassen sich komplexe Systeme überhaupt noch steuern? Mit welchen Führungsmethoden? Diese Fragen stellen sich für die Wirtschaft ähnlich wie für die Politik. Da befinden wir uns erst am Anfang eines Lernprozesses. Wenn wir dieses Schlüsselproblem aber nicht lösen, werden wir permanent überrascht werden von den Nebenfolgen unseres Tuns.

Auf der anderen Seite kann ich nur davor warnen, hier nun wiederum mit geschlossenen Weltbildern zu arbeiten. Was mich an der Umweltdiskussion immer wieder irritiert, zum Beispiel an der Energiedebatte, ist, daß da Leute plötzlich wieder genau zu wissen vorgeben, wie die Zukunft in 20 oder 30 Jahren aussehen wird, auf welche Technik, auf welche Verfahren man setzen kann. Dabei sind wir doch gerade erst ernüchert über die geringen Möglichkeiten der Prognosetechnik. Vielleicht müssen wir mehr lernen, in der Natur mit Methoden der Selbstorganisation zu arbeiten, also auf ein Führungssystem zu setzen, das eine Vielfalt möglicher Problemlösungen sich entwickeln läßt, und nicht wieder von vornherein mit neuem intellektuellem Hochmut nur auf die eine richtige Lösung zu setzen. Deshalb halte ich es zum Beispiel für grundfalsch, terminierte Ausstiegslösungen für die Kernenergie oder ähnliches zu propagieren. Denn das setzt ja voraus, daß man ganz genau weiß, wie die Zukunft aussehen wird und welche Verfahren möglich sind.

Baumgartner

Ein Aspekt ist in dieser Diskussion überhaupt noch nicht angesprochen worden, nämlich die Veränderungen, die durch die Natur selbst bewirkt werden, ohne daß der Mensch darauf Einfluß hat. Ich denke beispielsweise an die Regenerationsfähigkeit der Natur. Als Bioklimatologe habe ich mich unter anderem mit dem Wasser zu beschäftigen, und zwar von der Mikroskala bis zur Makroskala. Bei der globalen Betrachtung müssen wir in Rechnung stellen, daß die Meere 71 Prozent der Erdoberfläche einnehmen, die wir kaum beeinflussen können. Denken Sie daran, daß Ölfilme auf dem Meer meistens innerhalb einer Woche wieder verschwinden. Die Natur besitzt also eine erhebliche Regenerationsfähigkeit. Auf der anderen Seite aber verursacht die Natur auch ungeheure Katastrophen, die weit mehr in unsere Umwelt eingreifen, als dies der Mensch bisher konnte. Wir sollten hier also die Maßstäbe richtig setzen, sowohl was die heilenden als auch was die zerstörenden Kräfte der Natur angeht.

Ich komme noch einmal auf die globale Verteilung von Land und Meer zurück. Die Landflächen unserer Kontinente machen 29 Prozent aus im Vergleich zu den 71 Prozent Meeresflächen. Von diesen 29 Prozent Landflächen ist wiederum nur etwa ein Drittel vom Menschen nutzbar. Mit anderen Worten, der Mensch kann lediglich 10 Prozent unserer Erde überhaupt nachhaltig beeinflussen. Das ist mißlich genug, sollte uns aber auf der anderen Seite außerordentlich optimistisch in die Zukunft blicken lassen, weil wir Menschen, Gott sei Dank, gar nicht in der Lage sind, unsere Erde zu zerstören, selbst durch einen nuklearen Winter nicht. Die Natur schützt unseren Globus gewissermaßen selbst vor zuviel Schaden.

Ich erwähnte aber auch die durch die Natur verursachten Katastrophen. Denken Sie etwa an die großen Wirbelstürme in der Bai von Bengalen, die ständig kommen. Vor 15 Jahren sind dort innerhalb einer halben Stunde mehr als eine halbe Million Menschen in den Fluten ertrunken. Da schlägt die Natur ganz anders zu als der Mensch. Ein anderes Beispiel. Im Süden von München finden Sie das größte zusammenhängende Waldgebiet in Mitteleuropa, den Ebersberger Forst; das sind 30 mal 30 Kilometer. Dieser ist 1891/92 vollständig von der Nonne abgefieselt worden; es blieben nurmehr Stangen übrig. Der Schaden, der damals angerichtet wurde, war erheblich höher als das, was wir vergleichsweise bisher in der Bundesrepublik an Waldschäden zu verzeichnen haben. Also auch da sollten wir die Dinge in der richtigen Relation sehen.

Schließlich noch ein Wort zu den Begriffen Wende und Evolution. Als Klimatologe kann ich nur darauf hinweisen, daß wir uns in einer ständigen Evolution befinden. Wir haben kein stabiles, sondern ein sehr labiles Klimasystem auf der Welt. In den Grenzbereichen sind unsere Klimate äußerst labil. Das können Sie an der Tannenentwicklung in unserem Land, an der Waldregeneration im Gebirge, wo sich Baum und Wald an der Grenze für biologisches Wachstum befinden, und an vielen anderen Stellen beobachten.

Ich denke auch an die klimatischen Veränderungen in größeren Zeiträumen, beispielsweise seit dem Holozän nach der Eiszeit, als eine erhebliche Abkühlung stattfand (pro 1000 Jahre 1°C). Aber auch in unserer geschichtlichen Zeit haben sich klimatische Abkühlungen und Wiedererwärmungen abgelöst. Um das Jahr 1000 war die Schifffahrt auf den Nordmeeren sehr eingeschränkt. Darauf sind die Wikinger und Normannen nicht mehr nach Westen, sondern bis nach Italien gezogen, wo es wärmer

war. Die Abkühlung im Mittelalter ließ die Gletscher zunehmen. Das ging bis etwa 1700. Seither erlebten wir wieder eine Erwärmung bis etwa 1950 und danach eine erneute Abkühlung.

Wie haben sich die Klimaveränderungen beispielsweise auf unsere Wälder ausgewirkt? Diese haben zeitweise ein blühendes Waldwachstum gehabt, verstärkt noch durch den Stickstoff aus der Atmosphäre, der als Dünger wirkte; dann aber die bekannten neuartigen Waldkrankheiten durchmachen müssen.

Wir befinden uns also in einem nicht abgeschlossenen, offenen und empfindlichen System. Es ist ein evolutionärer Prozeß mit einer ständigen Fluktuation im Gange. Wir sollten diese Evolution nicht unterschätzen. Beispielsweise nehmen die Abflüsse der Ströme überall auf der Erde zu. Die Gletscher sind stark zurückgegangen; der Meeresspiegel hat sich entsprechend erhöht. Wir können also nicht alles, was in der Natur geschieht, auf den Menschen schieben.

Stroetmann

Ich halte es für wichtig, daß Herr Baumgartner einmal diese größere Perspektive aufgezeigt hat. Daran wird deutlich, wie sehr das, was wir in Politik umzusetzen versuchen, nur eine Momentaufnahme darstellt. Wir überschauen immer nur eine sehr kurze Zeitspanne.

Herr Kleinert sprach von irreversiblen Entwicklungen, die eingetreten seien, zum Beispiel im Hinblick auf den Individualismus, und er forderte, daß man das Verhältnis von Gemeinschaft und Individuum neu überdenken müsse. Das mag ja im Sinne einer solchen Momentaufnahme durchaus zutreffend sein. Jede gesellschaftspolitische Entwicklung ist insoweit irreversibel, als sie von der Einstellung der jetzt lebenden Menschen abhängt. Für eine geschichtliche Dimension besagt dies natürlich gar nichts.

Kleinert

Sicher, in 1000 oder auch 50 Jahren kann alles ganz anders sein.

Stroetmann

Schön, wenn wir uns darüber einig sind.

Wenn ich aber einen größeren Zeitraum anvisiere für ökologische Politik, dann sind viele Dinge eben nicht mehr irreversibel. Und darin liegen für uns auch beträchtliche Chancen.

Ich kann auch nur unterstreichen, was Herr Glück gesagt hat: Wir sollten überall die gleichen Maßstäbe anlegen. Und wir wären ebenfalls im Hinblick auf unsere politischen Forderungen gut beraten, wenn wir weniger polarisieren, das heißt weniger in Entweder-oder-Kategorien denken und statt dessen die komplementären Faktoren stärker beachten würden.

Die Verlangsamung des technischen Fortschritts ist aus meiner Sicht allerdings keine Alternative, Herr Heydemann. Friedrich Dürrenmatt hat in den "Physikern" den König Salomon zu Recht sagen lassen: Was einmal in der Welt gedacht ist, schafft niemand wieder heraus. Und wie die Physik im besonderen Maße zeigt, werden die Erkenntnisse dann auch angewendet. Bei der Ökologie kommt es darauf an, daß wir die Voraussetzungen für einen verantwortbaren Umgang mit dem schaffen, was an Wissen vorhanden ist. Wir sollten also nicht auf die Verlangsamung des technischen Fortschritts setzen, sondern auf seinen verantwortbaren Nutzen den größeren Wert legen.

Biedenkopf

Bis zu einem gewissen Grade werden wir der Diskussion über die Verlangsamung technischer Prozesse dadurch enthoben, daß es nicht um die technisch-naturwissenschaftlichen Erkenntnisse geht, sondern ihre gesellschaftliche Verwertung. Die gesellschaftliche Verwertung ist Gegenstand politischer Entscheidungen, vor allem dann, wenn öffentliche Mittel involviert sind. Sie ist Gegenstand organisierbarer politischer Prozesse. Und da findet nun in der Tat eine Verlangsamung statt. Sie ist auch unverzichtbar. Denn die Geschwindigkeit, mit der die technisch-naturwissenschaftlichen Erkenntnisse sich vermehren, vollzieht sich nach anderen Gesetzmäßigkeiten als die Möglichkeit, für ihre Nutzung Akzeptanz zu begründen. Aber da sehe ich gar kein Problem.

Stroetmann

Das ist kein Widerspruch.

Biedenkopf

Das ist ein Sachverhalt, von dem muß man ausgehen. Er ist zwar nur begrenzt politisch steuerbar, aber er ist steuerbar.

Eine Bemerkung zum Gedanken der Momentaufnahme. Natürlich hatte Keynes recht, als er auf die Bemerkung, langfristig würden sich alle Dinge ausgleichen, antwortete: Auf lange Sicht sind wir alle tot. Das enthebt uns indes nicht der politischen Verantwortung, aufgrund momentaner Erkenntnisse zu handeln. Und daraus sind für mich wesentliche Schlußfolgerungen zu ziehen.

Erstens: Wenn ich es mit Prozessen zu tun habe wie diesen, über die ich noch wenig weiß, dann muß ich die politische Gestaltung so organisieren, daß sie offen ist. Das heißt, ich muß einen möglichst breit angelegten Wettbewerb der Alternativen entwickeln und dafür sorgen, daß auch verbindliche Entscheidungen nicht so verbindlich sind, daß Fehlerkorrekturen unmöglich werden, etwa aufgrund langfristig begründeter Besitzstände. Das ist gerade dann ungeheuer wichtig, wenn wir es mit Prozessen zu tun haben, bei denen ein großes Theoriedefizit besteht.

Als die soziale Marktwirtschaft eingeführt wurde, die ja bis zu einem gewissen Grade die Entwicklung der klassischen sozialen Frage zum Abschluß brachte, ging dem eine sehr intensive theoretische Arbeit von ungefähr 40 Jahren voraus, auf der man nach dem Zweiten Weltkrieg aufbauen konnte. Wir haben nichts Vergleichbares in bezug auf die ökologische Frage. Und unser Problem ist, daß wir trotz des Theoriedefizits schon praktisch handeln müssen. Um so wichtiger ist es, dieses praktische Handeln so anzulegen, daß es korrigierbar bleibt, daß man also neue Erkenntnisse integrieren kann.

Gerade deshalb halte ich auch den Gedanken der Innovationsführerschaft von Herrn Klages für so bedeutsam. Ich sehe allerdings, Herr Fleckenstein, überhaupt keinen Nachteil darin, wenn man diesen Prozeß der Innovation, auch wenn er Kosten verursacht, in der Bundesrepublik Deutschland noch kräftig weitertreibt. Ich bin keineswegs der Auffassung, daß wir da schon genug getan haben.

Fleckenstein

Das habe ich auch nicht gemeint.

Biedenkopf

Ich bin auch nicht der Ansicht, daß wir im Verhältnis zu anderen westeuropäischen Ländern genug getan haben.

Wir werden in den nächsten Jahren eine heftige Diskussion bekommen mit Argumenten wie: Es ist alles viel zu teuer; wir verlieren unsere Wettbewerbsfähigkeit und so weiter. Diese Diskussion ist genauso alt wie die moderne Industriegesellschaft. Es hat noch keine Erneuerung gegeben, auf die die Unternehmen nicht mit dem Argument geantwortet haben, es mache sie wettbewerbsunfähig. Und dann sind immer diejenigen, die sich der Erneuerung gestellt haben, wettbewerbsfähig geblieben, während die anderen ausgeschieden sind. Und das ist auch richtig. Wer das Problem nicht lösen kann, muß ausscheiden.

Das Gefährlichste ist, wenn wir jetzt anfangen, die Fußkranken im ökologischen Bereich zu subventionieren. Solche Subventionen können einmal durch staatliche Mittel erfolgen. Das tun wir sowieso schon. Die weit gefährlichere Form der Subvention ist aber die weitere Duldung des Umweltverbrauchs. Das heißt, umweltschädliches Verhalten wird weiterhin gestattet mit dem Argument: Sonst fallen Arbeitsplätze weg. Das ist noch gefährlicher als eine finanzielle Subventionierung durch den Staat; das ist nämlich eine ökologische Subventionierung, über deren Kosten niemand Auskunft geben kann und deren Folgen weit über finanzielle Kosten hinausgehen. Deshalb halte ich hier eine sehr strenge Handlungsweise für unverzichtbar.

Zu einem weiteren Punkt hat mich der Dialog über das Budget angeregt. Ich bin in dieser Hinsicht völlig anderer Auffassung als Sie, Herr Kleinert, und zwar nicht, weil ich weniger für Umweltschutz ausgeben will, sondern weil ich der Meinung bin, daß die Ausgaben für den Umweltschutz ganz überwiegend in der Gesellschaft und nicht beim Bund erfolgen müssen. Der Bund soll sich mit dem Geldausgeben in diesem Zusammenhang möglichst zurückhalten und vor allem Steuerungs- und Organisationsfunktionen übernehmen. Das Gefährliche bei dem Programm "Umwelt und Arbeit" ist, daß dies in den Händen des Bundes eine Ausgabenkompetenz von 40 Milliarden D-Mark begründet, das heißt bei einer Bürokratie, die im Grunde gar nicht weiß, wofür sie das Geld ausgeben soll. Mit anderen Worten: Das Geld fließt sofort in konventionelle Bereiche.

Das wirklich Wichtige, wofür der Bund Geld ausgeben muß, ist die Forschung. Wie organisiert man diese Prozesse und die entsprechenden Steuerungsmechanismen? Den wesentlichen Teil der

öffentlichen Ausgaben müssen die Länder übernehmen. Dort findet das eigentliche Umweltthema statt.

Leinen

Wer soll die Altlasten übernehmen?

Biedenkopf

Das ist ein ganz anderes Thema. Ich habe jetzt: von der Umweltpolitik gesprochen.

Bei den Altlasten handelt es sich in gewisser Weise um ein Problem des Lastenausgleichs, ähnlich wie nach dem Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit der Währungsreform. Das heißt: Wer trägt die Kosten für die "kriegerische" Behandlung der Umwelt in der Vergangenheit? Das läßt sich nur über das Gesamtbudget abwickeln. Aber das gehört dann wiederum nicht im Sinne von Verfügungsgeld in die Hände des Bundes, sondern muß dezentral erfolgen. Sonst entsteht eine neue Besitzstandsbürokratie, die man in wenigen Jahren überhaupt nicht mehr handhaben kann.

Worauf es entscheidend ankommt, ist, die Sache so zu organisieren, daß die Wirtschaft, die Privathaushalte und die öffentlichen Organisationen veranlaßt werden, einen wesentlichen Teil der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen in diese Aufgabe zu lenken. Auf andere Weise lassen sich die benötigten Mittel nie mobilisieren. Anderenfalls sind fast unlösbare Verteilungskonflikte auch in den Parlamenten die Folge. Welche politische Partei ist denn heute in der Lage, gegen die verfestigte Struktur der organisierten Interessen öffentliche Mittel anders zu allozieren? Das ist fast unmöglich. Und es wäre auch falsch, wenn man das wieder probiert; es ist nachgewiesen, daß es so nicht geht. Man muß also einen Weg suchen, der diese Widerstände über den Markt und über Innovations- und Wettbewerbsprozesse aufbricht.

Ich will nur zwei Beispiele nennen. Ich finde es einen sehr vernünftigen Vorschlag zu sagen, wir müssen die Energiepreise erhöhen. Wenn das aber umweltwirksam sein soll, müssen wir die Preise erheblich erhöhen. Ich habe vor Jahren vorgeschlagen, als der Ölpreis fiel, die Differenz durch Steuern aufzufangen und den Ölpreis im wesentlichen auf der Höhe zu belassen, wo er stand, um die Einsparungsbemühungen weiterzutreiben. Das war politisch nicht durchsetzbar mit dem auch ganz einsichtigen Argument des Wettbewerbs.

Es ist die Hauptaufgabe des Bundes und der Europäischen Gemeinschaft, die Umweltkosten zu definieren, die dann in die betriebswirtschaftlichen Rechnungen der Privathaushalte und Unternehmen eingehen müssen. Die Müllabfuhr teurer machen, die Leute durch Verteuerung der Entsorgungsleistungen dazu zwingen, Ware zu kaufen, die keinen Abfall erzeugt. Wir müssen die Privathaushalte daran interessieren, daß die Verpackungsfrage gelöst wird. Anders werden wir das Problem nie lösen können. Wenn umweltrichtigeres Verhalten der Privathaushalte zum Beispiel zu einer geringeren Müllabfuhrrechnung oder zu einer geringeren Heizkostenrechnung führt, dann wirkt das. Solche Signale müssen wir setzen. Das ist die Hauptleistung, die der Bund erbringen muß.

Leinen

Ich stimme Ihnen sofort zu, daß wir ökonomische Anreize brauchen, um mehr Umweltschutz zu erhalten. Ich stimme Ihnen aber nicht zu, daß wir kein öffentliches Programm brauchen, um vorhandene Umweltlasten zu beseitigen. Das heißt, wenn wir am Verursacherprinzip festhalten, müssen wir überall dort eingreifen, wo es den Verursacher nicht mehr gibt, und auch dort, wo es den Verursacher noch nicht gibt.

Biedenkopf

Das ist die Frage der Deponien und der Industriestandorte, die aufgearbeitet werden müssen. Das wird ungefähr 100 Milliarden D-Mark kosten. 40 bis 50 Milliarden im Ruhrgebiet, 15 bis 20 Milliarden im Saarland und den Rest für die bundesweit verstreuten Deponien. Diese Gelder müssen wir über etwa 10 Jahre aufbringen. Das ist also kein dauerhafter Zustand, sondern die Aufarbeitung in der Vergangenheit verursachter Probleme. Dadurch dürfen wir aber nicht die zukünftigen Strukturen prägen lassen. Sonst befinden wir uns nämlich genau wieder in den alten Strukturen, die nicht das leisten können, was wir hier wollen.

Fleckenstein

Herr Biedenkopf und Herr Glück haben beklagt, daß die Wirtschaft zu passiv sei. Dieser Vorwurf wird ja immer wieder pauschal erhoben. Ich meine, in dieser Form ist er ungerechtfertigt. Angesichts des

Überbietungswettbewerbs in Sachen Umweltschutz, der in der Politik veranstaltet wird, kann man es der Wirtschaft - die ja auch ökonomisch denken muß - doch nicht verübeln, daß sie auf bestimmte Tatbestände aufmerksam macht. Gegenwärtig wird beispielsweise behauptet, die Wirtschaft lehne Umweltverträglichkeitsprüfungen ab. Das ist keineswegs der Fall. Wir wenden uns nur gegen die Art, wie dabei verfahren werden soll. Da gibt es noch zu viele offene Punkte.

Wenn Sie etwa daran denken, wie lange sich heute häufig Genehmigungsverfahren hinziehen. Zu lange kann die Industrie, die ja Innovationen will und machen muß, nicht warten. Wir sind doch nicht gegen Innovationen, Herr Biedenkopf, ganz im Gegenteil, wir benötigen noch sehr viel mehr Innovation. Aber dafür müssen dann auch die Rahmenbedingungen stimmen, und das ist letzten Endes eine politische Gestaltungsaufgabe. Was wir brauchen, auch für die Wirtschaft, sind strenge umweltpolitische Zielvorgaben, allerdings mit einem realistischen Zeithorizont.

In dem Zusammenhang komme ich noch einmal auf das Stichwort Umweltqualitätsziele zurück. Natürlich kann es da keinen Gesamtindikator geben, Herr von Lersner. Aber es müßte doch möglich sein, mit Hilfe des wissenschaftlichen Sachverständigen Qualitätsziele in der Weise zu erarbeiten, daß sie politisch und gesellschaftlich konsensfähig sind und dann die Basis für sehr strenge Zielvorgaben sein können. Darüber hinaus sind durchaus auch ökonomische Anreize denkbar, mit denen freiwillige Leistungen honoriert werden. Hier ist also eine Art Doppelstrategie vorstellbar.

Wogegen ich mich vor allem wende, sind die politisch hausgemachten Probleme. In Hessen beispielsweise, Herr Kleinert, hat man sich die Probleme selber geschaffen, indem man im Grunde harmlosen Müll zu Sondermüll deklariert und sich dann wundert, wenn bei der Abfallbeseitigung Engpässe entstehen. Man sollte also Umweltpolitik zwar mit Engagement, aber auch mit Augenmaß betreiben, und zwar im Interesse der Umwelt.

Duphorn

Minister Töpfer hat uns Deutsche kürzlich als Europameister in der Abfallproduktion bezeichnet. Er sprach von 80 Millionen Tonnen Hausmüll pro Jahr, die bei uns anfallen. Die nachweispflichtigen Sonderabfälle belaufen sich auf etwa 5 Millionen Tonnen jährlich. Diese Menge ist rund 200mal größer als die Menge an radioaktiven Abfällen aller Kategorien. Das heißt, der Entsorgungsdruck ist beim konventionellen Müll um ein Vielfaches stärker als bei den radioaktiven Abfällen. Im Jahr 1986 wurden etwa eine Million Tonnen Abfälle nach der Sondermülldeponie Schönberg transportiert, etwa die Hälfte davon kam aus Hamburg. Im neuen Generalabfallbeseitigungsplan des Landes Schleswig-Holstein ist Schönberg bekanntlich nicht mehr enthalten. Und wenn die Stadt Lübeck jetzt im Rechtsstreit gegen die Stadt Hamburg obsiegt und die Transportgenehmigung nach Schönberg nicht mehr erteilt wird, dann dürfte Hamburg die erste Stadt in der Bundesrepublik sein, bei der der Entsorgungsinfarkt ausbricht.

Dazu kommen die Altlasten, die aufgearbeitet werden müssen. Ich möchte hier nur eine Zahl nennen: Allein im Landkreis Harburg hat eine Kartierung der Altlasten 17 Millionen cbm ergeben.

Hier fiel vorhin das Stichwort Müllexport, und es war von Umweltkolonialismus die Rede. In diesem Sinne stand auch in der letzten "Zeit" ein Artikel unter der Überschrift: "Der Export von Industrieabfällen aus den reichen Ländern in die dritte Welt ist die neueste Facette des nachkolonialen Zeitalters." Ich meine, wir werden bei den Mengen an Müll, die bei uns anfallen, gar nicht darum herumkommen, neben anderen Lösungswegen auch den Export von Müll einschließlich Sondermüllabfälle ins Ausland mit in unser Kalkül einzubeziehen.

Ich sehe im wesentlichen drei Lösungsmöglichkeiten: Erstens die Sondermüllverbrennung. Aber die bestehenden Müllverbrennungskapazitäten reichen bei weitem nicht aus, um die anfallenden Mengen zu bewältigen.

Zweitens Sondermülldeponien in undurchlässigen Salzformationen, zum Beispiel in alten Bergwerken. Hochtoxische, leichtlösliche und ausschlämmbare Sonderabfälle gehören nach meiner Meinung genauso unter die Erde wie radioaktive Abfälle. Ein entsprechendes Pilotprojekt wurde 1986/87 in Niedersachsen in Zusammenarbeit mit der Deutschen Kavernenbaugesellschaft durchgeführt.

Drittens befürworte ich einen wissenschaftlich begleiteten und organisatorisch gut durchdachten und kontrollierten Müllexport in menschenleere und niederschlags- und wasserarme Trockengebiete in der dritten Welt. Das können Wüsten und Halbwüsten sein. Damit verbunden, in enger Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Partnerland, eine moderne Recyclingforschung, die das Ziel hat, die verschiedenen Wertstoffe wieder aufzuarbeiten und je nach Marktsituation zu reexportieren.

Peine

Wie bekommen wir eine umweltfreundliche Marktwirtschaft? Das ist letztlich die entscheidende Frage für die Zukunft. Ich führe ein einfaches Beispiel an: Wenn in unserer Wirtschaft von zwei Produkten, die das gleiche können, das eine teuer und umweltfreundlich und das andere billig und weniger umweltfreundlich ist, dann setzt sich immer das billigere durch. Da helfen keine Appelle an den Verbraucher oder an die Wirtschaft. Hier müssen wir uns etwas einfallen lassen, damit die soziale Marktwirtschaft auch zu einer umweltfreundlichen Marktwirtschaft wird.

Was ich für wichtig halte, ist, daß wir unsere Empfehlungen in einer Sprache formulieren, die der Verbraucher versteht. Was soll der Verbraucher beispielsweise mit dem Hinweis anfangen, druckimprägnierte Hölzer, in denen Schwermetalle enthalten sind, müssen wie Sondermüll entsorgt werden? Das heißt, wir müssen Empfehlungen geben, die der einzelne auch wirklich umsetzen kann.

Was das vorhin angesprochene Altlastenproblem angeht, meine ich, daß wir hier die Dinge bereits auf den richtigen Weg gebracht haben. Wir haben in der Bundesrepublik gut daran getan, nicht den amerikanischen Weg zu übernehmen. Dort hat man durch eine Abgabe auf verschiedene Erzeugnisse Milliardenbeträge zusammengebracht, von denen ein erheblicher Teil bereits in Auseinandersetzungen mit Anwaltsbüros draufgegangen ist, ohne daß schon eine einzige Mülldeponie saniert worden ist.

Schneider

Das ist falsch, was Sie sagen.

Peine

Ich meine, wir sollten wirklich konsequent auf das Verursacherprinzip setzen. Verursacher ist in dem Sinne derjenige, der zu dem betreffenden Zeitpunkt am besten über die möglichen Gefahren Bescheid wußte, der sich also nicht darauf berufen kann, die Behörde habe ihm doch eine Genehmigung erteilt. Dieser muß zur Sanierung mit herangezogen werden. Wo sich ein solcher nicht mehr ermitteln läßt oder er finanziell und operativ nicht in der Lage ist, für die Schäden aufzukommen, muß die Solidargemeinschaft der Industrie gemeinsam mit der Administration eingreifen. Ich halte das für die weitaus bessere Lösung, als erst einmal Geld zusammenzutragen, ohne zu wissen, wie man vorgehen soll.

An die administrative und politische Seite habe ich die Bitte, mehr Disziplin zu üben und nicht zu versuchen, mit dem Umweltthema sein politisches Süpplein zu kochen. Dafür ist die Sache zu ernst und zu kompliziert. Das gilt beispielsweise auch für die Grenzwertfestlegungen. Da will offenbar einer den anderen mit ganz niedrigen Grenzwerten übertreffen. Die durchführende Behörde weiß dann am Ende gar nicht mehr, was sie machen soll, wie jetzt im Falle Buschhaus.

Zum anderen würde ich um mehr Sachlichkeit bitten. Herr Schneider sprach vorhin das Thema Umweltkriminalität an. Ich sehe ein solches kriminelles Verhalten der Wirtschaft in Umweltangelegenheiten nicht. Sie können ja selbst feststellen, wie wenig bei entsprechenden gerichtlichen Untersuchungen herauskommt. Die Unterstellung, daß hier Behörde und Industrie ein Komplott schmieden, ist ebenfalls abwegig. Hinzu kommt, daß bei den Mitarbeitern in den Unternehmen inzwischen das Bewußtsein so weit gewachsen ist, daß die sich schlicht weigern würden, krumme Sachen zu machen. Von daher ist verständlich, daß die meisten Untersuchungen ergebnislos verlaufen.

Dann heißt es, die internationalen Gesellschaften würden ihre Produktionen ins Ausland verlagern, weil dort die Gesetze noch nicht so streng sind und sie mit weniger Umweltaufwand produzieren können. Genau das Gegenteil ist häufig der Fall. Gerade die internationalen Gesellschaften treiben in den Entwicklungsländern den Umweltfortschritt voran, indem sie die hiesigen Standards auf diese Länder übertragen und auch für die einheimischen Betriebe dort beispielgebend wirken. Das gilt beispielsweise für die Chemie oder für die Autoindustrie. Insofern sind wir in den Entwicklungsländern gewissermaßen der Motor für den Umweltschutz.

Es hilft uns nicht weiter, wenn wir die Industrie zum Buhmann in der Umweltschutzdiskussion machen. Die Mitarbeiter in der Industrie geben ihren Charakter doch nicht am Werkstor ab. Sie wollen ihre Arbeit gut machen. Deshalb sollte man diese Leute nicht mit Pauschalurteilen diskreditieren. In anderen Ländern, beispielsweise in der Schweiz, stellt man sich vor die Kollegen in der Wirtschaft und verteidigt sie gegen ungerechtfertigte Angriffe.

Wir sollten uns auch vor Allgemeinplätzen hüten und nur die Dinge anpacken, bei denen wir in etwa wissen, wo es langgehen soll. Ich muß Ihnen aus der Praxis sagen, es gibt keine Aktivität, die sich bis

zur letzten Konsequenz durchleuchten läßt. Bei jeder Planung bleibt eine Art Restrisiko, bleiben Unwägbarkeiten, die man vorher nicht abschätzen kann.

Schneider

Umweltkriminalität, Herr Peine. Ich meine, da sollte man die Dinge schon sehr genau unter die Lupe nehmen. Im Grunde können die Unternehmen die vorgesehenen Strafen heute doch aus der Portokasse zahlen. Umweltkriminalität zahlt sich aus, und zwar um so mehr, je größer die Verfehlungen sind. In dieser Hinsicht muß dringend etwas geschehen. Man hat mir Aufnahmen vom Rhein gezeigt, die vom Hubschrauber aus aufgenommen wurden, auf denen sich ganz genau die nicht genehmigten schwarzen Einleitungen erkennen lassen. Das sind unerträgliche Tatbestände. Da kämpfen wir um Novellierungen des Wasserhaushaltsgesetzes, da werden Anforderungen für bestimmte Schadstoffe verschärft und neue Grenzwerte festgelegt, und dann gibt es Firmen, die sich um dies alles überhaupt nicht kümmern und ihren Dreck durch irgendein schwarzes Rohr ablassen, weil es ihnen anders zu teuer ist.

Es sollte doch im Eigeninteresse der Industrie selbst liegen, daß solche Methoden, die ja im Grunde auch zu Wettbewerbsverzerrungen führen, aufgedeckt werden. Ich kann nicht verstehen, daß die Industrie solche schwarzen Schafe nicht aussondert.

Dann zur Frage der Altlasten. Ich finde das etwas verkürzt, wie Sie da herangehen, Herr Peine. Wir würden es außerordentlich begrüßen, wenn die Wirtschaft, wiederum aus einem gewissen Eigeninteresse, sich an der Sanierung der Altlasten - den "Sünden der Vergangenheit" - mit einem angemessenen finanziellen Beitrag beteiligte und sich nicht davontiehlt mit dem Argument, die Verursacher seien in vielen Fällen nicht mehr feststellbar. Dann könnte man auch gegenüber der Bevölkerung glaubwürdig den verantwortlichen Umgang mit den Umweltproblemen vertreten und damit die Akzeptanz der eigenen Position in der Gesellschaft insgesamt erhöhen.

Was die marktwirtschaftlichen Instrumente betrifft, Herr Bohr, so sind hier einige konkrete Instrumente genannt worden, die auch eine gewisse Wirksamkeit garantieren würden. Denn in der Vergangenheit sind auch viele Instrumente ins Feld geführt worden, die umweltpolitischen Zielen überhaupt nicht adäquat und mit wichtigen umweltpolitischen Grundsätzen nicht vereinbar waren. Dagegen hatte sich ja selbst ein so klassischer Marktwirtschaftler wie Bangemann eindeutig ausgesprochen. Es geht also nicht um die Zustimmung zu marktwirtschaftlichen Instrumenten schlechthin, sondern um solche, die in der gewünschten Zielrichtung wirksam sind und die dann natürlich auch konsequent eingesetzt werden müssen.

Bei der Frage der Beweislastumkehr halte ich es allerdings für müßig, hier lang und breit theoretisch darüber zu diskutieren, ob das nun wissenschaftlich machbar sei oder nicht. An der Stelle könnten wir einmal bei den Japanern lernen. Das Haftungsrecht in Japan ist dem in der Bundesrepublik durchaus vergleichbar. Wenn es bei uns um eine Entschädigungsregelung geht, beispielsweise für einen Gesundheitsschaden, dann muß genau nachgewiesen werden, welcher Verursacher und welcher Stoff dafür verantwortlich gewesen sind. Das ist in aller Regel praktisch unmöglich, weil immer mehrere Einflußgrößen zusammenkommen.

In Japan stand man vor der gleichen Problematik. Dort hat man daraus aber in der praktischen Rechtsprechung die Konsequenz gezogen, daß es lediglich auf eine gewisse Plausibilität ankommt. Wenn in einer Region eine Krankheit, beispielsweise eine Krebsrate, ansteigt, dann wird untersucht, ob ein bestimmter Stoff mit einiger Plausibilität an dieser Entwicklung beteiligt ist. Entsprechend werden dann die anstehenden Verfahren entschieden.

Im Zusammenhang mit der Entschädigungsregelung hat man in Japan eine bestimmte Schadenssumme festgesetzt, und die beteiligten Unternehmen entscheiden selbst, wieviel sie anteilmäßig davon in den entsprechenden Entschädigungsfonds einzahlen. Die Unternehmen wissen doch selbst viel besser, welche Stoffe sie produzieren, die für bestimmte Schäden mitverantwortlich sind, wie hoch folglich ihr finanzieller Beitrag zu sein hat. Entscheidend ist nur, daß alle beteiligten Unternehmen zusammen die Gesamtsumme aufbringen müssen. Dann braucht der Staat nicht erst mühsam nachzuweisen, welcher Stoff in welcher Größenordnung von welchem Unternehmen im Einzelfall beteiligt war. Diese Praxis hat in Japan bereits zu einem erheblichen Investitionsschub geführt. Das wäre auch für die Bundesrepublik ein nachahmenswertes Modell, das praktikabel ist und anderenorts Erfolg gezeigt hat.

Peine

Was Sie in puncto Altlasten von der Industrie fordern, Herr Schneider, dafür gibt es doch schon Beispiele, die besichtigt werden können. Bei der bekannten Mülldeponie Georgswerder in Hamburg etwa leistet die Industrie nicht bloß finanzielle Beiträge, sondern gibt auch operative Hilfestellung bei der Sanierung. Wir sind durchaus der Auffassung, daß derjenige, der mitverantwortlich war, auch bei der Sanierung helfen soll.

Leinen

Bei der Beseitigung der Altlasten brauchen wir nicht nur freiwillige Demonstrationsobjekte, sondern eine flächendeckende Organisation, um dieses Problem zu lösen. Ich halte den Altlastensanierungsfonds, wie er in den USA besteht, durchaus auch für ein praktikables Modell in der Bundesrepublik.

Schneider

In den USA ist dieser Fonds jetzt auf 5 Milliarden Dollar aufgestockt worden. Darüber hinaus haben die einzelnen Bundesstaaten in den USA nochmals auf Länderebene eigene Fonds eingeführt. Und ich kann mir gerade für die USA nicht vorstellen, daß man dort leichtfertig mit Geld umgeht. Da müssen schon überzeugende Ergebnisse vorliegen. Das spricht eigentlich gegen Ihre Darstellung, Herr Peine.

Maier

Hier sind verschiedentlich die Kirchen genannt worden. Ich habe vor kurzem einmal alte Protokolle der Paulus-Gesellschaft wieder durchgelesen. Nichts öffnet die Augen so sehr für den Wandel der Dinge, auch im Bereich der Kirchen, wie diese Lektüre. Sie finden nämlich in diesen Akten aus den späten 50er und 60er Jahren eine so volle Übereinstimmung von westlichem, auch marxistisch-humanistischem und kirchlichem Fortschrittsbewußtsein, daß einem daran erst deutlich wird, wie sehr sich die Zeit inzwischen gewandelt hat. Es ist erstaunlich, wie da katholische wie evangelische Theologen anhand einer Fortschrittsidee, die den Marxismus noch mit den älteren Stufen der Aufklärung verbindet, dies auch als Ziel einer innerkirchlich nachzuholenden Aufklärung entdecken. Und von daher gesehen, meine ich doch, Herr Engelhardt, daß die Wiederentdeckung der Schöpfungstheologie zu einer großen Veränderung im Bereich der Kirchen, was die Umweltthematik angeht, geführt hat.

Ich erinnere mich aus meiner Studentenzeit noch an Vorlesungen von Karl Barth, in denen er seinen ganzen Zorn über das Wort Naturrecht ausschüttete. Er schärfte uns ein, es gebe im evangelischen Verständnis überhaupt nur ein Natur-Unrecht, das der Mensch allenfalls eindämmen könne - und da wurde er dann durchaus ähnlich fortschrittsbegeistert, fast quer zu seiner sonstigen theologischen Haltung, wie die Theologen in der Paulus-Gesellschaft.

Wenn ich demgegenüber Bücher von heute lese, wie das von Oswald Bayer über "Schöpfung als Anrede", dann hat sich im evangelischen Raum sehr viel verändert. Man mag darüber streiten, ob hier die Katholiken oder die Evangelischen einen größeren Nachholbedarf haben. Bei den Evangelischen geschieht es fast abrupt, daß das Thema Schöpfungstheologie wieder hervortritt. Die Katholiken saßen allzulang auf ihrem überlieferten Depositum und glaubten, sie hätten das seit Thomas immer gesagt, und das sei für sie nichts Neues.

Dann noch ein paar Worte zum Thema überforderter oder unterforderter Staat. Mich hat im Zusammenhang mit Tschernobyl sehr beschäftigt, daß sich das Verhältnis der Bürger zum Staat damals in wenigen Tagen beinahe ins Gegenteil verkehrt hat. Normalerweise hört man die Meinung - durchaus verständlich;-, der Staat solle sich möglichst heraushalten und sich nicht soviel in die Gesellschaft, vor allem in das Leben des einzelnen, einmischen. Also der Staat, um mit Böll zu sprechen, als der Hüter der Müllabfuhr und nicht viel mehr. Nach Tschernobyl brechen dann plötzlich Allmachtswünsche beim Bürger aus. Der Staat soll auf einmal alles wissen, nachdem man ihn zuvor - siehe Datenschutz - mehr oder weniger dazu gezwungen hat, vieles von dem, was er weiß, wieder zu vergessen. Aber er soll nicht nur alles wissen, sondern auch mit Allzuständigkeit (fast) alles regeln.

Dabei wurde völlig übersehen, daß es heute beispielsweise keine amtlich festgestellten Zahlen mehr gibt. Noch in den 50er und 60er Jahren konnten amtlich festgestellte Zahlen zentraler Behörden im großen und ganzen mit einer gewissen Glaubwürdigkeitschance rechnen. Das ist heute nicht mehr so. Der Äußerung des einen Nobelpreisträgers widerspricht ein anderer; der Äußerung des Forschungsinstituts A widerspricht das Öko-Institut B, und am Ende wundert man sich, wenn eine völlige Desinformation herrscht.

Der Staat ist also nicht mehr sehr mächtig - das kann ein Vorteil sein; er ist auch nicht mehr sehr wissend, und noch immer laufen die Prozesse, ihn so unwissend und unmündig zu halten wie nur möglich. Und dann soll dieser unmündige Staat, ein Bettler unter der Treppe, im Krisenfall plötzlich allwissend und allmächtig werden!

Heydemann

Ich meine, wir sollten jetzt erst einmal klarer definieren: Was sind eigentlich richtige Lösungen für das Umweltproblem? Es gibt eine Fülle von Lösungsmöglichkeiten, kurz-, mittel- oder langfristig. Aber was ist machbar, welche Lösungsansätze sind mehrheitlich konsensfähig? Welche Widerstände sind zu erwarten? In der Wirtschaft würde man beispielsweise damit beginnen, eine strategische Analyse der Widerstände zu machen und zu fragen, wie sich diese Widerstände abbauen lassen. Welche Mittel setzen wir ein, um Verhaltensänderungen zu erreichen? Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Erziehung, gesetzliche Richtlinien und Vorschriften im Sinne von Bestrafungen oder ökonomische Anreize? Zu alledem gibt es bereits eine Fülle von umweltpolitischen Konzepten.

In diesem Zusammenhang müßte man auch die Frage diskutieren: Welche Möglichkeiten sind auf Dauer nicht nur sinnvoll, sondern werden von der Politik für die Menschen akzeptierbar gemacht? Es gibt tiefsitzende emotionale Widerstände, über deren Unbegründetsein wir lange debattieren können. Aber wer Realpolitik betreibt, muß wissen, daß es immer auch "unvernünftige" Gründe gibt. Wenn man weiß, daß etwas seit Urzeiten von den Menschen in bestimmter Weise betrachtet und empfunden wurde, dann kann man sich leicht ausrechnen, daß man daran in den nächsten 10 Jahren kaum wird etwas ändern können. Das heißt, der Politiker muß die Nichtänderbarkeit von Verhalten mit in sein Kalkül einbeziehen.

Realpolitik muß sicherlich zunächst analysieren, was heute machbar erscheint. Das reicht jedoch nicht aus. Ansonsten wären die Probleme nicht entstanden und vor allem niemals lösbar. Es kommt somit darauf an, neue Machbarkeitslevels zu finden, um das, was morgen machbar sein muß, verwirklichen zu können. Dafür müssen wir wissen, was wir eigentlich machbar machen wollen. Und dann geht es nicht, daß dem, der initiativ tätig wird und neue Vorschläge auf den Tisch legt, immer nur entgegengehalten wird, das sei ja doch nicht umsetzbar. Das, was heute nicht machbar ist, ist in vielen Fällen gerade die Ursache für die Probleme, mit denen wir es zu tun haben. Es darf Realpolitik nicht daran hindern, genau hier nach neuen Lösungswegen zu suchen und scheinbare oder anscheinende Grenzen des Möglichen zu verschieben.

Insofern würde ich es für besonders wichtig halten, wenn wir uns in der Umweltpolitik solchen innovativen Fragen der Veränderung von Grenzen zuwenden, selbst wenn in bezug auf diese noch in erheblichem Maße Unsicherheit bestehen mag. Einfach einmal über den Tisch hinwegdenken, sich öffnen und damit die eigene Lernfähigkeit demonstrieren und Bereitschaft anbieten, Dinge neu anzugehen. Im Grunde ist jeder Widerspruch hilfreich, auch wenn ich die Argumente des Gegenübers vielleicht nicht voll akzeptieren kann. Aber damit wird deutlich, welche Fülle unterschiedlicher Antworten es in einer Gesellschaft gibt. Diese zu kennen ist entscheidend für die Akzeptanz von Politik überhaupt. Gerade die nicht einsehbaren Widersprüche sind dafür besonders wichtig. Auch wenn ich die Argumente für unvernünftig halte, kann ich als Politiker nicht davon absehen, daß solche Widersprüche in der Gesellschaft existent sind. Und in dem Zusammenhang halte ich es für wichtig, daß wir uns eingehend Gedanken über die Notwendigkeit machen, den technischen Fortschritt zu verlangsamen, Herr von Lersner.

Wir müssen vor allem darüber nachdenken, inwieweit sich einmal bewirkte Veränderungen an der Natur wieder umkehren lassen. So habe ich vor einem Ausschuß des Bundestages im Hinblick auf die Biogenetik und deren Probleme formuliert: Ich würde nur solche biogenetischen Veränderungen an Ökosystemen zulassen, die wieder rückholbar sind. Bestimmte Mikroorganismen sind eben - wie im Grunde alle unsere Kulturpflanzen - nur existenzfähig, wenn sie gepflegt werden, sonst sterben sie ab. Mit anderen Worten: Wenn ich nur die Pflege einzustellen brauche, damit die Arten, die freigesetzt werden und die sich nicht in der gewünschten Richtung verhalten, wieder zu existieren aufhören, wenn ich also auf diese Weise Naturveränderungen wieder rückholbar mache, habe ich den Fortschritt voll in der Hand und kann ihn bejahen. Ich würde das in Zukunft zum Maßstab für die Prüfung der Umweltverträglichkeit bei der Freisetzung von genetisch veränderten Organismen machen. Wenn ich die Folgen meines Handelns nicht mehr korrigieren kann, ist dies das Kriterium, bestimmte Experimente nicht zuzulassen, zum Beispiel bei der Biotechnik oder bei der Biogenetik.

Hier müssen wir differenzieren lernen und unser vorhandenes Wissen dazu benutzen, unsere Prognosefähigkeit möglichst effektiv einzusetzen. Dabei ist entscheidend: Wie sicher sind Prognosen auf den verschiedenen Gebieten der Umweltpolitik? Deshalb komme ich zurück auf das, was ich am

Anfang sagte: Qualitätsziele für Umweltfreundlichkeit schaffen. Ich ziehe den Begriff der Umweltfreundlichkeit dem der Umweltverträglichkeit vor. Mit vielem, was wir tun, greifen wir verändernd in die Natur ein, und das kann im strengen Sinne nie verträglich für die Natur sein. Allenfalls ist das "freundlich" zu nennen, was die Natur nicht total ruiniert.

Im Hinblick auf Lösungsfindungen müssen wir uns auch mit der Erscheinung der Komplexität der Natur auseinandersetzen. Wie komplex muß dann eigentlich Politik sein, um dem komplexen ökologischen Organisationschema folgen zu können? Ich nenne nur als Beispiel die "Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft" (TA Luft). Das ist ein so kompliziertes Rechtssystem geworden, daß dieses höchstens noch einige Fachleute verstehen können. Dennoch trägt diese Rechtsverordnung immer noch nicht der Komplexität des Sachverhalts für die Reinhaltung der Luft Rechnung. Im Grunde wird darin lediglich der komplexe Status von ganz simplen chemischen Zusammenhängen wiederholt, ohne die biologische Verträglichkeit der Regelung exakt anzuvisieren. Das heißt, diese Rechtsverordnung wird dem biologischen komplexen Grenzwert für die "richtige Zusammensetzung" der Luft immer noch nicht gerecht.

Es gibt biologische Annäherungswerte für die "richtige" Politik des Naturschutzes. Deshalb fordere ich, daß wir zunächst einmal "dead lines" für die Erhaltung der Natur, die nicht überschritten werden dürfen, formulieren. Es kommt darauf an, die Komplexität der Zusammenhänge politikfähig zu machen. Dafür brauchen wir ein Gesetzsystem, an dem eine ungefähre Orientierung für die Politik möglich ist. Wenn eine Sache so differenziert ist, daß sie von der Mehrheit der Politiker in einem Parlament, das in drei bis vier Stunden über eine komplizierte ökologische Gesetzesmaterie entscheiden muß, nicht mehr verstanden wird, wird eine "richtige" politische Entscheidung unmöglich. Deshalb brauchen wir solche "dead lines" im Sinne politischer Minimalwerte als Grundlage. Aufgrund dessen können nach einem differenzierteren Aufriß anschließend auch bestimmte qualitative "high lines" als ökologische Optima erreicht werden. Die heutigen Grenzwerte haben zum großen Teil nichts mit den minimalen Existenzvoraussetzungen der Natur zu tun, sondern sind politische Machbarkeitswerte, die zum Teil bei minimalen Anstrengungen zustande gekommen sind.

Schließlich noch ein Wort zur Übertragbarkeit ökonomischer Begriffe auf den ökologischen Bereich. Der Rückgriff auf romantische Begriffe, die Sie mir quasi unterstellen, Herr Maier, würden meiner Ansicht nach der Politik durchaus manchmal sogar guttun, weil vielleicht dadurch der emotionale Anteil der Politik im positiven Sinne verstärkt werden könnte. Warum sollen wir nicht auch aus der Geschichte lernen; es muß ja nicht um jeden Preis alles neu sein. In dem Zusammenhang sollten wir uns bewußt sein, daß ökonomische Tatbestände wie Produktion, Boden, Kapital und Investitionen Erscheinungsformen sind, die in der Natur manchmal in gleicher Weise wie in der menschlichen Wirtschaft vorkommen und eine Rolle spielen.

Wie können Lösungen aussehen, um der Natur eine Chance zu geben? Es gilt zu prüfen, inwieweit der einzelne Lösungsansatz in der Bevölkerung eine Akzeptanz findet. Man sollte vernünftige Vorschläge auch nicht am sogenannten Ein-Prozent-Syndrom scheitern lassen. Innerhalb dessen wird ständig argumentiert: Dieser oder jener Vorschlag, beispielsweise im Hinblick auf alternative Energien und deren Verwendbarkeit, bringe ja nur ein Prozent Einsparung oder Ersatz. Wir müssen nicht den Weg des "einen Besten" gehen, sondern müssen vielleicht 15 verschiedene alternative Angebote, die jeweils ein bis zwei Prozent Fortschritt bringen, nebeneinander und gleichzeitig einbeziehen. Ähnlich ist es beispielsweise mit verschiedenen Ansätzen zur Abwasservermeidung. Jeder für sich kann vielleicht nur zu einem Prozent zum Nordseeschutz beitragen. Aber eine Vielzahl kleiner Veränderungen kann uns auch weiterhelfen, weil die eine große Lösung häufig schon von den finanziellen Voraussetzungen nicht realisierbar ist. Das gilt für den Ausstieg aus der Atomenergie genauso wie für die grundlegende ökologische Umstellung der Landwirtschaft. Wenn ich jede Alternativlösung gleich mit einem Vollkommenheitsanspruch ad absurdum führe, mache ich jede neue Politik insgesamt unmöglich.

Ich plädiere also in der Regel für viele kleine Lösungen, wenn die eine große überregionale oder globale Lösung zu langsam erreichbar ist. In allen Fällen stehen wir in bezug auf die Notwendigkeit von Lösungen zeitlich im besonderen Maße unter Druck. Das bedeutet für alle Diskussionen über "Chancen für die Natur", daß wir die Zeit für immer neue Problemdarstellungen wesentlich kürzen zugunsten der Zeit für das Nachdenken über Lösungen.

Maier

Man müßte jetzt weit ausholen, Herr Heydemann, um sich mit diesem sehr geschlossenen Gedankengebäude auseinanderzusetzen. Mein Unbehagen ist dabei, daß hier ein idealtypisch geschlossener Oikos vorausgesetzt wird. Natürlich kann man sich von der Romantik immer anregen

lassen, die ja in mancher Hinsicht die Problemraster der Aufklärung wirksam erweitert hat. Insofern begrüße ich es, wenn man sich damit auseinandersetzt.

Unheimlich wird mir dort, wo als Denkmodell eine Art ökologischer "Geschlossener Handelsstaat" entsteht, wo man "vollständige" Problemlisten erstellt, die dann in den Parlamenten nur noch abzuhaken wären. Das widerspricht aller politischen Erfahrung. Man kann den Gang vom individuellen Bewußtsein zur allgemeinen Haltung und von da zur politischen Umsetzung nicht überspringen und auch nicht abkürzen. Das widerspräche auch meinem Verständnis von Demokratie. Wenn ich nämlich jemanden gegen seine Einsicht zum Glück zwingen will, selbst wenn es für ihn das Beste ist, dann ist diese Politik, so richtig sie abstrakt sein mag, demokratisch nichts wert.

Böhr

Was ist zu tun? Was mich in dieser Runde überrascht, ist die Tatsache, daß der marktwirtschaftliche Ansatz in der Umweltpolitik, den Kurt Biedenkopf hier vorgetragen hat, offenbar - zumindest in diesem Kreis - konsensfähig ist. Bis vor kurzem wurde ein solcher Ansatz noch geradezu diffamiert mit dem Argument: Jetzt soll auch noch die Umweltschutzpolitik dem freien Wettbewerb und der Marktwirtschaft geopfert werden. Ich begrüße es, daß sich da inzwischen offenbar ein Bewußtseinswandel vollzogen hat. Denn es geht ja gerade darum, auf dem Gebiet der Umweltschutzpolitik Dynamik und Kreativität freizusetzen, um von dem bisherigen Verhalten, das ausschließlich von Geboten und Verboten gesteuert wurde, wegzukommen.

Was den Zukunftsaspekt der ökologischen Wende angeht, so wäre es sehr wichtig zu fragen: Wie vermeiden wir neue Fehlentwicklungen und Belastungen der Umwelt? Wir konzentrieren uns meist auf die Sünden der Vergangenheit und diskutieren über die Altlasten. Aber nach welchen Kriterien entscheiden wir, wenn wir am Beginn neuer Entwicklungen stehen? Ich darf daran erinnern, daß im Hinblick auf die Kernenergie früher einmal ein umfassender Konsens in unserer Gesellschaft bestanden hat, der dann zerbrochen ist. Woran orientieren wir uns also, wenn wieder neue Dinge ins Haus stehen? Bleibt das mehr oder weniger dem Zufall überlassen, oder warten wir einfach ab, bis bestimmte Ereignisse eintreten, die auch eine entsprechend große publizistische Resonanz auslösen? Das ist zumeist immer dann der Fall, wenn etwas schiefgegangen ist.

Ich erwähne als konkretes Beispiel das Stichwort: biotechnische Freilandversuche. Hier formiert sich in Teilen der Öffentlichkeit ein massiver Widerstand gegen erste Experimente, die in diesem Zusammenhang getätigt werden. Ich habe den Eindruck, daß wir uns in unserer Gesellschaft nicht ausreichend darüber verständigen, wo die Grenze zu ziehen ist zwischen wissenschaftlicher Neugier auf der einen und der Inkaufnahme von riskanten Fehlentwicklungen auf der anderen Seite.

Das hat nach meinem Dafürhalten auch etwas mit der darüber hinausgehenden Frage zu tun, die möglicherweise die Grundlagen unserer Gesellschaft berührt: Wie steht es eigentlich um die Risikobereitschaft in unserer Gesellschaft? Sind wir noch in der Lage, mit Risiken vernünftig umzugehen? Oder werden wir durch jeden Unglücksfall, jede Fehlentwicklung sofort zutiefst verunsichert? Wenn das der Fall sein sollte und wir sozusagen gleich die große Katastrophe bei jedem, auch kleinem Anlaß erwarten, dann wird es außerordentlich schwer, Kriterien zu finden, nach denen Entscheidungen im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen getroffen werden können.

Wenn die ökologische Wende eine Zukunft haben soll, ist konkret zu fragen, was zulässig ist und was nicht, wobei die Politik im Zweifel darüber entscheiden muß, ob bestimmte Experimente durchgeführt werden dürfen. Bedeutet ökologische Wende damit, daß die Beweislast sozusagen umgekehrt wird, das heißt: Entscheidet in Zukunft der Beweis der Nichtschädlichkeit über die Zulässigkeit eines Experiments oder eines Großversuchs? Aber ist das überhaupt möglich? Eine Reihe Naturwissenschaftler haben dazu erklärt, daß diese Forderung wissenschaftlich gar nicht einlösbar sei. Das wird jedoch offensichtlich in Teilen unserer Gesellschaft nicht zur Kenntnis genommen.

Von daher frage ich, ob es nicht notwendig ist, wieder mehr über das Prinzipielle, über die Maximen von Entscheidungen miteinander zu reden. Offenbar haben sich verschiedene Subsysteme unserer Gesellschaft, beispielsweise die Naturwissenschaften und die Geisteswissenschaften, so sehr abgekapselt, daß sie kaum noch in der Lage sind, gemeinsam und im Dialog miteinander für die gesamte Gesellschaft tragfähige Maximen zu formulieren.

Levi

Ich kann nur bestätigen, daß die Wissenschaft niemals in der Lage ist, die Unschädlichkeit von irgend etwas zu beweisen; sie kann immer nur die Schädlichkeit nachweisen. Das Mißlingen dieses Nachweises macht dann die Unschädlichkeit plausibel. Man kann aber nie ausschließen, daß man

irgendeinen Satz von Bedingungen außer acht gelassen hat, unter dem das betreffende Agens doch schädlich ist. Hier liegt eine prinzipielle Grenze der Erkenntnis. Eine Forderung, die Beweislast umzukehren, macht daher wissenschaftlich keinen Sinn.

Weiss

Wenn hier die Bedeutung marktwirtschaftlicher Instrumente für die Lösung ökologischer Probleme verschiedentlich betont wurde, dann möchte ich nur darauf hinweisen, daß die gesamte Versorgung mit elektrischer Energie, die ja für die Umweltproblematik eine beträchtliche Rolle spielt, aus der freien Marktwirtschaft herausgenommen ist, so daß solche Instrumente hier auch nicht greifen werden.

Zudem läßt sich am Beispiel der Kernenergie zeigen, daß - unter Ausschaltung der Marktwirtschaft - mit großem Einsatz von öffentlichen Mitteln eine Technologie eingeführt wurde, obwohl die Entsorgungsfrage nicht gelöst war. Sie ist ja bis heute nicht gelöst. Und wenn Sie von fehlender Risikobereitschaft in unserer Gesellschaft sprechen, Herr Bohr, dann macht doch gerade dieses Beispiel deutlich, warum die große Skepsis in der Bevölkerung hinsichtlich der Einführung neuer Technologien berechtigt ist.

Die Lösung des Energieproblems könnte auch in ganz anderer Weise erleichtert werden, wenn man beispielsweise die Kraft-Wärme-Kopplung sinnvoll einsetzen würde. Wo das möglich ist, könnte der Einsatz fossiler Energieträger nahezu halbiert werden. Aber zur Einführung dieser Systeme müßte der entsprechende Wille vorhanden sein.

Herr Maier hat das fehlende Vertrauen in den Staat im Zusammenhang mit Tschernobyl angesprochen. Das ist doch nur allzu verständlich. Da hat man jahrelang beteuert, man habe bei der Kernenergie alles bestens im Griff. Es gäbe auch eine ausreichende Vorsorge, wenn wirklich mal etwas passieren sollte. Und dann ereignet sich Tschernobyl mit relativ geringen Auswirkungen aufgrund der großen Entfernung, und plötzlich wissen eben die Behörden, die angeblich immer alles im Griff hatten, überhaupt nicht mehr, was zu tun ist. Kein Wunder, wenn dadurch das Vertrauen in den Staat untergraben wird.

Maier

Es gab natürlich auch einen politischen Überbietungs- beziehungsweise Unterbietungswettbewerb in bezug auf Daten und Grenzwerte, der zum Teil in für den Laien grotesken Unterschieden etwa zwischen der Schweiz, Schweden, Hessen, Baden-Württemberg zum Ausdruck kam.

Weiss

Das ist richtig. Aber es hat vorher an Aufklärung darüber gefehlt, was die Grenzwerte eigentlich bedeuten, die ja nicht wissenschaftlich, sondern lediglich in einer Relation zur Ökonomie festgelegt wurden.

Hier klang in einigen Beiträgen an, es sei im Grunde bei der Umwelt bisher noch nichts Irreversibles geschehen. Dem möchte ich entschieden widersprechen. Die Verseuchung der Böden beispielsweise ist praktisch irreversibel. Und in den Bereichen, wo irreversible Belastungen zu befürchten sind, müßten weitaus strengere Maßstäbe angelegt werden als in Bereichen, in denen eine gewisse Reversibilität, vielleicht auch nur unter großem Kosteneinsatz, möglich erscheint.

Müllverbrennung ist sicher zu befürworten, aber nur dann, wenn man sie als Entsorgung betrachtet und zugleich die Entsorgung dieser Entsorgung vornimmt. Das ist heute aber nicht der Fall. Man tut nur den ersten Schritt, aber nicht den zweiten, obwohl die wissenschaftlichen Grundlagen dafür vorhanden sind. Wenn wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens erreichen wollen, müßten wir den Weg wirklich bis zum Ende durchdenken - soweit jedenfalls unsere heutige Erkenntnis reicht - und dann auch gehen. Sonst besteht der Vorwurf zu Recht: Wir bewältigen zwar ein aktuelles Problem, schaffen aber gleichzeitig eine neue Altlast für die nächste Generation.

Ein letzter Punkt. Natürlich läßt sich der Nachweis der Unschädlichkeit nicht führen. Aber auch was den Nachweis der Schädlichkeit angeht, ist Vorsicht am Platze. Wenn wir nämlich immer erst dann handlungsbereit sind, wenn sich die Schädlichkeit eindeutig nachweisen läßt, ist es in vielen Fällen schon zu spät. Wir sollten versuchen, einen Konsens auf der Basis zu finden, daß es genügt, wenn der begründete Verdacht einer Schädlichkeit vorliegt.

Glück

Es gibt insbesondere zwei Sachbereiche, in denen weitere Erkenntnisschritte dringend erforderlich sind. Das eine ist die Umweltökonomie. Es war hier eine erstaunliche Übereinstimmung festzustellen, die Rahmendaten so zu setzen, daß das Eigeninteresse zu einem umweltverträglichen Verhalten angehalten wird. Das ist ein wesentlicher Schritt in Richtung auf marktwirtschaftliche Instrumente. Es besteht in der Tat ein erheblicher Nachholbedarf an einer besseren Umweltökonomie. Ich verspreche mir davon sehr viel mehr als von weiteren staatlichen Regelungen.

Wo wir zweitens noch unbedingt weitere Kenntnisse benötigen, ist der Problembereich "Handeln und Führen in komplexen Sachverhalten". Von Komplexität und Vernetzung ist heute viel die Rede, und ich meine, unsere Denk- und Verhaltensstrukturen entsprechen dem überhaupt nicht. Da gibt es im Managementbereich interessante Ansätze. Ich denke etwa an das Management-Institut St. Gallen, wo unter dem Stichwort "kybernetisches Management" eine Reihe interessanter Dinge laufen. In der Praxis liegen bedenkenswerte Ansätze vor, von denen wir lernen können, jenseits der Polarisierungen, die sonst in der Umweltdiskussion vorherrschen. Wir könnten auch einiges von der Natur lernen hinsichtlich ihrer Fähigkeit zur Selbstorganisation.

Damit sich das veränderte Umweltbewußtsein auch in einem entsprechenden Umweltverhalten niederschlägt, halte ich es für unerlässlich, daß wir mehr Positivstrategien formulieren. Der Umweltschutz vermittelt immer noch zu sehr den Eindruck, sowohl beim einzelnen Bürger wie auch in der Wirtschaft, er sei im Grunde nur so eine Art Verhinderer vom Dienst. Und wir lassen uns auch immer wieder von seilen der Umweltpolitik in diese Rolle hineindrängen. Dann brauchen wir uns über das Negativimage nicht zu wundern. Die Agrarpolitik beispielsweise wird mit ihren Problemen nicht mehr fertig, auch mit den Marktproblemen nicht, und da sollen wir vom Umweltschutz her diese Marktprobleme dann lösen. Schon sind wir im öffentlichen Bewußtsein wieder die Verhinderer vom Dienst, was entsprechende Blockaden auslöst. Deshalb ist die Formulierung von Positivstrategien so wichtig, wenn wir weiterkommen wollen.

Freiherr von Lersner

Ich möchte nur auf einige Stichworte eingehen.

Qualitätsziele: Herr Fleckenstein, wir sind uns sicher einig, daß dafür Konventionen notwendig sind, weil solche Qualitätsziele in vielen Fällen wissenschaftlich nicht deduzierbar sind. Schwierig wird es allerdings bei den Konventionen, insbesondere bei internationalen Konventionen, wenn die Interessenlage der Beteiligten sehr unterschiedlich ist. Das wird am Beispiel der Klimaschäden deutlich. Wenn die derzeitigen Modelle der Klimatologen stimmen, welche Folgen der Treibhauseffekt bei der Erwärmung des Klimas hat, dann sind die Nutznießer und die Geschädigten so über die Erde verteilt, daß man eine internationale Konvention gegen das CO₂ schwer zustande bekommt. Die Folgen wären günstig etwa für die Sahelzone oder für Kasachstan und verheerend für die Vereinigten Staaten und Mitteleuropa. Ich kann das jetzt nicht näher ausführen. Wie soll man sich da weltweit über einen Vertrag einigen können, um CO₂ oder ähnliche Spurengase zu reduzieren? Anders verhält es sich bei den Fluorchlorkohlenwasserstoffen, Stichwort: Ozonloch. Da ist sich die internationale Staatenwelt prinzipiell einig, daß so schnell wie möglich eine Reduzierung erfolgen muß.

Beweislastumkehr, Herr Bohr. Herr Levi hat völlig recht, einen Beweis der Unschädlichkeit kann es schon logisch nicht geben; wir Juristen nennen das die *probatio diabólica*, den Teufelsbeweis. Was wir aber erreichen können, ist, daß wir in Zukunft stärker dem Vorsorgeprinzip Rechnung tragen - im Unterschied zum bisherigen Prinzip der Gefahrenabwehr, wo der Staat in der Tat die Kausalität zwischen Ursache und Wirkung nachweisen muß. Beim Vorsorgeprinzip versuchen wir die Darlegungslast zu ändern, nicht die Beweislast. Das heißt, in Zukunft muß nicht mehr der Staat beweisen, daß eine Emission für die Umwelt schädlich ist, sondern der Emittent muß die Umweltadäquanz, also die Umweltverträglichkeit der Emission darlegen - beweisen kann man sie letzten Endes nicht, aus den genannten Gründen. Genauso müssen wir ja im Sozialstaat die Sozialadäquanz einer Maßnahme begründen. Wenn jemand Salz in die Nordsee schüttet, kann er darlegen, daß das voraussichtlich für die Nordsee adäquat ist, und dann darf es ihm genehmigt werden.

Herr Peine bittet darum, keine Allgemeinplätze von sich zu geben, und behauptet zugleich, er sähe keine Umweltkriminalität. Nehmen Sie nur den Bereich des grenzüberschreitenden Sondermülltransportes, der ja zur Zeit eine große Rolle spielt. Wenn die Preise für die Sondermüllentsorgung hierzulande bei 1.000 bis 2.000 DM pro Tonne liegen und eher steigende Tendenz haben und man durch Umdeklarierung zum Wirtschaftsgut - indem man einfach die Begleitpapiere ändert - diese Kosten praktisch auf Null reduzieren kann, dann gehört sicher sehr viel ethische Widerstandsfähigkeit dazu, einer solchen Versuchung zu widerstehen. Ich gebe Ihnen zu,

daß die Großunternehmen dagegen relativ immun sind, weil sie von ihren Mitarbeitern erpresst werden können. Aber auch Großunternehmen beteiligen sich an dieser "Kriminalität", indem sie ihre Sonderabfälle einem Entsorger übergeben, dessen Zuverlässigkeit sie nicht immer hinlänglich prüfen.

Was wir mit Transnuklear erlebt haben, dürfte weder nuklearspezifisch noch eine so große Seltenheit sein. Auf dem Gebiet hochtoxischer Sonderabfälle dürften solche Umdeklarierungen fast täglich passieren. Denn wer will bei derartigen Preisunterschieden der Versuchung widerstehen, zumal die Administration gar nicht in der Lage ist, ähnlich wie der Steuerfahndungsdienst, in den Betrieben eine Stoffbilanz vorzunehmen und festzustellen, das soundso viel von bestimmten Stoffen fehlt. Solange die Administration das nicht schafft, werden wir die Grauzone nicht vermindern können.

Mangelndes Wissen des Staates, Herr Maier, da kann ich Ihnen nur zustimmen. Es gibt bisher wohl keinen Bereich staatlicher Politik, in dem der Staat so wissenschaftsabhängig ist wie bei der Umwelt. Das birgt zwei Gefahren. Zum einen läßt der Staat Entscheidungen, die ihm obliegen, nämlich Grenzwertsetzungen und ähnliches, auf die Wissenschaft ab. Beispiel: Strahlenschutzkommission. Genau das hat ja Minister Zimmermann in die Bredouille gebracht, als er sich nach Tschernobyl hinter der Strahlenschutzkommission verschanzte, statt, wie es von ihm erwartet wurde, eine politische Aussage zu machen. Der Bürger wollte nicht die Professoren, sondern den Minister hören. Auf der anderen Seite ist es für die Politik natürlich sehr schwierig zu entscheiden. Professore links, Professore rechts, das Weltkind in der Mitten - nicht immer ein leichtes Unterfangen.

Herr Biedenkopf wies zu Recht darauf hin, daß das Problem der Altlasten in erster Linie eine Frage des Finanzausgleichs und weniger der Umweltpolitik ist. Die Lasten der alten Industriestandorte sind, verglichen mit denen der neuen Industriestandorte, so viel größer, daß der Bund bei der Altlastensanierung wohl nicht um ausgleichende Maßnahmen herumkommt - ähnlich dessen, wie das heute bei den Sozialhilfelasen diskutiert wird. Aber ich fürchte, da wird sich wohl in dieser Legislaturperiode kaum etwas bewegen.

Ich würde auch vor der Nachahmung des amerikanischen Beispiels warnen. Es stimmt zwar nicht, daß dort überhaupt noch nicht saniert wurde. Aber dadurch, daß sie mit einer Abgabe zuerst auf den Markt gegangen sind, bevor sie überhaupt wußten, was zu sanieren war, hatte man am Anfang zuviel Geld, das dann nur für konservative Maßnahmen verwendet wurde. Ich hätte durchaus Sympathie für eine Altlastenabgabe, aber dann sollten wir zunächst feststellen, was wir sanieren wollen, und erst danach die Abgabe erheben.

Herr Leinen hat mir vorhin zu verstehen gegeben, daß er mich persönlich für besonders ungeeignet halte, hier das Wort Askese zu propagieren.

Maier

Wir haben den Begriff ja inzwischen enttheologisiert.

Freiherr von Lersner

Ich darf Ihnen gleichwohl mit einer alten theologischen Erfahrung antworten: Nur der ist ein guter Prediger, der selbst etwas von der Sünde versteht.

Maier

Wir brechen an dieser Stelle einfach ab. Das Gespräch über die Umwelt soll ja in zwei weiteren Bergedorfer Gesprächen in Dresden und Oslo fortgesetzt werden.

Unser Gespräch hier ist für mein Gefühl überraschend friedlich und sachlich, mit Hörbereitschaft auf allen Seiten, verlaufen, wenn auch viele Kontroversen stehengeblieben sind. Leider müssen wir feststellen, daß sich in Fragen der Energiepolitik im Augenblick nichts bewegt, weder nach vorwärts noch nach rückwärts. Und auch die Entsorgungsproblematik scheint im öffentlichen Konsens eher rückläufig zu sein, so daß positive Signale mehr aus der Gesellschaft und aus dem privaten Bereich kommen, was aber im Sinne einer Strategie der Mobilisierung der Haushalte und des einzelnen ganz nützlich sein kann.

In unserem Gespräch waren die Politik, die Wirtschaft, die Gewerkschaften sowie besonders breit gefächert die Wissenschaft vertreten. Den Darlegungen der Fachwissenschaftler vermag der Laie sicher nicht immer in alle Einzelheiten hinein zu folgen, und es war nicht möglich, die Fülle aller Gesichtspunkte in einer "Theorie des Umweltschutzes" zu integrieren. Darin zeigt sich aber auch, daß wir mit diesem Gespräch schon einen Vorgriff auf spätere Arbeiten getan haben.

Körper

Lassen Sie mich die wichtigsten Ergebnisse aus unserem Gespräch zusammenfassen:

1. Schon das Spektrum der an diesem Tisch versammelten Fachwissenschaftler macht deutlich, daß der Umweltthematik viele äußerst komplexe Tatbestände zugrunde liegen, die einem breiten Publikum nur schwer verständlich gemacht werden können. Ich nenne nur die Fachgebiete, die hier repräsentiert waren: Bioklimatologie und angewandte Meteorologie, Eiszeitforschung, Biochemie und anorganische Chemie, angewandte Ökologie und Küstenforschung, Strahlen- und Umweltforschung, Mineralogie und Petrographie, Forstwissenschaft. Jede Wissenschaft hat wichtige Erkenntnisse beizusteuern, wenn es darum geht, geeignete Maßnahmen zur Sicherung unseres Lebensraumes durchzuführen.

2. Weil leider eine große Lücke zwischen gesichertem Wissen und politischer Umsetzung besteht, ist die Prioritätensetzung für die politischen Entscheidungsträger besonders schwierig. Einer schnelleren Durchführung von Maßnahmen zum Schutz der Umwelt stehen häufig etablierte Interessen bremsend entgegen. Das betrifft nicht nur die Unternehmen der Wirtschaft, die mit steigenden finanziellen Belastungen konfrontiert werden, sondern auch die Verhaltensweisen der Konsumenten, die auf liebgewordene Gewohnheiten nicht verzichten wollen.

3. Produzenten und Konsumenten sind gleichermaßen gefordert, ein bewußteres Umweltverhalten unter Beweis zu stellen. In diesem Zusammenhang ist der Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente erforderlich, was sich in diesem Kreis der verschiedenen gesellschaftlichen Disziplinen über Parteigrenzen hinaus als weitgehend konsensfähig erwiesen hat. Sowohl die Unternehmen als auch der einzelne Bürger sind am nachhaltigsten durch ökonomische Anreize zu den notwendigen Verhaltensänderungen zu bewegen. Verbote allein lösen nur wieder, wie deutlich gemacht wurde, Innovationen zur Verbotsumgehung aus.

4. Die Erhaltung einer intakten Umwelt ist nur durch koordinierte zwischen den Staaten abgestimmte Maßnahmen, zum Beispiel in Form von internationalen Konventionen, zu erreichen. Unabhängig davon ist das Anpacken vor Ort im eigenen Lande, in der eigenen Region bis hin in den privaten Haushalt unerlässlich. Jeder Beitrag zur Schonung unserer Umwelt ist wichtig, einerlei, ob man dabei von Askese, Verzicht oder von Bescheidenheit spricht.

Um die ökologischen Erfordernisse optimal zu erfüllen und um gleichzeitig unser ökonomisches Potential auch in Zukunft zu sichern, möchte ich als Unternehmer vorschlagen, daß durch Beschluß der Wirtschaftsverbände das Qualitätsmerkmal "Made in Germany" nur für die Erzeugnisse gelten sollte, die zur Erhaltung unseres Lebensraumes beitragen.